

Reiner Watermann

Die nationalsozialistische ›Gleichschaltung‹ des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA) im Jahr 1933

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die industriellen Kreisen um Alfred Hugenberg nahe stand, zog in ihrer Ausgabe vom 3. Mai 1933, einen Tag nachdem »die Wirklichkeit die Gewerkschaften« eingeholt hatte¹, einen Schlussstrich unter die Ereignisse der letzten Monate, die an den beiden Vortagen – erst Zuckerbrot, dann Peitsche – zu ihrem Entscheidungspunkt gekommen waren:

»Seit dem 30. Januar war es, wie gesagt, klar, daß die Gewerkschaften in ihren alten Formen nicht mehr zu retten waren. Beweglichere und politisch weniger belastete Gruppen wie der *Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband*, der schon sehr lange von nationalsozialistischen Ideen und Mitgliedern durchsetzt war, konnten sich rasch umstellen. Etwas überraschender war die spätere Gleichschaltung des bisher ziemlich linksstehenden demokratischen *Gewerkschaftsbundes der Angestellten*, während die *christlichen* Arbeiterverbände im wesentlichen noch ihre alte Form mit etwas aufgefrischter berufsständischer Politur zu wahren vermochten. Nur die freien sozialistischen Verbände waren restlos festgefahren. Ihnen hätte auch ein rasches taktisches Manöver nichts mehr genutzt.«²

Die spätere wissenschaftliche Literatur scheint dagegen mehrheitlich viel weniger Skrupel zu haben, von der gewaltsamen ›Gleichschaltung‹ der Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) im Unterschied zur »Selbstgleichschaltung« des GDA zu sprechen³, in welcher das Moment der taktischen Anpassung vielfach gänzlich verloren gegangen ist. Während nach Jürgen Kocka der GDA im Unterschied zum Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) eine »mittlere Stellung« zum Nationalsozialismus eingenommen habe⁴, und dessen grober Einschätzung sich jüngst Autoren wie

- 1 Die Vorgänge vom 1. und 2. Mai 1933 sind dargestellt bei: *Michael Schneider*, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 91–106, Zitat: S. 101. Immer noch grundlegend ist die ältere Darstellung von *Gerhard Beier*, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt am Main/Köln 1973.
- 2 Deutsche Allgemeine Zeitung, 3.5.1933. Vgl. zum politischen Standort der Zeitung *Klaus Megerle*, Aus dem Gefühl der Defensive erwächst keine Führung. Gesellschaftliche Elitegruppen am Beispiel der Industriellen, in: *Klaus Megerle/Detlef Lehnert* (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 207–230, insb. S. 210.
- 3 Die Verbände des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes zählten mit den Arbeiterverbänden, die zum ADGB zusammengeschlossen waren, zu den Freien Gewerkschaften, während der DHV als Teil des Gesamtverbandes deutscher Angestelltenverbände (Gedag) dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Zusammenfassung der christlich-nationalen Verbände, angeschlossen war, und der GDA die Angestelltensäule im Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände bildete. Von diesen drei großen Richtungsverbänden war der GDA mit seinen 301.244 Mitgliedern Ende 1932 der zweitgrößte Angestelltenverband. Vgl. GDA. Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (im Folgenden: GDA) 14, 1933, Nr. 4 (1. April), S. 52. Vgl. auch für frühere Jahre *Heinz-Jürgen Priamus*, Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik, Stuttgart 1979, S. 104; *Dietmar Petzina/Werner Abelshäuser/Anselm Faust*, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München 1978, S. 112. Teilweise wiederabgedr. in: *Michael Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 496.
- 4 *Jürgen Kocka*, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890–1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977, S. 317.

Volker Böge und Hartwig Stein in ihrer offiziösen Darstellung der Deutschen Angestellten-Kasse angeschlossen haben⁵, bezogen andere Darstellungen mehr oder weniger ausführlich zu seiner ›Gleichschaltung‹ Stellung. Hans-Gerd Schumann war nach dem Krieg einer der ersten, der in seiner grundlegenden Studie zur Zerschlagung der Gewerkschaften von einer Selbstgleichschaltung des GDA gesprochen hat, wobei er sich auf eine zeitgenössische Arbeit von Friedrich Käss aus dem Jahre 1934 berief.⁶ Auch nach Günter Hartfiel »schaltete« sich der GdA durch die Wahl eines NS-Vorstandes ›gleich«.⁷ Nur in einer Datierungsnuance weicht Hans Speier hiervon ab, wenn er die Selbstgleichschaltung schon vollzogen sieht in der knapp eine Woche vorher erfolgten »Wahl eines nationalsozialistischen Vorsitzenden«, und zwar des bisherigen, kurz zuvor zum Nationalsozialismus übergetretenen zweiten Bundesvorstehers Max Rössiger.⁸ Dass die zeitlich getrennten Vorgänge um Verbandsvorsteher und Vorstand nicht sauber auseinandergehalten werden, kann nicht mehr verwundern, wenn Fragen nach der politischen Verantwortung nur unzureichend verfolgt oder erst gar nicht mehr gestellt werden. »Die Anpassungsbereitschaft des GDA ging so weit, daß der langjährige Bundesvorsteher des GDA, Gustav Schneider, am 28.4.1933 sein Amt niederlegte und einer von den Nazis bestimmten Führung Platz machte.«⁹ Auch das materialreiche Lexikon zur Parteiengeschichte geht der Frage politischer Verfolgung nicht hinreichend nach und lässt die Veränderungen an der Verbandsspitze zeitlich zusammenfallen:

»Ende April 1933 unterstellte sich der GDA der faschistischen Führung und bildete einen neuen Vorstand. G. Schneider legte das Amt des Bundesvorstehers nieder. An seine Stelle trat M. Rössiger, der inzwischen der NSDAP beigetreten war. Er wurde wenig später durch M. Faltin abgelöst.«¹⁰

Einer der wenigen, der den Druck vonseiten der Nationalsozialisten auf den Vorstand des GDA und insbesondere auf den verhassten Bundesvorsteher als den hauptsächlichen Einflussfaktor erwähnt, ist Heinz-Jürgen Priamus. Allerdings unterschlägt auch er in seiner

Ausführlicher *ders.*, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981.

- 5 »Eine mittlere Position nahm der GDA ein. Als nationalliberaler Verband war er weder entschieden gegen noch ausdrücklich für die Nazis, die ihn deswegen als ›verwaschen‹ kritisierten.« Volker Böge/Hartwig Stein, 225 Jahre DAK. Gesundheit und soziale Verantwortung, Hamburg 1999, S. 184.
- 6 Vgl. Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der »Deutschen Arbeitsfront«, Hannover/Frankfurt am Main 1958, S. 57f.; vgl. Friedrich Käss, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsgedanke, Diss., München 1934, S. 52f.
- 7 Günter Hartfiel, Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1961, S. 168. Michael Ruck spricht ebenfalls in seiner im gewerkschaftlichen Bund-Verlag erschienenen Darstellung von einer »organisatorische[n] Selbstgleichschaltung«, welche »der ideologischen Anpassung« folgte. Michael Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer. Die Gewerkschaften im sozialen und politischen Kräftefeld 1914 bis 1933, Köln 1990, S. 122.
- 8 Hans Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933, Göttingen 1977, S. 153. Speiers Veröffentlichung von 1977 ist die stark überarbeitete und erweiterte Fassung einer Anfang der 1930er-Jahre entstandenen Untersuchung, die wegen der nationalsozialistischen Machtübernahme nicht mehr erscheinen konnte. Auf Rössigers Eintritt in die NSDAP, der offiziell zum 1. Mai 1933 erfolgte, komme ich weiter unten zurück.
- 9 Böge/Stein, 225 Jahre DAK, S. 184.
- 10 Werner Fritsch, Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) 1919–1933 (1935), in: Dieter Fricke (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Leipzig 1985, S. 55–63, hier: S. 61.

immer noch maßgeblichen und materialreichen Monografie die zeitlich früher erfolgte »Beurlaubung« Gustav Schneiders:

»Angesichts der nunmehr offenbar werdenden Aussichtslosigkeit und unter dem Druck der Nationalsozialisten legte der langjährige Bundesvorsteher des GDA, Gustav Schneider, am 28. April 1933 sein Amt nieder. Vorübergehend setzten die Nationalsozialisten Schneiders bisherigen Stellvertreter, Max Rössiger, an die Spitze des Verbandes.«¹¹

Betrachtet man dagegen die zurückliegenden Monate seit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, dessen Kabinett von den Richtungsgewerkschaften als Regierung der »sozialen Reaktion« abgelehnt wurde¹², genauer, dann waren der erzwungenen ›Gleichschaltung‹ des GDA Etappen vorausgegangen, in denen sich Hilflosigkeit und Anpassungsversuche zur Rettung der Organisation mit immer offenerem politischem Druck vonseiten der Nationalsozialisten mit dem Ziel der »feindlichen Übernahme« ablösten. Demgegenüber erscheint die weitverbreitete These von der nationalsozialistischen Unterwanderung des GDA, welche an der Verbandsspitze nur noch nachvollzogen zu werden brauchte und der in der wissenschaftlichen Literatur nur vereinzelt entgegengetreten wurde, als Wiederholung einer nationalsozialistischen Zweckbehauptung zur Scheinlegitimierung ihrer organisations- und machtpolitischen Zielsetzungen.

Dem soll nun nicht die Legende entgegengehalten werden, der GDA sei an der Entwicklung, der er schließlich selbst zum Opfer fiel, ganz und gar unschuldig gewesen – und dafür muss man keine Maßstäbe entschiedenen politischen Widerstands bemühen. Zu einem angemessenen Verständnis der Geschehnisse und der historischen Verantwortung gehört deshalb zuerst eine Darstellung der wechselseitigen Wahrnehmung von GDA und NSDAP sowie ihres politischen Verhaltens zueinander sowohl vor dem März 1933, als ein Positionsschwenk des GDA offenbar wurde, wie in den folgenden Wochen bis zum 2. Mai 1933. Diesem Gesinnungswandel des GDA seit den Märzahlen folgt in der Darstellung eine detaillierte Beschreibung seiner ›Gleichschaltung‹. In der wissenschaftlichen Literatur ist herausgearbeitet worden, dass die nationalsozialistische ›Gleichschaltung‹ als solche nur zu verstehen ist aus dem Hauptziel der Etablierung einer auf Dauer gestellten Macht. Sie beruhte auf einer Doppelstrategie der »Aufhetzung zu Gewalttätigkeiten« von unten durch SA und SS einerseits und der »legalen« Eindämmung der so selbst inszenierten bürgerkriegsähnlichen Aktionen andererseits. Auch wenn der Begriff erstmals mit dem »Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« Ende März 1933 in die Gesetzestexte einging, hatte die »Reichstagsbrandverordnung« die Grundlage für die faktische ›Gleichschaltung‹ der Länder geschaffen. Der Beseitigung des Weimarer Verfassungsfundaments schloss sich die ›Gleichschaltung‹ der staatlichen Verwaltung und der Justiz, der Verbände, Vereine und Parteien an, das heißt die ›Gleichschaltung‹ als politische und gesellschaftliche Vereinheitlichung gemäß dem allumfassenden Herrschaftsanspruch des nationalsozialistischen Regimes.¹³ Die satzungsrechtlich gewählten Vorstände der Ge-

11 *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 211f.

12 Vgl. Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände an die Mitglieder vom 30.1.1933 (Dokument 169), in: *Dieter Dowe/Hermann Weber/Klaus Schönhoven* u.a. (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert*, Bd. 4: *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933*, Köln 1988, S. 829f. Dort auch Erstveröffentlichungsorte. Auch abgedr. in: *Dirk Erb* (Hrsg.), *Gleichgeschaltet. Der Nazi-Terror gegen Gewerkschaften und Berufsverbände 1930 bis 1933*, Göttingen 2001, S. 84.

13 *Peter Steinbach*, *Die Gleichschaltung. Zerstörung der Weimarer Republik – Konsolidierung der nationalsozialistischen Diktatur*, in: *Bernd Sösemann* (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick*, Stuttgart/München 2002, S. 78–113, hier: S. 89, 91 und 94ff. Vgl. *Ambros Schor*, »Machtergreifung« und Gleichschaltung. Die Nationalsozialisten errichteten den totalitären Staat, in: *Johannes Hampel*, *Der Nationalsozialismus*, Bd. 1:

werkschaften wurden ausgeschaltet und durch Vorstandsmitglieder ersetzt, die ihre Befehle direkt von der NSDAP erhielten. Sodann wurden die Verbände selbst satzungswidrig beziehungsweise ohne jede demokratische Legitimation aufgelöst.

I. GDA UND NATIONALSOZIALISMUS IN DER WEIMARER SYSTEMKRISE

Das Erstaunen der Redakteure der nationalsozialistischen Gauzeitschrift »Rote Erde« über das verbale Entgegenkommen des GDA, als dieser nach der Märzwahl 1933 seine Bereitschaft zur Mitarbeit erklärte¹⁴, war nicht vorgetäuscht. Zwar hatten der Wahlsieg der Hitlerregierung, vor allem aber die tätlichen Übergriffe auf die Freien Gewerkschaften, deren Funktionäre und die Gewerkschafts- und Volkshäuser an den darauf folgenden Tagen ihre Einschüchterungsfunktion erfüllt, aber mit einem Kursschwenk des GDA hatte man so schnell nicht gerechnet. Bei aller öffentlich geäußerten Kritik am Parlamentarismus und am sogenannten Parteienklüngel, bei aller Pflege eines Personenkults und der Befürwortung des Führergedankens – die NSDAP-feindliche Haltung des GDA resultierte aus Sicht der Partei aus dessen Verteidigung des kollektiven Tarifvertragsrechts und des staatlichen Schlichtungswesens und seinem grundsätzlichen Bekenntnis zur Weimarer Verfassung, insbesondere der Betonung von Bürger- und Freiheitsrechten. Für die Nationalsozialisten konnte dieses republikanische Bekenntnis kaum besser als durch die Mitarbeit seiner führenden Repräsentanten in den sogenannten Systemparteien, der Deutschen Demokratische Partei (DDP) beziehungsweise ab 1930 der Deutschen Staatspartei (DStP), demonstriert werden. Weil politisch-ideologische Programmatik eines Verbands das eine ist¹⁵, seine politische Praxis das andere sein kann, soll zu seiner Verortung im politischen Spektrum der Weimarer Republik etwas weiter ausgeholt werden, wobei die Kontrahenten ausführlich zu Wort kommen sollen.

Der GDA: Demokratisch und verfassungstreu, aber parteipolitisch unabhängig

Der GDA bestand bis in das Jahr 1933 hinein auf der Grundsatzforderung aus seinem Bundesprogramm von 1920 nach einem eigenen allgemein-politischen und nicht nur gewerkschaftspolitischen Mandat.

»Ihre [der Gewerkschaften, R. W.] allgemein-politische Betätigung findet ihre Grenze im Einsatz für die Sicherung der freiheitlichen Grundrechte des Bürgers, für die Entwicklung und Förderung der sozialen Aufgaben des Staates und der Mitarbeit an der nationalen Sicherheit und Geltung des Staates.«¹⁶

Auf die Verquickung von Gewerkschaftspolitik und allgemeiner Politik wurde auch in den Fachgruppenzeitschriften des GDA wiederholt hingewiesen. »Die gewerkschaftlichen Forderungen des GDA sind ein Teilgebiet der allgemeinen Politik. Deshalb erwartet der

Machtergreifung und Machtsicherung 1933–1935, München 1988, S. 49–88, hier: S. 58; *Bernd Jürgen Wendt*, Deutschland 1933–1945. Das »Dritte Reich«. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, S. 88f. Schon Karl Dietrich Bracher hatte bei der nationalsozialistischen Gleichschaltung »Gewaltakte von unten und Manipulierung von oben« am Werke gesehen. *Karl Dietrich Bracher/Gerhard Schulz/Wolfgang Sauer*, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1974 (zuerst 1960), S. 251.

14 Hierauf gehe ich im Abschnitt »Die ›nationale Erhebung‹ und der März-Schwenk des GDA« näher ein.

15 Dazu am ausführlichsten *Priamus*, Angestellte und Demokratie, insb. S. 90–95 und 117–144; vgl. *Fritsch*, Gewerkschaftsbund der Angestellten.

16 So das Vorstandsmitglied *Johannes Degener*, Sichert die Freiheit des Bürgers, in: GDA 14, 1933, Nr. 3 (1. März), S. 35.

GDA von seinen Mitgliedern, daß sie im Sinne des Bundesprogramms in ihren politischen Organisationen arbeiten.«¹⁷ Über die Vermittlung von GDA-Positionen aus dem Bundesprogramm in die Parlamente hinein hatte der Bundesvorsteher Gustav Schneider in seiner Rede auf dem 5. deutschen Angestelltentag in München 1930 unter dem Begriff der »geistigen Grundlagen der GDA-Arbeit« zusammenfassend Stellung bezogen.

»Die Parteizersplitterung Deutschlands stellte den Bund [...] vor neue, schwer lösbare Aufgaben. [...] In diesem Wechsel politischer Machtgruppierungen war es nicht ratsam, das Schicksal des Bundes an eine der Parteien zu knüpfen und ihn in den Kampf der Parteien zu verstricken. [...] Die Gewerkschaft kann nicht zugleich politische Partei sein. Sie kann aber auch nicht politisch untätig bleiben. Sie muß ihre Mitglieder schulen, muß die allgemein-politische Aufklärungsarbeit leisten, damit die sozialen Gedanken in allen Parteien schaffen und wirken können, denen Arbeitnehmer gesinnungsmäßig angehören können. [...] [D]ie freiheitlichen Grundrechte der Reichsverfassung [...] zu erhalten und damit die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Freiheit der staatsbürgerlichen Betätigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu sichern, ist politisch, aber ebenso sehr gewerkschaftlich notwendig. [...] Der Klassenkampf ist leider nicht nur eine marxistische Erfindung, er hat auch auf Unternehmenseite zahlreiche Anhänger – natürlich mit anderen Vorzeichen. Deshalb ist er nicht weniger gefährlich und zerstörend als der marxistische Klassenkampfgedanke. Er ist vielleicht noch gefährlicher, weil er seine Absichten mit einem ›nationalen‹ Mäntelchen umkleidet [...]. Auch einzelne Verbände und Gewerkschaften [treiben] mit dem Worte ›national‹ reichlichen Mißbrauch, wobei beiderseitig unter ›national‹ die Beseitigung der staatsbürgerlichen Freiheit und der wirtschaftlichen Demokratie, also der Mitbestimmung des einzelnen Staatsbürgers verstanden wird.«¹⁸

Konsequenz dieses Bekenntnisses zu den verfassungsmäßigen Grundlagen der Republik war die enge Bindung der Gewerkschaftsführung an die DDP beziehungsweise die DStP, in deren Führungsgremien fünf GDA-Vorstände der Jahre 1932/33 wenigstens zeitweilig gesessen hatten, einschließlich Schneider.¹⁹ Hinzuzuzählen sind weitere Führungspersonen, insbesondere aus dem Aufsichtsrat (AR) und den Gauspitzen.²⁰ Diese Einflussnahme schloss eine finanzielle Unterstützung mit ein, wodurch der programmatische Anspruch auf parteipolitische Neutralität nach Auffassung von Priamus »völlig ad absurdum geführt« wurde.²¹ »Partei und Gewerkschaften sind eins!«, hieß es kurz und bündig bei Ernst Schröder über die parteipolitischen Affiliationen der Hirsch-Dunckerschen Ringverbände, und seiner – im Rückblick 1933 vielsagenden – Meinung nach hatte sich der Kampf des GDA in der Nachkriegszeit nur selten von dem der sozialistischen Organisationen unterschieden, nur dass er mit liberal-demokratisch-freiheitlichen Argumenten geführt wurde.²² Die-

17 Zit. nach: Der Angestellte im Behördendienst 12, 1932, Nr. 5 (Mai), S. 33.

18 Gustav Schneider, Die geistigen Grundlagen der GDA-Arbeit, Berlin o.J. [1930], S. 8f., 12, 18 und 27 (= Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. GDA-Schrift, Nr. 51) [Wiederabdruck seiner Rede auf dem 5. deutschen Angestelltentag des GDA am 21. September 1930 in München].

19 Vgl. die angegebenen Seiten der Tabellen in den Anlagen von: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980, zu Schneider S. 793, 806 und 809, Ehrlich S. 772, Hellersberg S. 777, Josef Reif S. 791 und Schaper S. 793.

20 Vgl. ebd. die Fundstellen zu Behrendt S. 767, Blau S. 768, Lehne S. 783, Moog S. 787, Niegisch S. 788, [Heinrich] Pohl S. 789, Sommer S. 794, Tegethof S. 796 und Mewes S. 805.

21 Priamus, Angestellte und Demokratie, S. 157.

22 Ernst Schröder, Das Ende der Gewerkschaften, Leipzig 1933, S. 56 (Zitat) und 6f. Dieses Pamphlet eines Naziüberläufers aus dem freigewerkschaftlichen Lager ist allerdings mit Vorsicht zu genießen. »Nach dem Krieg gehörte eine Reihe von Führern des Gewerkschaftsrings, vor allem des G.D.A., der demokratischen und später der Staatspartei an.« Käss, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsgedanke, S. 34. In der 1939 in Innsbruck erschienenen staatswissenschaftlichen Dissertation von Hermann Hesse hieß es über die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine: »Sie

ser »sozialliberal-gewerkschaftliche Problemlösungsversuch« (Ulrich Engelhardt), der sich im Gewerkschaftsring verkörperte, war in den Augen der Öffentlichkeit vor allem mit der Person Anton Erkelenz verbunden, der aus den Gewerkvereinen kam und im Juli 1930 von der sich spaltenden DDP zur SPD übertrat.²³ Diesen Schritt machte der weitere Vertreter des Gewerkschaftsringes im Reichstag, der GDA-Bundesvorsteher Gustav Schneider, nicht mit und saß bis Juli 1932 als führendes Mitglied der aus der DDP hervorgegangenen DStP im Reichstag. Auch in der Region standen führende GDA-Vertreter auf den demokratischen beziehungsweise staatsparteilichen Wahllisten (vgl. Tabelle 1) oder leiteten die Wahlkreisorganisation²⁴, und bis hinunter zu den Kommunen saßen GDA-Vertreter in den Parlamenten – allerdings nicht immer für die Demokraten.²⁵ Doch auf NSDAP-Listen gewählte GDA-Mitglieder sind nicht bekannt. Seit Juli 1932 kandidierte Schneider nicht mehr und hatte sich angesichts der Aussichtslosigkeit, das demokratische Bürgertum trotz Wirtschafts- und Systemkrise an eine Partei der politischen Mitte zu binden, für die Auflösung der DStP ausgesprochen.²⁶ In diesem Verzicht kann man ein Symptom der Resignation sehen, obwohl es weiterhin Kandidaturen von bekannten GDA-Führern für die Staatspartei gab. Sie resultierte aus der Hilflosigkeit, weiterhin politische Orientierung geben zu können angesichts der Bruchlinie in der Anhängerschaft, welche mit den Septemberwahlen 1930 ihren Anfang genommen hatte²⁷ und deren weiteren Verlauf der Redakteur Georg

vertraten zwar den Grundsatz politischer Neutralität, standen aber von jeher mit dem politischen Liberalismus in engster Fühlungnahme.« *Hermann Hesse*, *Die Überwindung des Gewerkschaftsgedankens durch die Deutsche Arbeitsfront*, Diss., Innsbruck 1939, S. 13.

- 23 Vgl. *Reinhard Giersch/Herbert Gottwald/Gerhard Müller*, *Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) (VDG) 1869–1933*, in: *Fricke*, *Lexikon zur Parteiengeschichte*, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 211–247, hier: S. 239 und 243 (Zitat). Vgl. auch *Axel Kellmann*, *Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler in der SPD am Ende der Weimarer Republik*, in: *IWK* 39, 2003, S. 479–504; *ders.*, *Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Berlin 2007.
- 24 Der oberschlesische Gaugeschäftsführer Ernst Behrendt war zum Beispiel 1928 Vorsitzender für den Wahlkreis Oppeln der DDP, für den Wahlkreis Leipzig war dies Ernst Ehrich, seit 1920 Beisitzer im Bundesvorstand. Vgl. *Linksliberalismus in der Weimarer Republik*, S. 439; *Priamus*, *Angestellte und Demokratie*, S. 112f.
- 25 Zu den Parlamentariern in Reich und Ländern 1930 gehörte Richard Schönborn, ein kaufmännischer Angestellter aus Berlin-Neukölln, im August 1925 für das Zentrum nachgerückt und 1928 gewählt: *Gewerkschaftsbund der Angestellten* (Hrsg.), *Epochen der Angestelltenbewegung 1774–1930*, Berlin 1930, S. 283; *Priamus*, *Angestellte und Demokratie*, S. 158, Anm. 228. Als entschiedener Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung war der GDA als Ergebnis der Wahlen von 1929 mit etwa 400 Vertretern in den Kommunalparlamenten vertreten. Vgl. *Gewerkschaftsbund der Angestellten*, *Bericht über das Arbeitsjahr 1929*, erstattet vom Bundesvorstand, Berlin 1930, S. 111; vgl. auch *Bericht über das Arbeitsjahr 1931*, Berlin 1932, S. 53f.
- 26 Vgl. *Martin Schumacher* (Hrsg.), *M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation*, 3., erhebl. erw. u. überarb. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 432, sowie Schneider in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen Staatspartei vom 2.9.1932, in: *Linksliberalismus in der Weimarer Republik*, S. 740.
- 27 Vgl. zu dieser Phase *Michael Prinz*, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, München 1986, S. 68f. Die Zahl der Stimmen für die DDP war seit der Wahl zur Nationalversammlung 1919 fast kontinuierlich von gut 5,5 Millionen auf weniger als ein Viertel im September 1930 zurückgegangen, um bei der Folgewahl dramatisch auf einen Tiefstand zu fallen, der im März 1933 mit gut 330.000 nur noch geringfügig weiter unterboten wurde. Vgl. zur Wahlentwicklung *Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann*, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986, S. 41.

Tabelle 1: Parlaments-Kandidaturen in der Endphase von Weimar, primär für die DDP/DStP

Amtsträger	Reichstag (WK) (Kand./Abgeordn.)	Landesparlamente (Kand./Abg.)		Berlin (Kand./Abg.)	
		Preuß./Hambg./ Thür.	Prov. Westf.	Abg.-haus	Bezirke
Bundsvorstand Schneider (Vorst.) Schaper (Beisitzer)	+ / 24 II-32 I Hbg.: 32 II, 33 / –	Hambg.: + / 19–33			
Aufsichtsräte Sommer (Vors.) Moog (Gauvorst.) Axer (Gauvorst.) Kunert (Gauvorst.) Niegisch (Gauvorst.) Heinrich Pohl Klumpen (DVP)	Düsseld. Ost: 30 / – OB-Schw.: 30 / – Oppeln: 30, 32 I / – Bresl.: 30, 32 II / –	Preußen: 33 / – Thür.: + / 25–27, 28–29	+ / 29–33	+ / 29, 33	
Gaugeschäftsführer Behrendt Bierwirth Kahlen Kaufmann Streubel	Hbg.: 30 / – Württ.: 30 / –	Preußen: 28 / – Preußen: 28 / – Preußen: 32 / – Hambg.: + / 28–33			
Andere Ämter Blau Haberecht* Hille* Krempel (Zentrum) Lauter* Mewes	Potsdam II: 33 / – Berlin 30 / –	Preußen: 28 / – Preußen: 32, 33 / –		29, 33 / – 33 / – 29, 33 / –, 33	29, + / –, 33 33 / – 33 / – 29, + / –, 33 33 / –
Mitglieder Ernst Lemmer Schönborn (Zentr.)	+ / 24 II-32 II, 33 Berlin: 28 / 25–30			33 / –	+ / 29, 33

* Berliner Ortsbezirksvorsteher. – Quellen: Statistik d. Dt. Reichs, Bde. 382 und 434; Statist. Mitt. über d. hamburgischen Staat, Nr. 30, Hamburg 1932 (= Die Reichstagswahl am 6. November 1932 im Wahlkreis Nr. 34 (Hamburg)); Amtl. Anzeiger. Beiblatt zum Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt, Nr. 47, 24.2.1933, S. 183; Amtsblatt der Stadt Berlin 70, 1929, S. 920, 975f., 978, 996, 1108 und 1128; sowie Jg. 74, 1933, S. 113, 117, 121ff., 155f., 168, 211–214, 227, 235–240, 306, 310, 327, 334 und 366; Hb. f. d. Preuß. Landtag 1928, 1932; Dortmunder Adressbücher 1929–33. Für den Preußischen und Thüringer Landtag und die Hamburger Bürgerschaft vgl. auch Kollektive Biographie der Landtagsabgeordneten der Weimarer Republik 1918–1933, Auszug aus der Bioweil-Datenbank, URL <<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-446806>> [15.11.2016].

Curt Hennig kurz vor dem für die DStP desaströsen Wahlergebnis vom Juli 1932 in einem Rückblick nachzeichnete:

»In heller Verzweiflung und aufgehetzt durch Kräfte, die aus der wirtschaftlichen Unzufriedenheit der Massen politischen Gewinn ziehen wollten, wandten sich viele Arbeiter und Angestellte von den politischen Gruppen ab, die das Prinzip und die künftige Erreichung des sozialen Volksstaates viel eher noch verbürgten als zweifelhafte Machthaber. – Die notleidenden Massen unterschätzten unter der Bedrückung des Alltags Wert und Bedeutung des Grundsatzes und der Grundlagen für eine soziale Staatsgemeinschaft. – Sie vernichteten aus wirtschaftlicher Verbitterung ein ›soziales System‹ und ermöglichten durch politische Torheit eine sozialreaktionäre Konzentration. – Das Erschütterndste und hoffentlich auch Ernüchterndste dabei ist, daß diejenigen, die selbst eine soziale Idee zum Siege führen wollten, jetzt sozialreaktionäre Maßnahmen tolerieren müssen. – Denn darüber sind sich inzwischen doch wohl auch die Einfältigsten klar geworden, daß wir vor einer ›sozialen Zertrümmerungsaktion‹ allererstesten Ausmaßes stehen!«²⁸

28 Der Angestellte im Behördendienst 12, 1932, Nr. 6/7 (Juni/Juli), S. 45.

Der Verlust an politischer Orientierungsfähigkeit hat nach Ansicht von Beobachtern die Flucht in die parteipolitische Unabhängigkeit befördert²⁹, die seitdem noch stärker als früher herausgestrichen wurde. Dies bedeutete aber keineswegs *politische* Neutralität³⁰, was dem Verzicht auf jeden politischen Anstrich, das heißt der Entpolitisierung, wie sie die Nationalsozialisten von den Gewerkschaften 1933 forderten, gefährlich nahe gekommen wäre. Auf der anderen Seite nämlich hatten Spaltung der DDP und Weimarer System- und Wirtschaftskrise zu einer stärkeren Annäherung der »Ring«-Verbände an ADGB und SPD und zu einer engeren Zusammenarbeit der drei Gewerkschaftsrichtungen geführt.³¹ Beispielsweise legten GDA und der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA-Bund) gemeinsam 1930 im Reichstag den »Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Angestellten« vor, wofür Gustav Schneider und Siegfried Aufhäuser den Antrag stellten.³² Von der »schwammigen« Haltung des GDA hielt Aufhäuser allerdings nicht viel.³³ Für den DHV war schon 1929 »die Annäherung des G.d.A. an die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften immer augenscheinlicher« geworden³⁴, und eine Besprechung zwischen Ernst Lemmer und Theodor Leipart im Sommer 1931 gab noch im Frühjahr 1932 Anlass für ein Gerücht, wonach Ernst Lemmer erklärt hätte, dass der GDA »sich eines Tages mit den freien Gewerkschaften vereinigen [würde]«. ³⁵ Das Gerücht entsprach zwar

29 Vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 194ff., 204f. und 216f.; *Fritsch*, Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) 1919–1933 (1935), S. 60f. § 2 der GDA-Satzung besagte: »Den politischen Parteien und religiösen Glaubensgemeinschaften steht der Bund unabhängig gegenüber.« Vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 220.

30 So beispielsweise Der Angriff, 16.4.1931. Michael Prinz macht unter Berufung auf *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 204f., aus parteipolitischer Neutralität »politische Neutralitätserklärungen«, was nicht dasselbe ist und nicht den Tatsachen entspricht. *Prinz*, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen, S. 68f. und 94, Zitat: S. 68. Gegen das Missverständnis, parteipolitisch »neutral« für »unpolitisch« zu halten, wehrte sich die Organisation vehement. »So ist sie in der Tat ›politisch‹, und zwar im höchsten Grade politisch – heute sogar mehr als je zuvor. [...] Eine ›unpolitische‹ Gewerkschaft ist ein Ding der Unmöglichkeit [...].« Parteipolitische Unabhängigkeit – konfessionelle Neutralität, in: GDA 13, 1932, Nr. 11 (1. November), S. 171.

31 Vgl. *Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 158, und Brief von Theodor Leipart als Vorsitzender des Bundesvorstandes des ADGB an Ernst Lemmer, Generalsekretär des Gewerkschaftsrings, vom 30.3.1932, in: Nachlass Ernst Lemmer, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), I-280-037/3, Gewerkschaft, Pressemeldungen und Korrespondenz 1924–1933.

32 *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 167.

33 »Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schwimmt hin und her zwischen uns und dem DHV, man wird ja sehen, wie lange er dieses Dauerschwimmen aushält.« *Siegfried Aufhäuser*, Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung. Referat, gehalten auf dem 4. AfA-Gewerkschaftskongreß, Leipzig 1931, Berlin 1931, S. 10.

34 So beispielsweise der Geschäftsführer des schlesischen Gaus des DHV auf dem Gautag in Beuthen (Oberschlesien) im April 1929, in: Schlesische Wacht. Zs. d. Gaus Schlesien im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Monatsschr. für d. Gewerkschafts- u. Standespolitik d. Kaufmannsgehilfen in Schlesien 23, 1929, Nr. 5 (1. Mai), S. 87.

35 Brief von Theodor Leipart als Vorsitzender des Bundesvorstandes des ADGB an Ernst Lemmer, Generalsekretär des Gewerkschaftsrings, vom 30.3.1932. Darin macht Leipart Lemmer das Angebot, zu bestätigen, dass Lemmer Derartiges nicht erklärt habe. Das Gerücht wirkte nach. So ließ Gustav Schneider einen zusätzlichen Absatz in den Arbeitsvertrag Ernst Lemmers einfügen, der den Generalsekretär ausdrücklich auf die Grundanschauungen des Rings verpflichtete, insbesondere gegen den Anschluss an eine andere gewerkschaftliche Richtung. Vgl. Schreiben von Gustav Schneider, GDA-Vorsteher, vom 18.1.1933 an Max Fürstenberg, Vorsitzender des Deutschen Bankbeamten-Vereins, nebst § 1 Absatz 2 als Anlage, sowie Vertrag zwischen dem Gewerkschaftsring und Ernst Lemmer vom 31.1.1933, in: Nachlass Ernst Lemmer, ACDP, I-280-037/3, Gewerkschaft, Pressemeldungen und Korrespondenz 1924–1933. Das Gerücht

nicht den wahren Absichten, wenn man sich beispielsweise Äußerungen führender GDA-Mitglieder zur Eisernen Front vor Augen hält, mit der man auf gar keinen Fall in Verbindung gebracht werden wollte.³⁶ Andererseits war in der Funktionärszeitschrift des GDA als »eines der größten Ereignisse im sozialen Kampfe der Arbeitnehmer Deutschlands« herausgestellt worden, »daß sich alle drei Gewerkschaftsrichtungen am 1. Oktober dieses Jahres [i.e. 1931, R.W.] zu einer praktischen Arbeitsgemeinschaft und Solidaritätsgemeinschaft zusammenfanden«.³⁷ Hieran zeige sich, »daß die organisierte Arbeitnehmerschaft nicht gewillt sei, kampfflos ihre Errungenschaften preiszugeben«. Denn wegen der Tolerierung der Notverordnungspolitik der brüningschen Präsidialregierung, »welche eine Einbuße staatsbürgerlicher Freiheit« gebracht habe, stand der GDA gegenüber seinen Mitgliedern erheblich unter Druck. Doch habe »der vereinigte Widerstand aller Gewerkschaften die Grundlagen des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung« geschützt und »die Heranziehung aller Bevölkerungskreise zur Tragung der Notlasten durch die diktatorische Preis-, Miet- und Zinssenkung« erzwungen.³⁸

Eine politisch-ideologische Standortbestimmung unternahm der Redakteur Max John in einer Serie von Artikeln in der GDA-Zeitschrift vom Frühjahr bis zum Herbst 1932, in der zentrale Ideologeme des GDA erläutert wurden. Er definierte »freiheitlich-national« als die einzig mögliche »ideelle Fundamentierung« für eine gewerkschaftliche Organisation, welche »über das klassenmäßig gebundene Denken hinausgeht«. Bezug nehmend auf die Formulierung aus dem Bundesprogramm von der »inneren Verknüpfung aller Arbeit mit dem Volkstum, der deutschen Nation«, stellte John fest, der GDA sei national, aber nicht nationalistisch, dem Volkstum verhaftet, aber nicht völkisch.³⁹ Nach seiner Auffassung »geht [es] um nicht mehr und nicht weniger als den deutschen Volksstaat« – wieder eine Formulierung aus dem Bundesprogramm –, wobei er »›volksstaatliches‹ Denken« auch »›demokratisches‹ Denken« nennt und der Weg zum Volksstaat der Weg zur Demokratie sei.⁴⁰ Von der Annahme ausgehend, dass die Demokratie in ihrer Praxis sich »auch den volklichen Eigenarten an[passt]«, was in die Forderung des Bundesprogramms nach

konnte auch durch die konträre Position von Anton Erkelenz Nahrung erhalten. Vgl. *Kellmann*, Anton Erkelenz, S. 503.

- 36 Vgl. *Der GDA-Führer*, 1932, Nr. 7 (Juli), S. 163f. »Die Stellung zur Eisernen Front kann wohl nur ablehnend sein, besonders weil die freien Gewerkschaften dahinterstehen.« So Alfred [Willi] Blau, Leiter der Werbeabteilung des GDA in Zehlendorf-Schweizerhof, in der Sitzung des Gesamtvorstandes der Staatspartei am 21.2.1932. *Linksliberalismus in der Weimarer Republik*, S. 696.
- 37 *Der GDA-Führer*, 1931, Nr. 10 (Oktober), S. 165 und 167, sowie ebd., 1931, Nr. 12 (Dezember), S. 203.
- 38 Auszüge aus einer Aufzählung der Erfolge bei der Abmilderung der Notverordnungspolitik in: Ein Abriß über neue Erfolge!, in: *Der Vorkämpfer. Zeitschrift für die Mitarbeiter des GDA*, 1932, Nr. 1, S. 12f., hier: S. 12.
- 39 Freiheitlich-national!, in: *GDA* 13, 1932, Nr. 6 (1. Juni), S. 84–86, hier: S. 86, und Freiheitlich-national!, in: ebd., 1932, Nr. 7 (1. Juli), S. 105–107.
- 40 Auf der Grundlage des deutschen Volksstaates!, in: ebd., 1932, Nr. 8 (1. August), S. 117f., hier: S. 117. Der Begriff »Volksstaat« hatte ursprünglich einen liberalen und demokratischen Akzent gehabt, indem er auf die parlamentarische Repräsentation des Volkes zielte, musste dann aber in seiner Verwendung die Spannung aushalten zwischen Protagonisten der Monarchie und dem Eisenacher Programm der SPD. Die Textzitate liegen in der Richtung, in die Friedrich Naumann für die Deutsche Demokratische Partei mit der These wies, dass sich unter dem Dach des Volksstaats – für ihn ein anderes Wort für Republik – Nichtsozialisten und Sozialisten verbinden müssten. Vgl. *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 646ff. sowie Bd. 8, Stuttgart 1990, S. 89f. Vgl. zur Haltung der DDP-Spitze im Sommer 1930 beispielsweise *Linksliberalismus in der Weimarer Republik*, S. 542–548 und 551.

einer »tief im Volke verwurzelten freiheitlichen Gestaltung des Staates« eingegangen sei, muss John unter der Überschrift »Demokratie und nationale Idee« (notgedrungen) zugehen, dass die »Verwurzelung der Demokratie im Volke noch lange nicht erfüllt ist«, und fordert deshalb eine soziale Gesetzgebung gegen die wirtschaftliche Ungleichheit, denn »erst die soziale Demokratie ist national«. ⁴¹ Trotz kritischer Bemerkungen zum »Listensystem« und zum Einfluss von Parteien und Fraktionen postuliert John das demokratische Prinzip bei der »Führerauslese« und beleuchtet den Begriff Volksstaat von der Weimarer Verfassung her, wonach »die Staatsgewalt vom Volke aus[geht]«. ⁴² Der gegenwärtige demokratische Staat sei, so ergänzt Johannes Degener, im September 1930 neu in den Vorstand gewählt, im Formalen stecken geblieben, weil »beachtliche Teile des Volkes [...] nicht die gesinnungsmäßige Bindung an den Staat [fanden]«. Es läge »weder an der Staatsform, noch an der Verfassung, sondern an den Bürgern des Staates«, dass »[wir] ferner als je [...] dem hohen Ziel einer von sozialem und nationalem Geist getragenen Volksgemeinschaft [sind]«. Der GDA dagegen habe »solche Führer, ist eine Gesinnungsgemeinschaft«. ⁴³

Im Vergleich zur Brüning-Regierung konnten die papenschen Notverordnungen nur von einer Regierung kommen, »die glaubt, überhaupt keine Rücksicht mehr auf die Massen des Volkes nehmen zu müssen«. ⁴⁴ Zu ihr in Opposition stand aus Sicht Schneiders im Spätsommer 1932 »eine soziale und wirtschaftsreformatatorische Mehrheit von der NSDAP bis zum Zentrum und in vielen Fragen nahezu eine Einheitsfront des Reichstags«. ⁴⁵ Doch eine regierungsfähige Alternative folgte daraus nicht, denn Einigkeit bestand nur in der »Gegnerschaft zur Reichsregierung, nicht aber in der Bejahung der Volksrechte, der Mitbestimmung aller deutschen Volksgenossen über das Schicksal des Vaterlandes«, doch »nur ein arbeitsfähiges und arbeitswilliges Parlament kann den sozialen Gedanken, die soziale Staatsidee, den deutschen Volksstaat erhalten«. ⁴⁶

Anfang 1933 erwartete die GDA-Führung von den Parteien offensichtlich nicht mehr viel. Die »Lebensfrage des deutschen Volkes, die soziale Gestaltung der deutschen Wirtschaft« sei – so Gustav Schneider – »in das Spiel parteitaktischer Überlegungen und Überlistungen hineingezerzt worden«. Umso größer war die Zuversicht, die er in die eigene Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Mitglieder setzte.

»Deshalb erwächst den Gewerkschaften die bedeutsame Aufgabe, jeder Regierung gegenüber Mahner und Wecker des sozialen Gewissens zu sein. Sie werden diese Aufgabe umso besser erfüllen, je ferner sie den parteipolitischen Bestrebungen stehen. Der politische Einfluß der Parteien ist den wechselnden Machtverhältnissen politischer Strömungen unterworfen, aber die Gewerkschaft bleibt Größe an sich, denn der Lebenshunger ihrer Mitglieder ist beständiger als der Machthunger irgend-einer Partei.« ⁴⁷

In Anbetracht der Zeitumstände kommt einem diese Selbstüberschätzung wie das sprichwörtliche Pfeifen der Kinder im dunklen Walde vor.

Der GDA als berufliche und betriebliche Interessenvertretung

Aufgrund des Beschäftigungsprofils der GDA-Mitglieder war das betrieblich-gewerkschaftliche Handlungsfeld in der Hauptsache durch Industrie und Handwerk geprägt, wie

41 Demokratie und nationale Idee, in: GDA 13, 1932, Nr. 9 (1. September), S. 135f.

42 Demokratie und Führergedanke, in: ebd., 1932, Nr. 10 (1. Oktober), S. 152f.

43 Führer sein tut not!, in: Der GDA-Führer, 1931, Nr. 11 (November), S. 186f.

44 Der GDA-Führer, 1932, Nr. 6 (Juni), S. 108.

45 GDA 13, 1932, Nr. 9 (1. September), S. 131.

46 G. Schneider, Für nationale Aufbauarbeit, in: ebd., 1932, Nr. 10 (1. Oktober), S. 145ff., hier: S. 145f.

47 GDA 14, 1933, Nr. 3 (1. März), S. 34.

die folgende Tabelle 2 zeigt.⁴⁸ Mit Anteilen von 5,8 beziehungsweise 3,9% bildeten die technischen Angestellten und das Fachpersonal (darunter die Apotheker) beziehungsweise die Meister (vor allem Werkmeister) unter den GDA-Mitgliedern dabei eine kleine Minderheit verglichen mit den 90,3% kaufmännischen und Büroangestellten und lagen damit auch deutlich unter den Durchschnittssätzen dieser Angestelltengruppen im Reich.⁴⁹ Der weitaus größere Teil der technischen Angestellten und Werkmeister war bekanntlich freigewerkschaftlich organisiert.⁵⁰ Geht man von der GDA-Erhebung von 1929 aus, dann waren rund drei Viertel der Mitglieder Männer und davon in ihrer ganz großen Mehrheit kaufmännische und Büroangestellte. Während von diesen zusammen 72,6% männlichen und 27,4% weiblichen Geschlechts waren, stellten die Frauen unter den im GDA organisierten technischen Angestellten mit rund 6% nur eine Minderheit dar, ganz zu schweigen von ihrem Anteil unter den Meistern.⁵¹

Tabelle 2: Die Stärke des GDA nach Wirtschaftsabteilungen beziehungsweise -zweigen (1929 beziehungsweise 1931)

Wirtschaftszweige	GDA-Umfrage 1929		GDA-Betriebsräte (1931 in %)
	Anzahl	Prozent	
Bergbau (inkl. Landwirtschaft)	3.417	2,8	6,4
Industrie u. Handwerk	52.242	42,4	51,4
Großhandel	29.303	23,8	11,1
Einzelhandel	16.159	13,1	12,2
Verkehrs-, Speditions- und sonst. Gewerbe	3.481	2,8	2,9
Bankgewerbe	3.068	2,5	2,2
Versicherungsgewerbe	3.128	2,5	2,0
Behörden u. öffentlich-rechtliche Körperschaften	7.500	6,1	11,9
Rechtsberatung u. Interessenvertretung	2.482	2,0	–
Apotheken, freie Berufe, Gesundheit	2.524	2,0	–
Auswertbare Fragebögen aus dem Reichsgebiet bzw. 100%	123.304	100	100
Quelle: GDA-Erhebung von 1929. Ergänzt wird die Tabelle durch die prozentuale Verteilung der 1931 gewählten 7.082 GDA-Betriebsräte, berechnet nach: GDA 12, 1931, Nr. 15/16 (1. August), S. 159.			

48 Nach: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten. Ergebnisse und Erkenntnisse aus der großen sozialen Erhebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, vollst. erw. Ausg., Berlin 1931, S. 84–87 (im Folgenden: GDA-Erhebung von 1929). Die Ergebnisse sind zusammengefasst in: GDA 11, 1930, Nr. 7 (1. April), S. 82. Die DHV-Mitglieder zeigen eine sehr ähnliche Verteilung. Vgl. Robert Fedisch, Berufsständische Gehaltspolitik. Tatsachen und Forderungen aus der Gehalterhebung des DHV, Hamburg 1930, S. 15.

49 Vgl. GDA-Erhebung von 1929, S. 78–81, und Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 159, mit Bezug auf Theodor Geiger sowie Priamus, Angestellte und Demokratie, S. 49, Anm. 153 und S. 96f. Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 190, Anm. 8, kommt durch Umgruppierungen auf Basis der GDA-Erhebung zu leicht anderen Prozentsätzen.

50 Vgl. die tabellarischen Aufstellungen bei Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 148f.

51 Vgl. GDA-Erhebung von 1929, S. 78. Im Vergleich zur amtlichen Statistik von 1925 waren die Männer überrepräsentiert. Vgl. die bei Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 159, Tabelle 22, wiedergegebenen Zahlen auf der Basis von Berechnungen des AfA-Bundes nach der Reichsstatistik 1925.

Differenziert nach dem Vergesellschaftungsgrad der Arbeit, doch ohne nach Wirtschaftsabteilungen unterscheiden zu können, verteilten sich gut 22% aller GDA-Mitglieder auf Betriebe mit 1–5 Angestellten, 53% auf Betriebe mit 6–50 Angestellten und nur knapp 25% auf Betriebe mit über 51 Angestellten; bei den Frauen stieg die kleinbetriebliche Beschäftigung auf einen Anteil von über einem Viertel auf Kosten des großbetrieblichen Anteils.⁵² Waren auch nicht die Großbetriebe prägend, so doch die Großstädte, denn 55,6% waren in Großstädten über 100.000 Einwohnern beschäftigt, nur gut 12% in Orten bis 5.000 Einwohnern und gut 21% arbeiteten in Orten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern, wobei die weiblichen GDA-Mitglieder durch ihre Beschäftigung noch stärker durch das großstädtische Milieu geprägt wurden als ihre männlichen Kollegen.⁵³ Unter den GDA-Mitgliedern waren die Berliner mit 12,7% vertreten, unter den Mitgliedern des Zentralverbands der Angestellten (ZdA) waren es sogar 17,6%, während es beim DHV nur 7,2% waren.⁵⁴ Zum Sozialprofil gehört weiterhin, dass die weiblichen GDA-Mitglieder ganz erheblich jünger waren als ihre männlichen Kollegen. 54% waren unter 25 und weitere knapp 40% waren älter, aber noch keine 40 Jahre alt. Bei den Männern betrug der Anteil der unter 25-Jährigen dagegen nur 24%, während weitere gut 43% die Altersgrenze von 40 noch nicht erreicht hatten.⁵⁵ Die soziale Pyramide der GDA-Angestellten wird nach Speier am besten mit einer Binneneinteilung in Unter-, Mittel- und Oberschicht beschrieben, wobei von 10 Männern 2 zur Ober-, 5 zur Mittel- und 3 zur Unterschicht zu rechnen sind. Von zehn Frauen dagegen gehörten 7 zur Unterschicht und 3 zur Mittel- und Oberschicht, wobei letztere kaum vertreten ist.⁵⁶ Diese sozialen Unterschiede drückten sich natürlich auch im Gehalt aus, indem 33,6% der männlichen GDA-Mitglieder 1929 ein Gehalt von bis zu 200 RM bezogen, aber 81% der Frauen; gut zwei Drittel der Männer verdienten bis zu 300 RM, während sich 97% der Frauen damit begnügen mussten.⁵⁷

In den Betrieben grenzte sich der GDA deutlich von der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) ab. Dort, wo die Angestelltenschaft überhaupt eine echte Wahl hatte und sich nicht, wie größtenteils geschehen, auf gemeinsame Listen geeinigt hatte⁵⁸,

52 Nach GDA-Erhebung von 1929, S. 96. Für diese spezielle Auswertung standen nur 97.231 Fragebögen zur Verfügung. Ein Vergleich mit der Aufteilung der DHV-Angestellten nach Betriebsgrößenklassen ist leider nicht möglich, weil die DHV-Befragung die Klassen nach der Gesamtzahl der Beschäftigten bildet. Vgl. *Fedisch*, Berufsständische Gehaltspolitik, S. 50.

53 Nach GDA-Erhebung von 1929, S. 24.

54 Vgl. die Angaben bei *Speier*, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 24. Die ZdA-Mitgliedschaft war demnach noch großstädtischer, denn zwei Drittel wohnten in Städten über 100.000 Einwohnern, im Unterschied zum DHV, der hier nur auf einen Prozentsatz von 41% kam. Vgl. ebd., mit Verweis auf *Heinz Hamm*, Die wirtschaftlichen und sozialen Berufsmerkmale der kaufmännischen Angestellten, Diss., Borna/Leipzig 1931, S. 42.

55 Nach GDA-Erhebung von 1929, S. 26. Die männlichen GDA-Mitglieder waren im Durchschnitt deutlich älter als die Mitglieder im DHV. Während 39% der männlichen GDA-Mitglieder noch keine 30 Jahre alt waren, ergab eine Auszählung des DHV vom September 1928, dass 55,75% seiner Mitglieder unter 30 Jahre alt und 44,25% über 30 Jahre alt waren. Vgl. *Fedisch*, Berufsständische Gehaltspolitik, S. 10.

56 Vgl. die Überlegungen bei *Speier*, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 60ff., der die in der GDA-Erhebung von 1929 vorgenommene Einteilung nach Tätigkeitsgruppen für unzuverlässig hält und sich stattdessen auf Angaben bei *Max Rössiger*, Der Angestellte von 1930, Berlin 1930, beruft.

57 Vgl. die Tabelle 20 bei *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 49, die eine im Vergleich zu den in DHV und ZdA Organisierten bessere Einkommenssituation zeigt.

58 Vgl. die Quellenhinweise zu den Tabellen 5 und 6 über die Zusammensetzung der Betriebsvertretungen der Angestellten bei Arbeitnordwest und dem Zechenverband bei: *Bernd Weisbrod*, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1987, S. 123 und 130.

verpflichteten alle Aufrufe zur Wahl der eigenen GDA-Listen und bei Kandidatur auf einer gegnerischen Liste oder deren Unterstützung drohte der Ausschluss.⁵⁹ Ein Zusammengehen mit NSBO-Listen gab es nicht. Gemeinsame Listen mit dem DHV kamen vor, aber ein Zusammengehen mit dem AfA-Bund stellte andererseits keine Ausnahme dar. Das bekannteste Beispiel war die IG Farbenindustrie in Höchst⁶⁰, wo die Arbeitsgemeinschaftsliste von GDA und AfA-Bund 1931 sechs Sitze für die Angestellten in der Betriebsvertretung errang.⁶¹ Mit Unterstützung des AfA-Bundes konnte auch der bisherige GDA-Vertreter im Aufsichtsrat wiedergewählt werden.⁶² Diese Tendenz, sich in den Betrieben eher links anzulehnen, zeigt sich auch in der Schwerindustrie, wo sich die ohnehin gegenüber den anderen Gewerkschaftsrichtungen schwächere Position bis 1931 noch verschlechterte und die NSBO 1933 bei den Angestelltenräten überdurchschnittliche, aber von Betrieb zu Betrieb stark abweichende Erfolge erzielen konnte. So beteiligte sich der GDA nachweislich an AfA-Gegenlisten bei Hoesch, Dortmund, und Mannesmann, Duisburg-Huckingen.⁶³ Von heftigen Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten bei den Betriebsrätewahlen beim Statistischen Reichsamt in Berlin berichtete die GDA-Presse.⁶⁴ 1933 rächten sich die Nationalsozialisten durch die Entfernung von Ernst Wagemann aus seinem Präsidentenamt im Statistischen Reichsamt⁶⁵, wo nach Ansicht des »Völkischen Beobachters« »kommunistische und sozialdemokratische Kreise schon seit langem ein unbehindertem Betätigungsfeld gefunden haben«.⁶⁶

59 Vgl. Der GDA-Führer, 1933, Nr. 1 (Januar), S. 18.

60 Ein Beispiel für Listenverbindungen mit dem DHV bei *Ulf Kadritzke*, Angestellte – Die gedulden Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten, Frankfurt am Main 1975, S. 370, Anm. 58. Bei der IG Farben wirkte sich natürlich die relative Stärke aus. »Wir sind in den Angestellten- und Betriebsräten der chemischen Industrie zahlenmäßig am stärksten vertreten.« Bericht über das Arbeitsjahr 1929, S. 253.

61 Vgl. GDA 12, 1931, Nr. 8 (16. April), S. 90.

62 Vgl. GDA 12, 1931, Nr. 19/20 (1. Oktober), S. 189; Bericht über das Arbeitsjahr 1929, S. 253f. Das Wahlergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr noch verbessert werden. Vgl. Gewerkschaftlicher Presse-Dienst, B 59/31, 8.9.1931. GDA und AfA hatten auch 1929 ein Bündnis zur Wahl des Vorsitzenden der Bezirksversammlung der Brandenburger Knappschaft geschlossen, waren für die Betriebsratswahlen aber getrennte Wege gegangen. Vgl. Gau Brandenburg-Pommern im D.H.V. in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin im D.H.V. (Hrsg.), Jahresbericht 1929, Berlin o.J., S. 12.

63 Vgl. *Matthias Frese*, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie, Paderborn 1991, S. 54f. (NSBO), S. 455 (Mannesmann: Anmerkungen zu Tabelle 1a), S. 458 (Tabelle 2, darin GDA 1931/33 bei der Krupp AG), S. 450 (Tabelle 3, darin GDA 1931/33 bei den Vereinigten Stahlwerken). Vgl. zu Hoesch: Rote Erde. Bochumer Nationalzeitung, Beobachter für Hagen und das Sauerland, Dortmunder Nationalzeitung. Amtliche Tageszeitung des Gaues Westfalen-Süd der NSDAP, 29.3.1933. Einheitslisten gegen die NSBO gab es verschiedentlich, so beim Gußstahlwerk in Annen, wo bei den Angestellten eine »Gewerksch. Einheitsliste« gegen die NSBO antrat und eine klare Mehrheit behielt. Vgl. ebd., 30.3.1933 und 22.3.1933.

64 Vgl. für 1931 die gleichlautenden Berichte in: Gewerkschaftlicher Presse-Dienst, B 80/31, 24.11.1931; Der Angestellte im Behördendienst 11, 1931, Nr. 12 (Dezember), S. 106; für 1932 vgl. ebd. 12, 1932, Nr. 6/7 (Juni/Juli), S. 54; GDA 13, 1932, Nr. 7 (1. Juli), S. 108.

65 Vgl. Vossische Zeitung, 18.3.1933 (Morgen-Ausgabe); 18.3.1933 (Abend-Ausgabe); 19.4.1933 (Morgen-Ausgabe) und 30.4.1933 (Morgen-Ausgabe). Vgl. ausführlich und quellengestützt *Jutta Wietog*, Volkszählungen unter dem Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zur Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich, Berlin 2001, S. 44–49.

66 Völkischer Beobachter, 18./19.3.1933 (Münchener Ausg./Ausg. A). Man vgl. dazu das Wahlergebnis von 1932, wonach der GDA 314, die Gedag-Verbände 193, der ZdA 124 und die Nationalsozialisten 284 der 924 abgegebenen Angestelltenstimmen erhalten hatten. Vgl. Der Angestellte im Behördendienst 12, 1932, Nr. 6/7 (Juni/Juli), S. 54.

Der GDA aus Sicht der Nationalsozialisten

Unter dem Druck der NSDAP und der NSBO stand der GDA schon vor 1933. »Bonzokratie«, der klassische Topos nationalsozialistischer Verbalattacken gegen die gewerkschaftlichen Führungen, warf man auch dem GDA bis zum Schluss vor. Die Anmahnung eines Lehrlings wegen rückständiger Verbandsbeiträge diente beispielsweise der NSBO noch Ende Februar 1933 zur maßlosen Polemik von der »Ausbeutung zur Weiterfinanzierung von fetten Bonzenbezügen«. ⁶⁷ Im »Völkischen Beobachter« wurde Anfang 1931 die Behauptung verbreitet, dass der von einem GDA-Mitglied redigierte »Gewerkschaftliche Presse-Dienst« unter Leitung eines »bekannten sozialdemokratischen Bonzen stände«. ⁶⁸ Es war allgemein bekannt, dass viele GDA-Mitglieder und auch einige Funktionäre in der SPD organisiert waren. ⁶⁹ Mehrere Führungspersonen waren auch Mitglied im Reichsbanner. ⁷⁰ Außerdem – so ein weiterer Vorwurf der Nationalsozialisten – leiste sich der GDA »Gewerkschaftspaläste, von den Beiträgen der Mitglieder erbaut«, womit er »einen wohlthuenden Kontrast zu der Verarmung seiner niedrig entlohnten oder stellungslosen Mitglieder bilden« wolle. ⁷¹ Der Wahrheit entsprach allerdings, dass eine der GDA-Druckereien »auch verschiedene kommunistische Zeitungen und Zeitschriften herstellt« ⁷², wemgleich

67 Arbeitertum. Blätter für Theorie und Praxis der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation 3, 1933/34, Folge 1 (1.3.1933), S. 24.

68 GDA 12, 1931, Nr. 2 (16. Januar), S. 27, wo aus der Berliner Ausgabe des »Völkischen Beobachters« zitiert wird; vgl. Völkischer Beobachter, 4./5.1.1931 (Bayernausgabe). Vgl. auch GDA 12, 1931, Nr. 5/6 (25. Februar), S. 58. Pikanterweise wird der Redakteur des Pressedienstes des Gewerkschaftsrings, G[eorg]. Curt Hennig, seit Mai 1933 »Pg.« genannt, nachdem er der Partei beigetreten war. Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 67; NSDAP-Mitgliederkartei, in: BARch (ehem. BDC), NSDAP Mitgliederkartei 3200, Hennig, Curt, 8.11.1899.

69 Neben dem Bezirksgeschäftsführer Ludwig Rosenberg konnte im Nachhinein namentlich der Geschäftsführer des GDA in Waldenburg (Oberschlesien), Dr. Klette, als SPD-Mitglied festgestellt werden. Vgl. Schlesische Wacht 23, 1929, Nr. 12 (1. Dezember), S. 188. Vgl. auch Handbuch für Betriebsvertrauensmänner des DHV, hrsg. v. Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg 1932, S. 66. Rosenberg bestätigte 1973 in einem SWF-Interview, »im GDA waren wir eine ganze Menge Sozialdemokraten«. Zit. nach: Frank Ahland, Ludwig Rosenberg. Der Bürger als Gewerkschafter, Diss., Bochum/Witten 2002, S. 176. So Rosenberg schon sinngemäß gegenüber Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: AfS 13, 1973, S. 207–242, hier: S. 224, Anm. 98.

70 Zum Beispiel der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und Thüringer Gauvorsteher Leonhard Moog sowie die Bezirksgeschäftsführer Ludwig Rosenberg (zuletzt in Brandenburg/Havel) und sein Kollege in Dessau waren im Reichsbanner. Vgl. zu Moog weiter unten sowie zu Dessau: Arbeitertum 2, 1932/33, Folge 2 (15. März 1932), S. 21. Der ober-schlesische Gauvorsteher, Aufsichtsrat und Stadtverordnete Alfred Niegisch war ebenfalls mit großer Wahrscheinlichkeit Reichsbannermann. Denn laut Bericht über die Generalversammlung des Reichsbanners in Ratibor am 4. März 1931 wurde ein Beisitzer namens »Niegisch« als letzter von dreien in den Vorstandsbeirat des örtlichen Reichsbanners gewählt, um dann fortzufahren: »[A]ußerdem wird entsprechend dem überparteilichen Charakter des »Reichsbanners«, auch einem Zentrumsvertreter ein Sitz im Vorstand freigelassen«. Volksblatt. Organ der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens, 10.3.1931, Nr. 58. Alfred [Willi] Blau, Leiter der Werbeabteilung des GDA in Zehlendorf-Schweizerhof, hob in der Sitzung des Gesamtvorstands der Staatspartei am 21. Februar 1932 hervor: »Aber wir wollen das Positive hervorkehren in dem Kartell der Republikanischen Verbände und der Republikanischen Aktion.« Linksliberalismus in der Weimarer Republik, S. 696. Priamus, Angestellte und Demokratie, S. 205f., enthält nichts Konkretes zum Verhältnis des GDA zum Reichsbanner.

71 Der Angriff, 16.4.1931.

72 Arbeitertum 2, 1932/33, Folge 8 (15. Juni 1932), S. 17.

die entsprechenden Verträge schon gekündigt waren und somit das politische Interesse über das geschäftliche gestellt worden war.⁷³

Der GDA nahm das Ziel dieser politischen Verleumdungen mehrfach aufs Korn: »Die wahre Absicht dieser ›Bonzen‹-Hetze ist die Zerschlagung des Führergedankens innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Sind erst einmal Führer und ›Funktionäre‹ vertrieben, hofft man, mit den Massen um so schneller fertig zu werden.«⁷⁴ Noch im März-Heft 1933 der GDA-Zeitschrift strich das Vorstandsmitglied Johannes Degener diesen Versuch, einen Keil zwischen Führung und Mitgliedschaft zu treiben, klar heraus:

»Der Versuch der Leitung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, sich als gewerkschaftsfreundlich, aber gewerkschaftsführerfeindlich zu kennzeichnen, und dadurch Mitglieder und Führung zu trennen, wird deshalb auch erfolglos bleiben. Er bedeutet nur eine Tarnung weitergehender gewerkschaftsfeindlicher Ziele, für die das stärkste Hindernis die geschulte ehren- und berufsamtliche Führung der Organisationen ist.«⁷⁵

Im Frühjahr 1931 stellte man auf nationalsozialistischer Seite fest, dass der GDA »aus dem nationalsozialistischen Wortschatz zu schöpfen« anfange, warf allerdings die Frage auf, was angesichts seiner jüdischen Mitglieder »von der freiheitlich-nationalen Parole des GdA. übrig« bleibe. An seiner »politischen Neutralität« Anstoß nehmend, doch ohne vonseiten der Nazis den Beweis für ihre Behauptungen anzutreten,

»täte [der GDA, R. W.] also gut, seine Mitglieder, von denen eine große Zahl im nationalsozialistischen Lager steht, nicht mit schönen Worten von der deutschen Freiheitsbewegung abzuhalten, schon deshalb nicht, weil die Staatspartei ihrer ganzen Entwicklung nach und als Splitterpartei im Reichstag gar keinen Einfluß mehr auf das Schicksal der Angestellten hat!«⁷⁶

Ende 1931 war die Freude beim »Angriff« größer als der Schaden, den eine Gruppe der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) beim »demokratisch geleiteten und eingestellten GDA« angerichtet hatte. Gerne druckte man ein Flugblatt einer »sogenannte[n] GDA-Opposition« ab, worin die Herabsetzung der Gehälter der oberen GDA-Bundesbeamten gefordert wurde.⁷⁷ Umgehend wehrte sich der Redakteur Max John in der GDA-Zeitschrift »nach allen Seiten« gegen die Verleumdungen – gegen »die fortwährenden Angriffe von rechts, wir seien marxistisch, und solche von links, wir seien völlig nationalsozialistisch«. Die »Drahtzieher der KPD« seien im Übrigen »sehr bald entdeckt und kurzerhand aus dem Bund ausgeschlossen« worden.⁷⁸ Die Nationalsozialisten beließen es nicht bei diesen verbalen Attacken, die Feindseligkeit führte auch zu »Handgreiflichkeiten gegenüber dem GDA und seinen Einrichtungen«. So wurden etwa in der Nacht vom 3. auf den 4. August 1932 die Scheiben der Gaugeschäftsstelle in Beuthen im ober-

73 Vgl. Der GDA-Führer, 1932, Nr. 6 (Juni), S. 133f.

74 Der Vorkämpfer, 1932, Nr. 4, S. 51.

75 GDA-Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, 1.3.1933, Nr. 3, S. 35.

76 Der Angriff, 16.4.1931. Vgl. zum Folgenden auch Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Frankfurt am Main 1987, S. 262f.

77 Der Angriff, 31.12.1931, und Krach im eigenen Laden. Auch der G.D.A. gespalten!, in: ebd., 29.12.1931. Vgl. Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler?, S. 262.

78 Nach allen Seiten, in: GDA 13, 1932, Nr. 2 (1. Februar), S. 26. Die Rede des Gaugeschäftsführers Adolf Kahlen auf dem Brandenburger Gautag Ende Mai 1932 enthält einen Hinweis darauf, dass die Auseinandersetzungen mit RGO und NSBO sich auf Berlin konzentrierten. Dies legt auch ein Artikel im »Vorkämpfer« über eine RGO-Konferenz Berliner Angestelltenräte und Gewerkschaftsfunktionäre nahe. Vgl. Gau Brandenburg. 5. Brandenburger Angestelltentag und 12. Ordentl. Gautag des Gaus Brandenburg im Gewerkschaftsbund der Angestellten – GDA am Sonnabend, dem 28., und Sonntag, dem 29. Mai 1932, in Forst (Lausitz). Verhandlungsbericht, o. O. o. J., insb. S. 34f.; Der Vorkämpfer, 1932, Nr. 4, S. 63.

schlesischen Grenzgebiet durch Steinwürfe zertrümmert. Die Polizei nahm am nächsten Morgen einen der Tat verdächtigen Nationalsozialisten fest, bei dem eine großkalibrige Pistole gefunden wurde. Er leugnete die Tat und beschuldigte statt seiner drei Kommunisten.⁷⁹ Ein politisches Motiv hätte er gehabt, entsprach doch die couragierte Haltung des Beuthener Gaugeschäftsführers und Stadtverordneten Ernst Behrendt gegen den Antisemitismus ganz dem nationalsozialistischen Feindbild von den jüdischen GDA-Führern.⁸⁰

Über den aus Sicht der Partei »NSDAP-feindliche[n] Standpunkt« des GDA gibt ein Disziplinarverfahren der Obersten SA-Führung gegen den Sturmführer Ernst Bernhardt – Mitglied des am 20. Mai 1933 von den Nationalsozialisten neu eingesetzten GDA-Aufsichtsrats – unmissverständlich Auskunft. Den Vernehmungsprotokollen nach ging es um die von Bernhardt veranlasste Rückdatierung des Beitritts des früheren Kieler GDA-Angestellten Bruno Rudolph zur SA auf den 1. Januar 1933. Nach Zeugenaussagen wurde Rudolph nicht nur als »ein früherer großer Gegner und Gewerkschaftsbonze« beziehungsweise als »früherer roter Gewerkschaftsbeamter« bezeichnet⁸¹, der »früher den Gauleiter Lohse bekämpft habe«. Der Voruntersuchungsausschuss der Kieler SA-Brigade R 13 nahm auch die Zeugenaussage des Kreiswalters der Deutschen Arbeitsfront (DAF) wörtlich in seinen Bericht auf, dass Rudolphs Aufnahme in die NSDAP Ende April 1933 abgelehnt worden sei,

»weil er im Februar 33 bei der Stadtverordnetenwahl und im März 1933 bei den Wahlen der Betriebsräte des Amtsgerichts Kiel einen der NSDAP-feindlichen Standpunkt einnahm. Es ist m.E., gänzlich ausgeschlossen, dass er bei seiner Einstellung noch im März 1933[,] die vom GDA aus, die der NSDAP feindlich war, S.A.-Mann ab 1.1.1933 gewesen ist. Jedenfalls ist sein Verhalten bis März 1933 mit den Pflichten eines S.A.-Mannes nicht in Einklang zu bringen.«⁸²

Bemerkenswert ist an dem Verfahren weiterhin, dass die Nachforschungen zur früheren Parteimitgliedschaft des GDA-Angestellten Rudolph sich nicht nur auf die Personenkarten der SPD und KPD erstreckten, sondern auch der Staatspartei.⁸³ Trotz aller Äußerun-

79 *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 206, Anm. 77. Vgl. GDA 13, 1932, Nr. 9 (1. Sept.), S. 141.

80 Vgl. Behrendts Aufsatz »Sozial sein – heißt alles!«, worin er den »Irrglaube[n] von der Wertigkeit der Rassen« kritisiert und Firmen feststellen möchte, »die keine Juden aufnehmen, um diejenigen, bei denen diese Handlungsweise nicht verbohrt Vorurteilen entspringt, zu Versuchen mit jüdischen Arbeitnehmern zu veranlassen«. *Central-Verein-Zeitung. Blätter für Deutschland und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.* 7, 1928, Nr. 37 (14. September 1928), S. 511.

81 Abschrift des Briefes von (Oberscharführer) Sievers an Sturmhauptführer Brunk vom 13.11.1934, BArch (chem. BDC), SA-P, Bernhardt, Ernst, 29.9.1887 (Oberste SA-Führung, Gerichts- und Rechtsamt. SA-Disziplinargericht. Sturmführer Ernst Bernhardt. Akt.-Z. B 21/T/35, Bl. 5) beziehungsweise Vernehmung des Zeugen Truppführer Staack, undatiert [28.12.1934], ebd., Bl. 11.

82 Der Voruntersuchungsausschuß der Brigade R 13, Kiel, 17.1.1935, ebd., Bl. 114. Vgl. die Zeugenaussage des Kreiswalters: Angelegenheit Bernhardt. Vernehmung des Zeugen Adolf Scholz, Kreiswalter der DAF, [undatiert], ebd., Bl. 77. Nach Aussage des Direktors der städtischen Krankenanstalt hatte Rudolph »im März gegen die N.S.D.A.P. auf der Liste der Gruppe Volkswohl« kandidiert, weshalb er als Vertreter des Kreisleiters »Bedenken [hatte,] ihn aufzunehmen«. Vernehmung des Zeugen Adolf W. Rodemann, [undatiert], ebd., Bl. 78. Nach Auskunft der Kieler Kreisleitung der NSDAP wurde Rudolphs Aufnahmeantrag am 22. Mai 1933 »durch den zuständigen Ortsgruppenleiter abgelehnt«. Kreisleitung Kiel der NSDAP am 16.1.1935 an SA-Brigade R. 13, Kiel, ebd., Bl. 69.

83 Bericht der Inspektion Kiel der Staatspolizeistelle vom 9./10.1.1935 an den Ersten Staatsanwalt in Kiel, ebd., Bl. 32. Vgl. zur Behinderung des Wahlkampfes der nicht mehr wahlentscheidenden Staatspartei zum Reichstag 1933 die Ausgaben der Vossischen Zeitung, 24.2.1933 (Morgen-Ausgabe), 25.2.1933 (Morgen-Ausgabe), 6.3.1933 (Abend-Ausgabe) sowie das Dokument in:

gen aus dem GDA, welche als Kritik am Parlamentarismus und an den Weimarer Parteien verstanden werden können und wegen ihrer Betonung des Nationalen als auch des Führertums verbal in die Nähe zu nationalkonservativem Gedankengut gerückt werden könnten, für die NSDAP war und blieb der GDA eine »Organisation des schwarz-roten Systems«, wie es im Spätsommer 1933 in der Ablehnung eines NSDAP-Aufnahmeantrags hieß.⁸⁴ Deshalb gewinnt das Bild, das sich sein entschiedenster Gegner vom GDA machte, an Kontur weniger aus dem Kontrast zu dem oben ausführlich gezeichneten verbandlichen Selbstbild als aus der Schärfe der täglichen Auseinandersetzung, die den GDA zu konkreten Abwehrmaßnahmen veranlasst haben.

Abwehrmaßnahmen gegen eine nationalsozialistische Unterwanderung

»Hitler selbst bejaht zwar die Gewerkschaften, eine Existenzberechtigung aber erkennt er lediglich nationalsozialistischen Gewerkschaften zu, die in ihrer praktischen Gestaltung jedoch alles andere sein würden, als das, was wir unter Gewerkschaften als selbständigen Arbeitnehmerorganisationen zu verstehen gewöhnt sind. Der Zug des Herzens geht bei den maßgeblichen nationalsozialistischen Führern ohne Zweifel zur Werksgemeinschaft.«⁸⁵

Nach diesen Worten waren die Gegensätze in der Gewerkschaftsfrage zwischen Hitler und seiner Partei auf der einen und dem GDA auf der anderen Seite unüberbrückbar. Schon die Entschließung zur NSBO auf dem Nürnberger Parteitag bewertete der GDA als »kommunistisches Rezept« der »Zellenbildung«.⁸⁶ »Die Gewerkschaften wären töricht, wenn sie es zulassen wollten, daß in ihren eigenen Reihen Unzufriedenheitsherde gebildet werden.«⁸⁷ Doch siegesgewiss verkündete »Der Angriff« Ende Februar 1932: »Der G.D.A. wird nationalsozialistisch«. – Was war geschehen? Die Dessauer GDA-Ortsgruppe soll auf ihrer Jahreshauptversammlung sieben Nationalsozialisten in den Gesamtvorstand gewählt haben, »so daß wir jetzt die absolute Mehrheit haben«⁸⁸, und nach Angabe der NSBO haben sie den Ersten Vorsitzenden gestellt.⁸⁹ Bis dato konnte man aus der nationalsozialistischen Regionalpresse keine einheitliche Angriffsstrategie herauslesen, was ein Ausdruck der Ambivalenzen in der Gewerkschaftspolitik der NSDAP überhaupt war. Das nationalsozialistische Hamburger Abendblatt gab Anfang 1931 als Ziel an: »Das Wichtigste aber bleibt, daß es uns gelingt, den neuen Kurs des GDA zu bestimmen, ihn vom Liberalismus und seine Mitglieder von jüdischen Führern zu befreien!«⁹⁰ Um dieses Ziel zu erreichen, forderte laut GDA-Zeitschrift einerseits die nationalsozialistische Zeitschrift

Hitlers Machtergreifung 1933. Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, München 1993, S. 91.

84 Beschluß des Ehrengerichts der NSDAP-Ortsgruppe [Leipzig-]Norden B. vom 25.9.1933, BArch (ehem. BDC), PK, Bierwirth, Emil, 28.8.1890.

85 »Wandlungen in der Wirtschaftsauffassung der NSDAP«, in: Der GDA-Führer, 1931, Nr. 5 (Mai), S. 81–84, hier: S. 83. Vgl. auch die Zurückweisung einiger Hitler-Zitate aus »Mein Kampf«, in: GDA 13, 1932, Nr. 3 (1. März), S. 34.

86 GDA 10, 1929, Nr. 19 (1. Oktober), S. 273. Die »offene Gewerkschaftsfeindlichkeit« einer Anfang 1930 erstmals im Dynamowerk der Siemens-Schuckert Werke in Berlin auftretenden Liste »Nationale Sozialisten« wird kritisiert in: Einheit oder Spaltung?, in: GDA 11, 1930, Nr. 7 (1. April), S. 84.

87 GDA 10, 1929, Nr. 21 (1. November), S. 303.

88 Der Angriff, 23.2.1932. »Ob er es [i. e. nationalsozialistisch, R. W.] wirklich wurde, müßte auf breiter Basis untersucht werden.« *Kratzenberg*, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler?, S. 262. Diese hochinteressante Anregung lässt sich leider nicht ohne Weiteres in die Tat umsetzen. Vgl. weiter unten.

89 Vgl. die kurze Notiz in: Arbeitertum 1, 1932, Folge 24 (15. Februar), S. 18.

90 Zit. nach: GDA 12, 1931, Nr. 8 (16. April), S. 89.

»Der Freiheitskampf« vom 7. Februar offen zum Austritt aus unserem Bunde auf«, andererseits empfahl das nationalsozialistische

»Blatt der Niedersachsen« den GDA-Mitgliedern in ihrem eigenen Interesse beim Bund zu bleiben. Eigenste Aufgabe dieser Mitglieder sei die produktive Kritik an der Gewerkschaftspolitik und an der Politik des GDA, »um so allmählich von innen her eine Gesundung und Umwandlung der Gewerkschaften, so auch des GDA, zu erzielen«.

Zu diesem Zweck seien in dem zitierten Artikel sogleich falsche »Behauptungen über einige Persönlichkeiten unserer GDA-Bewegung im Hansegau« aufgestellt worden.⁹¹

Als die Monatsversammlung der GDA-Ortsgruppe Dessau am 3. Februar 1932 nach Angabe der NSBO-Zeitschrift »Arbeitertum« auf Antrag der nationalsozialistischen Mitglieder das Abstimmungsverhalten des Bundesvorstehers Gustav Schneider im Reichstag missbilligt und seinen Rücktritt gefordert hatte, was im Bericht der GDA-Zeitschrift allerdings bestritten wurde, wurde eine Reihe von nationalsozialistischen GDA-Mitgliedern in Dessau – und ebenfalls in Breslau – ausgeschlossen, wobei »es sich doch bei der Zahl der daran beteiligten Mitglieder um einen in keiner Weise ins Gewicht fallenden Prozentsatz« gehandelt habe.⁹² Von den Breslauer Vorgängen ist nur so viel bekannt, wie sich in der Gauzeitschrift niedergeschlagen hat. Darin nahm Heinrich Pohl, Vorsteher der Ortsgruppe Breslau und Mitglied des GDA-Aufsichtsrats, in einem zweiseitigen offenen Brief Stellung zu einem mit »Quo vadis, GDA?« überschriebenen offenen Brief, der von einem nationalsozialistischen GDA-Mitglied in der »Nationalsozialistischen Schlesischen Tageszeitung« an ihn gerichtet war. Auf dessen Kritik daran, dass »der Jungangestelltenführer des Gaues Schlesien im Kreise der ›Gruppe Junger Staatspartei« über ›Rössigers Wirtschaftsdemokratie« sprach«, antwortete Pohl mit ausführlichen Zitaten aus dem Bundesprogramm und forderte ihn auf, in »Ihrer Partei die GDA-Gedanken durch gleiche Betätigung zur Anerkennung« zu bringen.

»Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß alle Deutschen der Auffassung sind, sie hätten nur noch die Wahl zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus. Das ist Ihre Ansicht und die Ihrer Parteigenossen – und das ist in unserer Organisation nur eine geringe Anzahl. Die Mehrheit glaubt, daß sich die Mitte nicht so ohne weiteres zermalmen läßt, und alle überzeugten, bewußten Gewerkschaftler rechnen sogar damit, daß die von Ihnen genannten Extreme sehr bald auch wieder dieser Ansicht zuneigen und nicht mehr die Einheit der Arbeitnehmer stören werden.«

Pohl fuhr fort mit dem Hinweis, dass er den Aufruf gegen das Youngplan-Volksbegehren »nicht für den GDA, Breslau, unterschrieben [habe], sondern als Politiker«. Außerdem – wohl als Reaktion auf einen der Vorwürfe – kenne er keinen GDA-Angestellten, der am Stahlhelmtag teilgenommen habe.⁹³ Sehr wahrscheinlich eskalierte die Auseinandersetzung in Breslau ebenfalls und zwang den Verband zu reagieren.

»In Breslau und in Dessau haben einige wenige nationalsozialistische Mitglieder mehr mit der Kraft der Lunge als des Geistes die Monatsversammlungen unserer Ortsgruppe zu ›beleben« gesucht. Sie haben sich allerdings bald von der Aussichtslosigkeit ihres Beginns überzeugen müssen. Diejenigen Beteiligten, sowohl von Seiten der RGO. wie der N.S.D.A.P., die im Auftrage der Partei ihre Zersetzungsbestrebungen in die Mitgliedschaft hineingetragen haben, sind von der Bundesleitung aus dem GDA ausgeschlossen worden.«⁹⁴

91 GDA 12, 1931, Nr. 7 (1. April), S. 74. Der Geschäftsführer des Hansegaus, Theophil Kaufmann, wurde zur Zielscheibe der Angriffe.

92 Vgl. Arbeitertum 2, 1932/33, Folge 2 (15. März 1932), S. 21, und GDA 13, 1932, Nr. 3 (1. März), S. 33, und Zitat ebd.

93 Herrn Georg Friedrich, Breslau, in: Schlesische Angestellten-Rundschau. Organ des Gewerkschaftsbundes der Angestellten – Gau Schlesien 14, 1932, Nr. 3 (1. März), unpag.

94 GDA 13, 1932, Nr. 3 (1. März), S. 33.

Dass es NSDAP-Mitglieder im GDA gab, war seit Längerem bekannt, wie der eigene Bundesvorsteher in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der DStP am 4. Dezember 1931 eingestehen musste: »Auch in meiner Gewerkschaft sind Nazi.«⁹⁵ Spätestens seit Dessau und Breslau muss das Verhalten ihnen gegenüber auf der Tagesordnung des Bundesvorstands wie der Gauvorstände gestanden haben. Obwohl man in den geschilderten Fällen mit Ausschluss reagierte, konnte man sich gleichzeitig nicht zu einem generellen Unvereinbarkeitsbeschluss durchringen, sondern beließ es bei der grundsätzlichen Ablehnung und bekämpfte sie politisch. Man diskutierte – hierfür gibt es Anhaltspunkte – bis hinunter zu den Regionalleitungen über eine Verhaltensregel, bei der man sich den Ausschluss nach den Satzungsregularien von Fall zu Fall vorbehielt.⁹⁶ Das politische Momentum, das der Fall Dessau durch seine Publizität erlangte, blieb einmalig. Konflikte von vergleichbarem politischem Gewicht mit NSDAP-Mitgliedern in anderen GDA-Ortsgruppen wären der Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben und wären sicherlich ebenso geahndet worden. Dafür spricht schon die ganz grundsätzliche Charakterisierung der NSBO in dem oben zitierten Zeitschriftenartikel mit dem entschiedenen Untertitel »Klare Scheidung tut not«:

»Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei endlich hat sich in ihrer nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) ein Instrument geschaffen, das eigens dem Zwecke dient, auf dem Wege über ausgedehnte Zellenbildung innerhalb der Betriebe und der Verbände diese für die endgültige Eroberung durch die Partei sturmreif zu machen. Mögen diese einzelnen Organisationen und Gruppen in ihrer weltanschaulichen Fundierung und in ihrer politischen Zielsetzung noch so sehr auseinandergehen, eines eint sie doch alle: das ist der Haß gegen die Gewerkschaften; ein Haß, der sich selber schon damit ad absurdum führt, daß er jeden politischen Wert der Gewerkschaftsbewegung ableugnet.«⁹⁷

Diese Verurteilung der NSBO in der GDA-Zeitschrift wird keineswegs dadurch geschmälert, dass diese Kritik auch auf die RGO zielte.

Wann die Schwelle überschritten war, die zum Ausschluss zwang, wurde mit Dessau virulent. Aber wie sah es mit den Möglichkeiten einer stillen Unterwanderung aus? Hilfreich wäre eine genauere Kenntnis darüber, wie der NSDAP, ihrer Politik und vor allem den ihr angehörenden Mitgliedern in der praktischen Verbandsarbeit begegnet wurde. Leider verfügen wir außer den in Verbandszeitschriften abgedruckten Versammlungsberichten, die selten ähnlich Spektakuläres über die NSDAP wie in Dessau oder Breslau zu vermelden wussten, nur über wenige schriftliche Zeugnisse aus der Verbandsarbeit vor Ort. Eine Ausnahme stellt der in der Konrad-Adenauer-Stiftung verwahrte Nachlass von Theophil Kaufmann dar, dem Gaugeschäftsführer des Hansegaues und staatsparteilichen Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft. Noch Ende September 1932 nahm er auf der Gau-Arbeitstagung dezidiert gegen die NSDAP und ihre Versuche der Zellenbildung Stellung. In seinem Referat über Gewerkschaftspolitik bezeichnete er das Verhältnis zu den politischen Parteien als von außergewöhnlicher Wichtigkeit und richtete gegen »Pläne, die zur Zerstörung oder parteipolitischen Eroberung der Gewerkschaften ausgeheckt worden sind«, die Forderung, »solche Nester« aufzustöbern »und sie rücksichtslos zu zertreten«, wie das auch schon geschehen sei. Er verteidigte die gewerkschaftliche Tarifpolitik gegen

95 Linksliberalismus in der Weimarer Republik, S. 677. Dies bestätigen aus der GDA-Führung außer dem Aufsichtsratsmitglied Pohl aus Breslau zum Beispiel der sächsische Gaugeschäftsführer Bierwirth. Vgl. Anm. 105 weiter unten.

96 Nach Angabe der NSBO waren die Mitglieder in Dessau nach § 7 Abs. 4 Ziffer b der Satzung »wegen gröblicher Verletzung der Pflichten gegen den Bund« ausgeschlossen worden. Arbeiterum 2, 1932/33, Folge 2 (15. März 1932), S. 21. Vgl. auch die Satzung bei *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 221.

97 GDA 13, 1932, Nr. 3 (1. März), S. 33.

die Notverordnungspraxis und gegen den von den Nationalsozialisten unterstützten Kampf gegen das »Tarifunwesen der Gewerkschaften«. ⁹⁸ In dem letzten erhalten gebliebenen GDA-Manuskript aus seinem Nachlass stellte er fest, dass ohne gewerkschaftliche Tarifpolitik ein Lohn- und Gehaltsdiktat herrschen würde, und erst die Gewerkschaft kann »als gleichberechtigter Vertragskontrahent frei verhandeln«. ⁹⁹ Wenige Monate zuvor, am 5. August 1932, hatte der GDA in einem Brieftelegramm an Reichskanzler von Papen vor »jede[r] Einschränkung des Tarifrechts und des Schlichtungswesens« gewarnt, und nach Auffassung von Johannes Bähr »[dürfte] die Suspendierung der staatlichen Zwangsschlichtung entscheidend dazu beigetragen haben, daß die Streiks der Angestellten 1932 erstmals seit zehn Jahren wieder stark zunahmen«. ¹⁰⁰ Während für den GDA die Zahl der Tarifverträge ein Indiz für seine Verhandlungsmacht war ¹⁰¹, war die Preisgabe dieser tarifpolitischen Rechtsposition schon in der Konstruktion der späteren Deutschen Arbeitsfront angelegt, wie diese frühzeitig klarstellte. ¹⁰²

Dass die wehrhafte Haltung Theophil Kaufmanns gegenüber den Nationalsozialisten im Hansegau keine Ausnahme darstellte, obwohl wir über die meisten anderen Gaue weit weniger gut unterrichtet sind, zeigt das Beispiel Sachsen, wo der Gaugeschäftsführer Ende 1930 die NSDAP-Mitglieder im GDA in einer Versammlung derart attackierte, dass diese das bis 1933 nicht vergessen hatten. ¹⁰³ Schon zuvor schlug dies so heftige Wellen, dass die GDA-Verbandszeitschrift in Reaktion auf einen offenen Brief im nationalsozialistischen Plauener »Freiheitskampf« in einem ganzseitigen Artikel unter anderem die nationalsozialistischen GDA-Mitglieder, soweit es sie wirklich gäbe, davor warnte, »parteilpolitischen Hader in die Reihen unseres Bundes zu tragen«. ¹⁰⁴ Mit dem hanseatischen Gaugeschäftsführer, einem Hauptamtlichen des Verbands, kontrastiert Paul Funk. Gleichsam als seinen politischen Antipoden kann man diesen stellvertretenden Gauvorsteher des Gau Ostmark und Leiter der Königsberger GDA-Ortsgruppe ansehen. Zuvor in diese ehrenamtlichen Führungspositionen gewählt ¹⁰⁵, war Funk der einzige bekannte hochrangige GDA-

98 *Theophil Kaufmann*, »Referat über Gewerkschaftspolitik«, Gau-Arbeitstagung des Hansegaues, 25. September 1932 in Lübeck, S. 1–27, hier: S. 6 und 23ff., Nachlass Theophil Kaufmann, ACDP, I-071-001/1, Aufsätze und Reden als Gewerkschaftsführer in der Zeit von ca. 1922 bis 1932.

99 *Theophil Kaufmann*, [Manuskript ohne Titel, o. O. o. J., im Nachlass im Anschluss an das »Referat über Gewerkschaftspolitik«, vermutlich Ende 1932], S. 1–18, hier insb.: S. 11, ebd.

100 *Johannes Bähr*, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919–1932, Berlin 1989, S. 335; vgl. dort für Fundstelle des Telegramms.

101 Der GDA betrachtete es als Erfolg, dass er Ende 1932 an 1.055 Tarifverträgen gegenüber 1.037 Anfang 1932 beteiligt war. Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 4 (1. April), S. 51.

102 Vgl. dazu die Anweisung Nr. 6/33 des Zentralbüros der DAF vom 12.7.33, Bl. 1, dass sich die DAF-Verbände »nicht mehr mit sozialpolitischen Aufgaben [...] beschäftigen, wie z. B. Tarif-, Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen usw.«, BArch Berlin, NS 5/I, Nr. 255.

103 Mehr zu Emil Bierwirth, der noch 1928 bei den preußischen Landtagswahlen in einem westfälischen Wahlkreis für die DDP kandidiert hatte, weiter unten. Dass es im sächsischen GDA-Gau vor 1933 Mitglieder der NSDAP und des Stahlhelm gab, deren Zahl aber gering gehalten werden konnte, bestätigt er mit Hinweis auf deren kritische Zuschriften zu seinem Artikel zur Harzburger Front, der 1931 im Novemberheft der Gauzeitschrift »Sammelruf« erschienen war. Vgl. Informationsdienst für die Mitarbeiter und Leitungen der Ortsgruppen und Bezirke im Gau »Freistaat Sachsen!«, Februar 1933, S. 6, beziehungsweise ebd., März 1932, S. 7.

104 Der GDA und »Der Freiheitskampf«, in: GDA 12, 1931, Nr. 3/4 (1. Februar), S. 36.

105 Funk kam auf dem 11. GDA-Gautag in Königsberg Pr. am 30. und 31. Mai 1931 neu in den Vorstand, die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Ostdeutsche Angestellten-Warte. Nachrichten des Gau Ostmark im Gewerkschaftsbund der Angestellten 13, 1931, Nr. 7/8 (Juli/August), unpag.

Funktionär, der vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten war. Mitglied seit dem 1. November 1932, nahm er sogleich das Amt eines Schulungsleiters in einer Königsberger Ortsgruppe wahr.¹⁰⁶ Obwohl seine dadurch dokumentierte nicht nur nominelle Mitgliedschaft der GDA-Gauführung in Königsberg kaum verborgen geblieben sein konnte, hat Funk seine GDA-Ämter ohne eine im Nachhinein erkennbare Beeinträchtigung weiter ausgeübt.¹⁰⁷ In den von ihm geleiteten Versammlungen der Königsberger GDA-Ortsgruppe traten noch Ende 1932 beziehungsweise Anfang 1933 der bekannte Reichstagsabgeordnete der Staatspartei und Generalsekretär des Gewerkschaftsrings Ernst Lemmer ebenso als Redner auf wie die Mitglieder des GDA-Bundesvorstands Emil Fromholz und Johannes Degener. Und Anfang April 1933 wurde Funk in seiner Funktion als Ortsgruppenvorsteher zum Delegierten für den geplanten Bundestag im August gewählt.¹⁰⁸ Funk war von 1923 bis 1928 Mitglied im Stahlhelm, deren Ortsgruppe in der kleinen Grenzstadt Eydtkuhnen er von 1925 bis 1928 geführt hatte¹⁰⁹, und deshalb als ein Mann auf dem äußersten rechten Flügel des GDA bekannt. Sein Eintritt in die NSDAP kann von daher nicht sonderlich überrascht haben. Man hat dies toleriert unter der Bedingung, dass er sich im Verband nicht offen für die Ziele der NSDAP einsetzt. »Wenn einzelne Mitglieder oder Führer sich politisch betätigen, ist auszugehen vom Bundesprogramm. Jeder ist willkommen, der im Sinne unserer GDA-Forderungen parteipolitisch sich betätigt.«¹¹⁰ Dies war umso leichter durchsetzbar, als sein einsamer Schritt keine weiteren Nachahmer fand, weder innerhalb der namentlich bekannten engeren Gauführung noch auf der Ebene der Ortsgruppenvorsteher beziehungsweise Zahlstellenleiter im gesamten ostpreußischen Gau.¹¹¹ Und Letzteres ist der eigentlich erstaunliche Befund, war doch der Schritt Funks geeignet, untere Funktionäre in ihrer ablehnenden Haltung der NSDAP gegenüber zu verunsichern.

106 Nach seiner Personalakte im früheren BDC sowie den Dokumenten der Königsberger Ortsgruppe wurde er erst im August 1933 auch der stellvertretende Leiter der Ortsgruppe, deren Leitung er schließlich im Mai 1937 übernahm. Es handelte sich um die Ortsgruppe Nasser Garten, die erst im September 1932 mit 38 Mitgliedern aus einer der Sektionen der früheren Ortsgruppe Königsberg Pr.-Stadt gebildet worden war. Vgl. BArch (ehem. BDC), NSDAP-Mitgliederkartei 3200, Funk, Paul, 4.7.1899; Personalfragebogen für die Anlegung der SA-Personalakte, Paul Funk, 1.2.1944, ebd., SA, Funk, Paul, 04.07.1899; »Chronik der Ortsgruppe Nasser Garten«, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), XX. HA, Rep. 240 C 55 a, Bl. 38–48.

107 Ein Bericht über die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Königsberg am 9. Februar 1933 existiert nicht, aber Vorsteher Funk behielt sein Amt. Vgl. Ostdeutsche Angestellten-Warte 15, 1933, Nr. 2 (Februar) und Nr. 4 (April), beide unpag.

108 Vgl. die Berichte über die Versammlungen am 4. Dezember 1932, am 12. Januar und am 6. April 1933, in: Ostdeutsche Angestellten-Warte 15, 1933, Nr. 1 (Januar), Nr. 2 (Februar) sowie Nr. 4 (April), alle unpag. Vgl. Königsberger Hartungsche Zeitung, 7.4.1933, Nr. 166 (Wahl Bundestag).

109 In Eydtkuhnen (beziehungsweise Eydtkau, weil von 1938 bis 1945 so genannt) war er außerdem von 1923 bis 1928 »Führer der Abt. Grenzpreußen Eydtkau Jungsturm (Amoniter)«. Im Zivilleben war er seit 1928 Betriebsleiter des Getreidelagerhauses in Königsberg, mithin ein leitender Angestellter, nachdem er zuvor als kaufmännischer und dann als Speditionsangestellter gearbeitet hatte. Vgl. die Anm. 108 angeführte Personalakte.

110 So der Bericht über den 12. Gautag des Gau Brandenburg, von dem im Folgenden ausführlicher die Rede ist. Der Gauspiegel. Monatsschrift des Gau Brandenburg im Gewerkschaftsbund der Angestellten GDA 3, 1932, Nr. 7 (1. Juli), S. 2.

111 Zum engeren Gauvorstand werden hier in Übereinstimmung mit dem Wahlverfahren auf dem Gautag des Gau Brandenburg 1932 neben den beiden Vorstehern der Gaukassierer und die Gauschriftführerin gezählt. Vgl. die letzte Ausgabe der Ostdeutschen Angestellten-Warte 15, 1933, Nr. 4 (April), unpag.; Der Gauspiegel 3, 1932, Nr. 7 (1. Juli), S. 2; Gau Brandenburg. 5. Brandenburger Angestelltentag und 12. Ordentl. Gautag, insb. S. 44.

chern und unschlüssig darüber zu machen, »ob nicht auch sie sich der Werbung des Nationalsozialismus noch länger verschließen oder dessen Drucke beugen sollten.«¹¹² Erst zum 1. April 1933, unter dem Eindruck der Märzereignisse und als Folge des politischen Schwenks des GDA, folgte ihm in Ostpreußen aus der Gruppe von insgesamt 65 Vorstehern beziehungsweise Zahlstellenleitern auf Ortsebene eine kleine Minderheit von drei Personen; weitere folgten zum 1. Mai 1933, dazu jetzt auch weitere Mitglieder des Gauvorstands, wie noch im Vergleich zu zeigen sein wird.

Diesem zurückhaltend-abwägenden Verhalten im ostpreußischen GDA-Gau hat – so weit man das im Nachhinein zu erkennen vermag – eine Verhaltensregel zugrunde gelegen, welche hier gegenüber einem stellvertretenden Gauvorsteher als Mitglied des weiteren GDA-Führungskreises zur Duldung führte. Die nur bedingt tolerierende, grundsätzlich wehrhafte Haltung des GDA gegenüber seinen NSDAP-Mitgliedern führte dagegen in anders gelagerten Fällen zum Ausschluss. Erkennbar wird diese Leitlinie an den Auseinandersetzungen im Gau Brandenburg, wo auf dem Gautag 1932 und in seinem Vorfeld nicht nur die grundsätzliche politische Gegnerschaft zur NSDAP zur Sprache gekommen ist, sondern auch das konkrete Verhalten gegenüber NSDAP-Mitgliedern in den eigenen Reihen. Auf den DHV verweisend, den die Nationalsozialisten ebenfalls in ihre Abhängigkeit zu bringen suchten, wurde »die grundsätzliche Ablehnung parteipolitischer Auseinandersetzungen in den Gliederungen unseres Bundes« hervorgehoben. »Versuche von politischen Parteien oder ihrer Sondergruppen, Einfluß auf den GDA zu gewinnen, sind mit dem sofortigen Ausschluß derjenigen Bundesmitglieder, die sich daran beteiligten, beantwortet worden.« Das bedeute jedoch nicht, »daß der GDA keinen Einfluß auf die politische Entwicklung« nehmen wolle. »Im Gegenteil! Die demokratische Staatsform verlangt die direkte Einwirkung auf die Gesetzgebung. [...] Hierzu ist die Mitarbeit in den staatsbürgerlichen Vertretungen notwendig.« Und mit Verweis auf die Arbeit Schneiders im Reichstag für die Staatspartei wird eine unverblühte Wahlempfehlung gegeben:

»Deshalb sollen die GDA-Mitglieder auch die Verpflichtung in sich fühlen, bei politischen Wahlen die Vorschlagslisten daraufhin zu prüfen, ob an aussichtsreicher Stelle Mitarbeiter des GDA kandidieren. Wir müssen stärker als bisher GDA-Anschauung und GDA-Geist hineintragen in die politischen Parteien. Das wird immer bei den Parteien sein können, die die freiheitliche Entwicklung des staatsbürgerlichen Lebens anerkennen und die nicht grundsätzlich gewerkschaftsfeindlich sind.«¹¹³

Auf dem letzten Brandenburger Gautag vor der Machtübertragung auf Adolf Hitler verlangte der Gaugeschäftsführer Adolf Kahlen eine klare Grenzziehung. Wer sich offen für die politischen Ziele der NSDAP einsetzte, musste danach mit seinem Ausschluss rechnen. Vor allen Dingen in Berlin seien RGO und NSBO für ihre parteipolitischen Ziele im GDA tätig geworden, und seine Worte erinnern an die Beispiele Dessau und Breslau:

»Wir haben die Mitglieder, die nicht im Bundesgedanken, sondern im Sinne ihrer politischen Parteianschauung in unserem Bunde wirken wollten, um den Bund in die Abhängigkeit ihrer parteipolitischen Weltanschauung zu bringen, ausgeschlossen, weil wir uns solche Schädlinge in der Bundesarbeit nicht leisten können.«

Im Gegenzug nahm Kahlen auch zu seiner eigenen Kandidatur bei den preußischen Landtagswahlen 1932 Stellung:

112 So die Formulierung des Landgerichts Detmold in seinem Urteil vom 18.4.1956 in dem Entschädigungsverfahren eines langjährigen Mitglieds der SPD und Kassierers des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bielefeld bis 1933, mit näheren Quellenangaben wiedergegeben bei *Katharina van Bebber*, *Wiedergutmacht? Die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung nach dem Bundesergänzungsgesetz durch die Entschädigungsgerichte im OLG-Bezirk Hamm*, Berlin 2001, S. 320.

113 Die staatsbürgerliche Aufgabe, in: *Der Gauspiegel* 3, 1932, Nr. 4 (1. April), S. 2.

»Man hat gesagt, daß durch meine Spitzenkandidatur für die Staatspartei im Wahlkreis 5 die parteipolitische Neutralität des Bundes verletzt worden sei. Das ist nicht der Fall. Wir haben in unserer politischen Arbeit auszugehen vom Bundesprogramm. Wir grüßen jeden unserer Mitarbeiter, der in seiner politischen Partei unsere Bundesforderungen durchzusetzen in der Lage ist. Wir grüßen jeden unserer Mitarbeiter, der seine parteipolitische Betätigung so auffaßt, daß er die Aufgabe hat, im Interesse des Angestelltenstandes, nach unserem Bundesprogramm und unseren Bundesforderungen zu wirken. Jeder, der von diesem Grundsatz aus parteipolitische Arbeit leistet, ist uns lieb und wert. Aber es darf keinesfalls so kommen, daß etwa die Gefahr besteht, daß er innerhalb des Bundes der Beauftragte seiner politischen Partei wird; wo versucht wird, den Bund in die Abhängigkeit einer politischen Partei zu bringen, müssen wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wenden und das abwehren.«¹¹⁴

Die geschilderten Beispiele fügen sich zu einem Bild zusammen, welches zu einer Korrektur der Annahme einer »unentschlossene[n] bzw. offene[n] Haltung« des GDA gegenüber seinen NSDAP-Mitgliedern zwingt.¹¹⁵ Die in der wissenschaftlichen Literatur aufgestellte Behauptung, der GDA habe Mitglieder der NSDAP nicht ausgeschlossen¹¹⁶, ist irreführend und wird durch die Fakten nicht gedeckt. Andererseits hat es keinen generellen und konsequent angewandten Unvereinbarkeitsbeschluss gegeben, obwohl der GDA die Strategie zur Unterwanderung der Gewerkschaften mittels der NSBO erkannt und ausdrücklich davor gewarnt hat. Offenbar hat er von Fall zu Fall über einen Ausschluss entschieden und tat dies – sowohl unter Berücksichtigung des Ausmaßes der Unterwanderung als auch des vorhandenen innerverbandlichen Konfliktpotenzials – aus einer Position der Stärke heraus und nicht der Schwäche.¹¹⁷ Aber nur das aktive Bekämpfen eines verbandlichen Grundsatzes parteipolitischer Unabhängigkeit vonseiten nationalsozialistischer Mitglieder zu ahnden und den Ausschluss allein auf dieses Kriterium zu stützen, verkantete das auf die Vernichtung der Demokratie gerichtete, diktatorische Machtstreben der nationalsozialistischen Bewegung und war aus dem heutigen historisch-politischen Wissen nicht ausreichend.¹¹⁸

II. DIE »NATIONALE ERHEBUNG« UND DER MÄRZ-SCHWENK DES GDA

Noch am 28. Januar 1933, als die Regierung Kurt von Schleichers zurücktrat, hatte der Gewerkschaftsring zusammen mit anderen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden an Hindenburg appelliert, keine »sozialreaktionäre und arbeiterfeindliche Regierung« zu berufen.¹¹⁹ Die Betrauung Franz von Papens mit den Verhandlungen zur Regierungsbildung wurde deshalb als »bewußte Kampfansage an das verfassungstreue deutsche Volk« ver-

114 Gaugeschäftsführer Kahlen auf dem 12. Ordentlichen Gautag des Gaus Brandenburg, in: Gau Brandenburg. 5. Brandenburger Angestelltentag und 12. Ordentl. Gautag, S. 35f. Vgl. auch den Bericht, in: Der Gauspiegel 3, 1932, Nr. 7 (1. Juli), S. 2f.

115 *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 205.

116 Vgl. ebd., S. 204f., und unter Berufung darauf *Fritsch*, Gewerkschaftsbund der Angestellten, S. 61; *Prinz*, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen, S. 68, und *Kratzenberg*, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler, S. 263.

117 Diese Selbstwahrnehmung ist insofern widersprüchlich, als sie allein auf dem geringen Anteil von NSDAP-Mitgliedern in der Organisation beruhte, nicht aber auf einer realistischen Einschätzung der notwendigen Voraussetzungen, um der nationalsozialistischen Bewegung Paroli bieten zu können.

118 In dieser Verkennung ist *Priamus* zuzustimmen. Vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 205, 207f. und 211.

119 Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg vom 28. Januar 1933, zit. nach: Vossische Zeitung, 29.1.1933 (Morgen-Ausgabe).

standen¹²⁰ und Hitler stand in ihren Augen – so die Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände – »für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments«. Bis in den März hinein begleitete der GDA die neue Hitler-Regierung mit kritischen Tönen¹²¹, während »die Gelben aller Schattierungen unter dem neuen Kurs Morgenluft wittern«. ¹²² Eine nicht einlenkende, kritische Haltung zu »den Absichten maßgeblicher und einflußreicher Kreise dem Betriebsrätegedanken gegenüber« und die Befürchtung, dass sich »eine arbeitnehmerfeindliche Politik« durchsetzt, welche »die kümmerlichen Rechte der Arbeitnehmervvertretung ganz beseitigt oder ›nur‹ bis zur Bedeutungslosigkeit beschnitten werden könnten«, spricht auch aus der Zuschrift eines »führenden Mitarbeiter[s] in der preußischen Katasterverwaltung und Vorsteher[s] einer großen GDA-Behördenfachgruppe«, welche die Zeitschrift der Behördenangestellten in ihrem März-Heft anlässlich der Betriebsrätewahlen veröffentlichte, und in der deshalb gefordert wurde: »Ich würde es begrüßen, wenn der GDA aus der bisher geübten vornehmen Zurückhaltung heraustreten und, wenn nicht zum Angriff, so aber zu scharfer Abwehr gegenüber den Angriffen parteigebundener Organisationen und Parteigruppen übergehen würde.«¹²³ Dieser Haltung entsprach auch noch die Eingabe an den Reichsminister der Finanzen vom 10. März »gegen die in vielen Dienststellen betriebene parteipolitische Werbung im Dienst«. Der nachträglichen Kommentierung dieser Eingabe, in Verbindung mit der Veröffentlichung der Reaktion des Ministers vom 30. März 1933, ist allerdings der zwischenzeitliche Umschwung im Verhalten des GDA deutlich anzumerken, und man könnte den eigenen Kommentar gegen den GDA selbst wenden:

»Durch solche Vorgänge werden Kräfte in die nationale Front hineingepreßt, die diesen Schritt nur mittun, um ihre Existenz zu retten; das liegt jedoch nicht im Sinne des nationalen Wiederaufbaues. Es verhindert aber auch Sauberkeit der Gesinnung und erschwert vielen vom ehrlichen Willen zur Mitarbeit an der Erneuerung des nationalen Deutschlands beseelten Menschen die Erfüllung dieser staatsbürgerlichen Pflicht.«¹²⁴

Die Topoi »vom ehrlichen Willen zur Mitarbeit«, von »Sauberkeit der Gesinnung« und »Erneuerung des nationalen Deutschland« als »staatsbürgerliche Pflicht«, die den noch zögernden und schwankenden Partei- und Verbandsführern von den Nationalsozialisten zum Mitmachen in den Mund gelegt wurden, waren im Aufruf des GDA zu den Wahlen vom 5. März 1933 noch nicht angeklungen. Gleichwohl war an die Stelle der parteipolitischen Unabhängigkeit schon die etwas entrücktere Formel von der Überparteilichkeit

120 Erklärung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur politischen Lage vom 30. Januar 1933, in: *Dowe/Weber/Schönhoven* u. a., *Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert*, Bd. 4, S. 829 (Dokument 168). Diese Erklärung war durch die Ernennung Hitlers überholt. Vgl. ebd., Anm. 1 zu Dokument 168.

121 Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände an die Mitglieder vom 30.1.1933, in: ebd., S. 829f., Zitat: S. 829 (Dokument 169). Vgl. zu den Beratungen vom 28. und 30. Januar aus GDA-Sicht den Aufruf »für die März-Versammlung« der GDA-Ortsgruppen, in: *Der GDA-Führer*, 1933, Nr. 2 (Februar), S. 31–38, hier: S. 35 (Beratungen) und 38 (kritische Töne); *Gustav Schneider*, *Die Aufgaben der Gewerkschaften*, in: *GDA* 14, 1933, Nr. 3 (1. März), S. 34.

122 *Der GDA-Führer*, 1933, Nr. 2 (Februar), S. 50. Bei seiner Ablehnung der Forderungen der »Wirtschaftsfriedlichen« spießte der GDA das Verlangen nach einem Streikverbot besonders auf. Vgl. *Die Gelben wittern Morgenluft*, in: *GDA* 14, 1933, Nr. 3 (1. März), S. 43.

123 *Der Angestellte im Behördendienst* 13, März 1933, Nr. 3, S. 32. Eine offensive Haltung spricht auch aus dem als Vorbild hingestellten Appell der Ortsgruppe Wuppertal-Barmen, »das Bekenntnis zu unserem Bund« durch Tragen des Bundesabzeichens in der Öffentlichkeit zu bekunden. Dass die »Junge Front Lübeck« das Tragen der Bundesnadel zur Pflicht bei Veranstaltungen der Ortsgruppe machte, wurde ebenfalls zur Nachahmung empfohlen. *Der GDA-Führer*, 1933, Nr. 3 (März), S. 72.

124 *Der Angestellte im Behördendienst* 13, April 1933, Nr. 4, S. 45.

getreten: »Über den Parteien steht unser Bund.« Doch die warnende Aufforderung »Keine Stimme den Gegnern der Volksvertretung, den Freunden der Diktatur« erinnerte noch an die gemeinsame gewerkschaftliche Kundgebung vom 30. Januar.¹²⁵

Fragt man nach den Gründen für den seit Mitte März erkennbaren Gesinnungswandel, dann ist die Führung des Verbands ganz offensichtlich nach den enttäuschenden Märzwahlen politisch »eingeknickt«. Eingeleitet wurde diese Wende mit dem Rundschreiben »an unsere Führer und Mitarbeiter« vom 8. März, worin der GDA der neuen Regierung seine »Mitarbeit zur Überwindung der wirtschaftlichen Gesamtschwierigkeiten zur Verfügung« stellte. Darin wird dem Wunsch Ausdruck verliehen, die Regierung möge »den seit Jahren beschrittenen Weg der Notverordnungen [...] verlassen und die wirtschaftlichen Vereinigungen wieder zu stärkerer Mitarbeit heranziehen. [...] Wir haben für nationale Notwendigkeiten immer aufgeschlossenes Verständnis gehabt« und »feierlich verkündet, daß unsere Arbeit Dienst am Gemeinwohl sein soll. Die von diesem Geiste getragene Mitarbeit kann nicht entbehrt werden.«¹²⁶ Am 14. März folgte eine zentrale Erklärung aller Mitgliedsverbände des Gewerkschaftsrings, in der diese ebenfalls »ihre Mitarbeit zur Verfügung« stellten.¹²⁷ Erst am 16. März erfuhr die breite Öffentlichkeit die entscheidenden Passagen aus dem GDA-Rundschreiben.¹²⁸ Dabei wird der Gesinnungswandel des GDA am deutlichsten durch das Erstaunen der nationalsozialistischen, von Gauleiter Josef Wagner herausgegebenen Gauzeitschrift »Rote Erde« über das GDA-Rundschreiben belegt. Dort sah man sich »vor einer grundsätzlichen Wendung in der Politik der Gewerkschaften« und sprach von »bemerkenswerte[n] Ausführungen des Gewerkschaftsbundes deutscher [sic!] Angestellter«. »Diese Ausführungen zeigen mit erfreulicher Deutlichkeit, daß die Einsicht schon in den weitesten Kreisen der großen Organisationen der deutschen Arbeitnehmerschaft Platz greift.«¹²⁹ Der »freudsche Verschreiber« nahm die Absicht, sich der jüdischen Mitglieder zuvörderst zu entledigen, schon unfreiwillig vorweg.

Seit der Wahl sah der GDA seinen verbandspolitischen Spielraum von zwei Seiten eingeeengt. Auf der einen Seite das enttäuschende Wahlergebnis und die nationale Begeisterung der Anhänger der Hitler-Regierung im Lande, was den zusammengeschmolzenen sozialliberalen Kern weiter atomisierte, auch wenn in der Optik die Stimmenzahl gehalten und durch geschickte Listenverbindung mit der SPD fünf statt, wie im November 1932, zwei Abgeordnete für die DStP in den Reichstag entsandt werden konnten. Dem politisch unterlegenen Bevölkerungsteil wurde auf der anderen Seite politische Anpassung, auch um den Preis der Selbstaufgabe, dringend anempfohlen, als zunehmend auch die Repräsentanten der SPD – die Kommunisten waren schon ausgeschaltet – und der Freien Gewerkschaften tötlich angegriffen und eingeschüchtert sowie in vielen Orten ihre Häuser

125 GDA 14, 1933, Nr. 3 (1. März), S. 33. Mit der Formel vom »über den Parteien stehenden Bund« suchte sich der GDA eine Brücke von der satzungsmäßigen parteipolitischen Unabhängigkeit, aber faktischen Parteienallianz, zur nationalsozialistischen Forderung zu bauen, »die Gewerkschaften aus parteipolitischen Bindungen zu lösen«. Der Angestellte im Versicherungsgewerbe 13, 1933, Nr. 3/4 (März/April), S. 13, und *Gustav Schneider*, *Gesunde Selbstverwaltung*, in: GDA 14, 1933, Nr. 4 (1. April), S. 49.

126 Rundschreiben des GDA-Bundesvorstandes »An unsere Führer und Mitarbeiter«, Berlin-Zehlendorf, 8.3.1933, in: Informationsdienst, April 1933 (Anlage).

127 Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, März 1933, Nr. 3, S. 93. Auch in: *Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Monatsschrift für die Mitglieder der Betriebsvertretungen und Mitteilungsblatt des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände* 14, 1933, Nr. 3 (März), S. 35.

128 Vgl. *Vossische Zeitung*, 16.3.1933 (Abend-Ausgabe). Formulierungen aus dem GDA-Rundschreiben finden sich wieder in einer Erklärung des Bundesvorstandes, unter anderem abgedr. in: *Der Angestellte im Versicherungsgewerbe* 13, 1933, Nr. 3/4 (März/April), S. 13 (Titelseite).

129 *Rote Erde*, 16.3.1933.

besetzt wurden. Diese Zangenbewegung vermag die Demutsgeste des GDA aber nur zu einem Teil zu erklären, denn sie will nicht so recht zu dem Umfang an Repressalien passen, denen der GDA selbst tatsächlich ausgesetzt war. Zwar konnte es keinen Zweifel daran geben, dass die NSDAP den GDA als politischen Gegner wahrnahm, doch sind Verhaftungen, In-Schutzhaftnahmen und Verhöre im Zusammenhang mit Reichstagsbrand und Märzahlen nicht nachgewiesen – mit Ausnahme des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und Thüringer Gauvorstehers Leonhard Moog¹³⁰ –, was den GDA in den Augen der Nationalsozialisten als weniger gefährlich erscheinen ließ. Während die Überfälle auf die Häuser der Freien Gewerkschaften unmittelbar nach der Märzwahl Legion waren, ist das schärfste Vorgehen der Nationalsozialisten gegen den GDA, soweit es sich in aller Öffentlichkeit abspielte und belegt werden kann, in der Durchsuchung der Geschäftsstelle im GDA-Haus in der Barer Straße 44 in München durch einen SA-Sturm am Nachmittag des 16. März 1933 zu sehen, die im Auftrag des Polizeipräsidiums durchgeführt wurde. »Es wurde eine Anzahl von Akten und Schriften beschlagnahmt.«¹³¹ Unmittelbar vorher hatte der Staatskommissar für das Bayerische Staatsministerium des Innern, Adolf Wagner, am 15. März den Regierungspräsidenten und Bezirksamtsvorständen eine Verfügung zur Wiederaufnahme des Geschäftsverkehrs der Gewerkschaften bekannt gegeben, unter anderem mit der Auflage, nicht »mit verbotenen politischen Organisationen oder deren ehemaligen Führern in Verbindung zu treten« und jede »parteipolitische Betätigung« zu unterlassen.¹³² Dem war wiederum ein Schreiben des Leiters der NSBO, Walter Schuhmann, vom 14. März an Ministerialdirektor Ludwig Grauert vom Preußischen Innenministerium vorausgegangen, worin die Behauptung aufgestellt wurde, dass in den Gewerkschaftsbüros »zur Zeit schon Akten beseitigt [werden]«.¹³³

München war als Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung nicht eine Stadt wie jede andere, sodass die Hausdurchsuchung dem Verband das Ausmaß der Bedrohung exemplarisch vor Augen führte. Als unmittelbarer Auslöser für die Erklärungen des GDA zur Mitarbeit kam diese Aktion jedoch zeitlich zu spät. Sie war aber auch nicht die einzige bekannt gewordene nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahme. Auch seine Versammlungstätigkeit war betroffen. So wurde eine GDA-Versammlung zum Thema »GDA und nationalsozialistische Aufbauarbeit«, welche wahrscheinlich in der ersten Märzhälfte stattgefunden hat, unter Berufung auf die »Verordnung (VO) des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit dem Runderlass des preußischen Innenministers vom 3. März 1933 zur VO vom

130 Unmittelbar nach Kriegsende wurde aus Vernehmungen bekannt, dass zum Beispiel Leonhard Moog, neben seinen GDA-Ämtern führendes DDP-Mitglied, »allen Anwürfen, Beschimpfungen und auch Vernehmungen bei der Polizei – später Gestapo ausgesetzt« war. So die Aussage des mit Moog politisch und persönlich eng befreundeten Weimarer Fabrikanten Zumhasch gegenüber dem amerikanischen Militär auf die Frage nach »Repressalien«. Felix Zumhasch, Gestellte Fragen zur Beantwortung, Weimar o.D. Juni 1945, in: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 1077–1079, Bl. 268.

131 *Völkischer Beobachter*, 17.3.1933 (Münchener Ausg./Ausg. A).

132 GStA PK, Rep. 77, Nr. 23 (Staatssekretär Grauert), zit. nach: *Herbert Michaelis/Ernst Schraeppler* (Hrsg.), *Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur*, Berlin o.J. [1964], S. 625. Ein fast gleichlautender Erlass in Sachen Gewerkschaftshäuser erging in Sachsen. Wagner erklärte vor der Presse »zur Frage der Gewerkschaften, die Angriffe auf verschiedene Gewerkschaftshäuser seien nur deshalb geschehen, weil bedauerlicherweise die Gewerkschaftshäuser nicht mehr Dienststellen waren zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen, sondern zum Teil als politische Zentralstellen linker politischer Organisationen benutzt werden.« *Königsberger Hartungsche Zeitung*, 16.3.1933, Nr. 128.

133 GStA PK, Rep. 77, Nr. 10 (Staatssekretär Grauert), zit. nach: *Michaelis/Schraeppler*, *Das Dritte Reich*, S. 622.

28. Februar 1933 als politische Versammlung ausgelegt und verboten.¹³⁴ Möglicherweise erst in der zweiten Märzhälfte ausgesprochen, darf auch dieses Verbot nicht als direkter Auslöser für den Gesinnungswandel gewertet werden. Doch waren beide Maßnahmen geeignet, den GDA in seiner nachgiebigen Haltung zu bestärken, um das Odium einer politischen Gegnerschaft loszuwerden.

Mütlos und kleinlaut fügte man sich: »Wir wissen genau, daß ein neuer Anfang staatlicher Geschichte nicht mit Samthandschuhen begonnen werden und daß manches dabei verschüttet werden kann.« Dem stellvertretenden Bundesvorsteher Max Rössiger, der am feierlichen Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche am 21. März teilnahm, flößte Hitlers Rede zur Reichstagseröffnung »Vertrauen und Zuversicht« ein und sie enthalte eine »Verheißung [...], aber zugleich die Verpflichtung der Regierung selbst [...], die gläubig gewordene Mehrheit des deutschen Volkes nicht zu enttäuschen«.¹³⁵ Der noch amtierende Bundesvorsteher Gustav Schneider bekräftigte in derselben Ausgabe der GDA-Zeitschrift »unsere uneingeschränkte Bereitschaft zur Mitarbeit am nationalen Aufbau«, welche »durch keinerlei Konjunkturerwägungen bedingt« sei. Das Freiheitliche im hoch gehaltenen »Freiheitlich-Nationalen« als »ideeller Fundamentierung« des GDA unterschlagend, interpretierte er die Verbandsgeschichte »als Ständesvertretung im Rahmen der Volksgemeinschaft« neu: »Wer unser Schrifttum kennt – die es nicht kennen, sollten es nachlesen –, wird bekennen müssen, daß unser nationales Gedankengut bereits im Jahr 1920 vieles, sehr vieles, vielleicht das meiste enthält, was anderen erst in späteren Jahren aufgegangen ist.« Vorbehalte meldete er einzig – im Interesse der Selbsterhaltung – hinsichtlich der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung an: »Wir taten es nicht um äußerer Anerkennung willen, wir erfüllten eine selbstverständliche nationale Pflicht. Aber das eine dürfen wir erwarten und verlangen, daß wir jetzt in dieser Absicht nicht eingeengt und behindert werden.«¹³⁶ Von den »anderen«, mit denen man noch am 30. Januar eine gemeinsame Front gebildet hatte, setzten sich noch deutlicher die GDA-Behördenangestellten ab:

»Einzige Bindung für uns ist das Wohl der Volksgemeinschaft und das Interesse des Staatsganzen; so ist es bisher immer gewesen, und so bleibt es auch für die Zukunft. Daher haben wir es auch nicht nötig, wie die Freien Gewerkschaften und die Gedag-Verbände, uns jetzt umzustellen. Wir stehen hinter der vom Willen des Volkes getragenen nationalen Regierung und betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, uns, wie bisher, mit unserer ganzen Kraft für ein nationales und wahrhaft soziales Deutschland einzusetzen.«¹³⁷

Auf die April-Ausgabe der GDA-Zeitschrift verweisend, fasste der Vorstand in einem Rundschreiben »an alle GDA-Mitglieder« vom 1. April 1933 diese Gedanken zusammen und betonte: »Seit seiner Gründung hat der GDA seine parteipolitische Unabhängigkeit auf das strengste gewahrt, er hat nie in einer Bindung zu einer Partei gestanden.«¹³⁸ Selbstverleugnend setzten die Behördenangestellten hinzu, der GDA habe schon immer gegen die »Parteibuchherrschaft« der »Freien« und »Christlichen« angekämpft.¹³⁹ Vergessen war, wie man zum Beispiel im Sommer 1932 die parteiegoistischen Attacken der Nationalsozialisten mit folgenden Worten zu entlarven versucht hatte: »Damit bekämpfen wir

134 Vgl. Der GDA-Führer, 1933, Nr. 4 (April), S. 118f.

135 So der »Reichstagseröffnung« überschriebene Bericht, in: GDA 14, 1933, Nr. 4 (1. April), S. 55.

136 Ebd., S. 49.

137 Der Angestellte im Behördendienst 13, April 1933, Nr. 4, S. 41. Vgl. Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen, S. 97.

138 So Max Rössiger und Johannes Degener im Namen des Bundesvorstandes »An alle GDA-Mitglieder!« Berlin-Zehlendorf, 1.4.1933, Bl. 1.

139 Das Ziel aller Arbeit muß das Gemeinwohl sein!, in: Der Angestellte im Behördendienst 13, April 1933, Nr. 4, S. 41.

mit Entschiedenheit alle Parteibestrebungen, für die der Kampftruf ›Weg mit dem Partei-buchbeamtentum!‹ lediglich ein Schlagwort zur Vertuschung ihrer eigenen parteilichen Wünsche ist.«¹⁴⁰

Doch trotz dieses sichtbaren Kurswechsels und der Angebote zur Mitarbeit gerieten noch in der zweiten Aprilhälfte Untergliederungen des GDA in den Verdacht »staatsfeindlicher« Bestrebungen. So berichtete die nationalsozialistische Gauzeitung »Rote Erde« am 24. April 1933 unter der Überschrift »Staatsfeindliche Tagung des G.D.A. in Meschede polizeilich aufgehoben« von einer »Führertagung für Rheinland und Westfalen« in der dortigen Jugendherberge. Das »Tragen reichsbannerähnlicher Grünhemden der sogenannten ›Führer‹« sei sofort aufgefallen, und mit der »erste[n] ›große[n]‹ Rede auf der Tagung [...] trat klar hervor, daß es sich hier um eine verkappte staatsfeindliche Zusammenkunft handelte«. Es seien Worte gefallen wie »die jetzige Reichsfahne ist unser Feind« und »das Reichsbanner muß zu uns herübergezogen werden«. Und das beschlagnahmte schriftliche Material enthielte Forderungen nach der Wiedererkämpfung eines Reiches »von ›Freiheit und sozialer Struktur‹«. »Daraufhin wurde natürlich die Tagung sofort aufgehoben. In Gruppen von 12 Personen wurden die ›Führer‹ zum Bahnhof Meschede abgeführt.« Auch wenn der Mescheder GDA umgehend den unterstellten Zweck der Tagung zu dementieren suchte¹⁴¹, die Reaktion und der Bericht wirft mit seinen stigmatisierenden Klischees ein deutliches Licht auf das Feindbild, das selbst noch in der zweiten Aprilhälfte 1933 bei den untergeordneten NSDAP-Instanzen im Lande vorherrschte. Auch die in verschiedenen Zeitungen veröffentlichte Falschmeldung über das im Zuge der Aktion vom 2. Mai angeblich besetzte GDA-Haus in Köln war nicht etwa als unglaublich zurückgehalten worden.¹⁴² Denn obgleich die Verschonung der Christlichen und der Ring-Verbände nach der Erinnerung Ernst Lemmers »offenbar auf eine Direktive zurückzuführen« war¹⁴³, sind ver-

140 Klare Fronten! Verhelte dem Rechtsgedanken zum Durchbruch!, in: Der Angestellte im Behörden-dienst 12, 1932, Nr. 8 (August), S. 57. Verfasser war Otto Schimpf, Reichsfachgruppen-leiter der Behördenangestellten im GDA.

141 Rote Erde, 24.4.1933. Das Dementi in: ebd., 1.5.1933: »Der Bericht über unsere Jugendführer-tagung in Meschede entspricht nicht den Tatsachen.« Diese habe vielmehr dazu gedient, »die Führer sämtlicher Jugendgruppen unseres Bundes in Rheinland-Westfalen für den neuen Staat zu begeistern. [...] Es ist in keiner Form gegen den neuen Staat, sondern für den neuen Staat gesprochen worden. Unter den Teilnehmern selbst befanden sich einige Mitglieder der Hitler-Jugend, die Mitglied unseres Bundes sind.« Der Verband stünde »seiner ganzen programmatischen Einstellung gemäß auf dem Boden der nationalen Mitarbeit zur Verwirklichung der Volksgemeinschaft« und habe »dem Herrn Reichskanzler sogar unter bewußter Opferung der eigenen Interessen« den Vorschlag unterbreitet, »das gesamte deutsche Gewerkschaftswesen zu einem einheitlichen Nationalen Gewerkschaftsbund umzugestalten«.

142 Die vom Gauleiter Mutschmann herausgegebene Tageszeitung meldete noch am 2. Mai aus Köln: »Auch der GDA. wurde besetzt, um die Rechte der Arbeiterschaft zu sichern.« Der Freiheitskampf. Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen, 2.5.1933. Die Frankfurter Zeitung (und Handelsblatt) berichtete am 3. Mai 1933 aus Köln ebenfalls: »Auch der Gewerkschaftsbund der Angestellten wurde besetzt...«. Richtig hätte es heißen müssen: »Auch der ADGB wurde besetzt, um die Rechte der Arbeiterschaft zu sichern.« Westdeutscher Beobachter. Amtliches Organ der NSDAP, 3.5.1933. Zuletzt abgedr. in: *Erb*, Gleichgeschaltet, S. 239f.

143 *Ernst Lemmer*, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt am Main 1968, S. 183. Den Urheber der Direktive nennt Lemmer, der unter dem unmittelbaren Eindruck eines direkt Beteiligten zu schreiben scheint, nicht. Zum Zeitpunkt der Niederschrift seiner Memoiren muss ihm der Marschbefehl Robert Leys vom 21. April 1933, auf den er sich sehr wahrscheinlich bezieht und der 1938 erstmals veröffentlicht wurde, aber bekannt gewesen sein. Vgl. hierzu weiter unten.

einzelnt Besetzungen auch bei den Ringverbänden vorgekommen, ganz im Stil der früheren örtlichen sogenannten »Einzelaktionen«.¹⁴⁴

Um die für die Nationalsozialisten enttäuschenden Betriebsrätewahlen des Frühjahrs 1933 zu revidieren, erlaubte das am 4. April 1933 verabschiedete »Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen« unter anderem, Mitglieder von Betriebsvertretungen abzulösen, die »in staats- und wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt« seien. An deren Stelle konnten neue Betriebsratsmitglieder »ernannt« werden.¹⁴⁵ Als gewählte Betriebsräte in den staatlichen Ministerien traf das auch GDA-Mitglieder, zahlenmäßig nicht bestimmbar, in einem Kernbereich gewerkschaftlicher Vertretungsaufgaben.¹⁴⁶ Der aus der GDA-Verbandspresse gut belegbare Fall des Hauptbetriebsrats bei der Reichsfinanzverwaltung, August Lorscheidt, bildete keine Ausnahme und die an ihm exemplarisch darstellbare Amtsenthebung wiederholte sich unter anderem bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (RfA), in deren Direktorium und Verwaltungsrat Führungspersonen des GDA als Vertreter der Versicherten Leitungs- und Aufsichtsfunktionen wahrnahmen, im Zuge des weiteren Gleichschaltungsprozesses. War der GDA in den Augen der Nationalsozialisten ein politischer und weltanschaulicher Gegner, dann war es folgerichtig, dass auch der Einzelne, hier Lorscheidt, entsprechend behandelt und als Betriebsrat entlassen wurde. Der Fall Lorscheidt ist ebenso aufschlussreich wie delikats, denn der Vorsitzende der Gaufachgruppe der GDA-Behördenangestellten im Rheingau war seit dem

144 So werden die gewalttätigen Übergriffe auf die Gewerkschaftshäuser seit den Märzahlen trotz ihres fast flächendeckenden und beinahe außer Kontrolle geratenen Ausmaßes in der Literatur generell qualifiziert und als solche Ausnahmen müssen auch die Besetzungen bei anderen Ringverbänden am 2. Mai betrachtet werden. Vgl. Der Regulator. Wochenschrift des Gewerkschafts Deutscher Metallarbeiter (H.-D.), 19.5.1933, Nr. 10, S. 73. Hierzu haben sich geäußert *Bracher/Schulz/Sauer*, Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 251; *Timothy W. Mason*, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 43f., 76f., 81–88 und 99; *Gunther Mai*, Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 31, 1983, S. 573–613, hier: S. 596; *ders.*, Die Geislinger Metallarbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Volksgemeinschaft 1931–1933/34, Düsseldorf 1984, S. 74f.; *Kratzenberg*, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler?, S. 124; *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 62ff., der zur Auflösung der Ungeheimheiten und Widersprüche auf die eingangs skizzierte Doppelstrategie des sogenannten Volkszorns und ihrer Legitimierung ›von oben‹ bei der nationalsozialistischen ›Gleichschaltung‹ verweist.

145 Zur Entstehung des Gesetzes vgl. *Heinrich August Winkler*, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 2., vollst. durchges. u. korr. Aufl., Bonn 1990, S. 907ff.; *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 75. Günther Morsch verweist darauf, dass der entscheidende Anstoß für die Entlassungsregelung des Artikels II nicht von den Nationalsozialisten, sondern vom Reichswehrministerium gekommen sei. Vgl. *Günther Morsch*, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1993, S. 53. Das Gesetz wurde am 5. April 1933 im Reichsgesetzblatt verkündet. Vgl. RGBL., 1933, Teil I, Nr. 31, 5.4.1933. Zitate aus dem Gesetz nach *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 75.

146 Hier geht es um behördliche Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich und nicht um die nachträgliche Legalisierung von Absetzungen, die von nichtbehördlichen Stellen wie der NSBO oder NS-Kommissaren gezielt gegen »marxistische« Betriebsräte vorgenommen wurden, aber – in einem kaum zahlenmäßig feststellbaren Umfang – auch andere, wie »Christen« und Ringverbände, trafen, sogar mit Schutzhaft. So der Fall von Ende März 1933, der vor dem Reichsarbeitsgericht landete, bei: *Christiane Raedel*, Amtsenthebungen und Kündigungen von Betriebsräten in der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts, Berlin 1999, S. 351f.; *Roderich Wahsner*, Arbeitsrecht unter'm Hakenkreuz. Instrument des faschistischen Terrors und der Legitimation von Unternehmerwillkür, Baden-Baden 1994, S. 31, 33, 35 und 39f. Vgl. generell *Frese*, Betriebspolitik im »Dritten Reich«, S. 64f.

1. Februar 1932 Mitglied der NSDAP, wovon die Verbandsöffentlichkeit aber erstmals aus einem Bericht über eine Besprechung des geschäftsführenden Ausschusses des Hauptbetriebsrats der Reichsfinanzverwaltung mit dem Reichsfinanzminister am 5. April 1933 erfahren haben dürfte.¹⁴⁷ Danach ergibt sich aus der Darstellung des zweiten der beiden GDA-Vertreter, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses und Vorsitzender des Hauptbetriebsrats, dass die im März 1931 gewählten neun Hauptbetriebsräte durch Rücktritt ihrer Entlassung aus politischen Gründen zuvorkamen und ein neuer kommissarischer Hauptbetriebsrat bestellt wurde.¹⁴⁸ Durch Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 21. April 1933 zwecks Durchführung des Gesetzes vom 4. April 1933 wurde der Rücktritt offiziell bestätigt. Lorscheidt wehrte sich mit Erfolg gegen seine »Entlassung«. Am 9. Mai, nach schon fast vierzehntägiger Tätigkeit im neuen nationalsozialistischen Vorstand des GDA, wurde seinem Einspruch stattgegeben.¹⁴⁹

III. DIE ›GLEICHSCHALTUNG‹ DER GDA-FÜHRUNGSGREMIEN

Wenige Wochen nach der nationalsozialistischen ›Gleichschaltung‹ des GDA bekannte das Mitglied des neuen nationalsozialistischen Vorstands, Erwin Lehmann, dass es schwer gewesen war, »Erfolge zu erringen, als noch alles gegen uns stand«, andererseits sei »ohne Schwierigkeit [...] die Übernahme der Bundesführung möglich« gewesen.¹⁵⁰ War diese Übernahme die Konsequenz aus dem März-Schwenk der GDA-Führung, also eher eine Übergabe? War dem ein entsprechender Umschwung an der Basis vorausgegangen? Antworten hierauf würden entscheidend zur Klärung beitragen, ob die ›Gleichschaltung‹ des GDA eine Selbstgleichschaltung war oder aus der Verfolgung als politischer Gegner der Nationalsozialisten resultierte. Noch im Februar 1933 hatte der GDA in seiner Funktionszeitschrift, an die mit Zitaten belegten »antisozialen Absichten« »einflußreicher Führer« der NSDAP anknüpfend, der Erwartung Ausdruck verliehen, »daß auch die nationalsozialistischen Mitglieder erkennen, wie notwendig die Bundesarbeit ist, solche Absichten zu verhindern«.¹⁵¹ Vom Ausschluss nationalsozialistischer Mitglieder wollte man nun nichts mehr wissen und entgegnete auf derartige Vorwürfe, »daß gerade der DHV die

147 Vgl. Der Angestellte im Behördendienst 13, April 1933, Nr. 4, S. 46. Seine Parteimitgliedschaft wurde weder bei der ausführlichen Vorstellung seiner erneuten Kandidatur mitgeteilt noch an anderen Stellen der gesichteten GDA-Zeitschriften. Vgl. ebd., März 1933, Nr. 3.

148 Die Nötigung spricht aus Folgendem: »Der Herr Minister erwiderte, er bedauere es außerordentlich, dass in Anbetracht der veränderten politischen Verhältnisse eine Zusammenarbeit in der bisherigen Weise und mit den bisherigen Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses nicht möglich sei.« Der Angestellte im Behördendienst 13, April 1933, Nr. 4, S. 46. Die für den 27./28. März 1933 geplanten Neuwahlen der Betriebsräte der Reichsfinanzverwaltung waren ausgesetzt worden, wofür Göring in der Kabinettsitzung vom 24.3.1933 folgende Begründung gab: »Es erscheine nicht zweckmäßig, die Wahlen schon jetzt vorzunehmen und damit noch Personen in die Betriebsvertretungen hineinwählen zu lassen, die womöglich bei einer Säuberung der Behörden entfernt werden würden.« Zit. nach dem Protokoll, in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938, Teil 1: 1933/34, Bd. 1: 30. Januar bis 31. August 1933, Dokumente Nr. 1 bis 206, Boppard am Rhein 1983, S. 255. Vgl. zum Wahldatum: Der Angestellte im Behördendienst 13, März 1933, Nr. 3, S. 33 sowie Informationsdienst, März 1933, S. 18.

149 Der Erlass vom 21. April 1933 ist abgedr. in: Der Freie Angestellte 37, 1933, Nr. 10 (16. Mai), S. 133f. Vgl. Der Angestellte im Behördendienst 13, Mai 1933, Nr. 5, S. 64, wo der Erlass auf den 12. April 1933 datiert wird.

150 GDA 14, 1933, Nr. 7 (30. Juni), S. 106. Auch in einem längeren Artikel in der Fachgruppenzeitschrift der Behördenangestellten findet sich das Eingeständnis, dass man sich vor dem 30. Januar »der Kanäle bedienen« musste, »die Partei- und Interessengruppen uns offen ließen«. Der Angestellte im Behördendienst 13, 1933, Nr. 5 (Mai), S. 57.

151 Der GDA-Führer, 1933, Nr. 2 (Februar), S. 38.

Angehörigen der NSDAP aus seiner Organisation zahlreich ausgeschlossen hat.«¹⁵² Eine kurze Meldung des »Völkischen Beobachters« vom 1. April 1933 von der »Bildung einer nationalen Front im G.D.A.« (in Hamburg) konnte beim unkundigen Leser den Eindruck erwecken, dass die Unterwanderung beziehungsweise Eroberung des GDA jetzt mit dem Griff nach der Verbandsspitze ihrem Ziel nahe gekommen war. Eine »Kameradschaft nationaler Mitglieder« erstrebt Umgestaltung des Vorstandes und der Leitung. Eine Flut von Zustimmungen beweist, daß die leitenden Organe *nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder besitzen*.«¹⁵³ Max Rössiger und der Brandenburger Gaugeschäftsführer (im Sprachgebrauch des GDA auch Gauleiter genannt) Adolf Kahlen, der nach BDC-Unterlagen nicht der NSDAP beitrug, folgten am 2. April mit einer Versammlung im Berliner Vereinshaus in der Alten Jakobstraße. »Am Schluß der Kundgebung wurde betont, daß nicht Teile des Bundes, sondern der *ganze* G.D.A. eine starke, geschlossene nationale Front bilde.«¹⁵⁴ Ob sie glaubten, damit den Vorstoß für eine personelle ›Gleichschaltung‹, denn Belege für einen Vertrauensverlust gab es nicht, abwenden beziehungsweise durch einen national »gewendeten« GDA überflüssig machen zu können, muss offenbleiben. Zwar hatte der GDA in seinem Rundschreiben vom 1. April nochmals »die Einstellung des GDA zur grossen nationalsozialistischen Bewegung dargelegt und unsere vorbehaltlose Bereitschaft zur Unterstützung der Politik der nationalen Regierung ausgesprochen«¹⁵⁵, doch eine derart schnelle und konfliktarme Selbstgleichschaltung verträgt sich nicht mit der fortgesetzten denunziatorisch gemeinten Bezeichnung von GDA-Mitgliedern als »waschechten Liberalisten« in der späteren Darstellung der Mai-Aktion durch die NSBO.¹⁵⁶ Sie widerspricht ebenfalls dem Urteil des Historikers Karl Dietrich Bracher, dass seit Anfang April die Angestelltenverbände fielen, »meist nach dem Schema, daß eine nationalsozialistische Minderheit terroristisch den Rücktritt des Vorstands erzwang oder kurzerhand den Anschluß an nationalsozialistische Auffangorganisationen erklärte.«¹⁵⁷

Zweifel an der Widerständigkeit des GDA werden durch zwei weitere Schritte geweckt. So könnte die Mitteilung der GDA-Verwaltung im April-Heft des »GDA-Führers« als Entgegenkommen gewertet werden, dass »bei allen Gelegenheiten, bei denen die Beflaggung der öffentlichen Gebäude angeordnet wird«, der GDA seinerseits auch die Hakenkreuzfahne hissen wird.¹⁵⁸ Der Freiwilligkeit dieser Anweisung könnte allerdings die Kommen-

152 Informationsdienst, April 1933, S. 26.

153 Völkischer Beobachter, 1.4.1933 (Norddt. Ausg./Ausg. A).

154 Hagener Zeitung, 3.4.1933.

155 Die Gleichschaltung im GDA! Die Bundesführung teilt mit: Berlin, den 30. April 1933, in: Informationsdienst, Mai 1933, S. 1–4, hier: S. 1, nahm mit diesen Worten auf das Rundschreiben Bezug.

156 Gemeint ist die Übernahme von »über vier Millionen bisher marxistisch und liberalistisch eingestellter Arbeitnehmer« durch die Aktion vom 2. Mai 1933 » – *die Millionen waren doch kurz vorher noch waschechte Marxisten, Liberalisten, Kommunisten, also hartnäckige Gegner der N.S.D.A.P. und ihrer N.S.B.O.!*« Oskar Krüger, 2. Mai 1933. Die Befreiung des deutschen Arbeiters. Ein Rechenschaftsbericht der NSBO, München 1934, S. 164.

157 Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 252, unter Berufung auf Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 57ff.

158 Der GDA-Führer, 1933, Nr. 4 (April), S. 119. Wegen weiterer Mitteilungen mit Datumsangaben kann die Zeitschrift frühestens Mitte April erschienen sein. Für die Nationalsozialisten wie für ihre Gegner war das Hiszen der Hakenkreuzfahne auf öffentlichen Gebäuden und denen der Nazigegner von großer symbolischer Bedeutung. Auch passives Verhalten wie zum Beispiel das Nicht-Hissen der Hakenkreuzfahne »wurde nicht selten von den ns. Gewalthabern als Ausdruck einer Gegnerschaft aufgefaßt, zumal dann, wenn man von jemandem ein bestimmtes Tun erwartete«. Hans Giessler, Die Grundsatzbestimmungen des Entschädigungsrechts, in: Walter Brunn/Hans Giessler/Heinz Klee u. a., Das Bundesentschädigungsgesetz. Erster Teil (§§ 1 bis 50 BEG), München 1981, S. 16.

tierung dieses Vorgangs im Verbandsorgan des DHV offen widersprechen, wonach der GDA »sich die Hakenkreuzfahne aufs Berliner Bundeshaus setzen lassen [mußte]«. ¹⁵⁹ Doch gegenüber der Lesart einer gewaltsamen Hissung des Nazisymbols auf dem Berliner Bundeshaus Am Karlsbad hat die andere mögliche Lesart einer rhetorischen Figur zur Beschreibung des zu spät gekommenen Gesinnungswandels beim GDA hier mehr für sich.

Als wichtige Stufe im Prozess der »Selbstgleichschaltung« wird insbesondere auf den GDA-Plan vom 11. April 1933 verwiesen, welcher der Reichskanzlei übergeben wurde. ¹⁶⁰ Vorausgegangen war am 26. März die nachdrückliche Bekräftigung des Gedankens einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. ¹⁶¹ Mit dem GDA-Plan suchte sich der Verband in letzter Minute in die laufenden Planungen von Partei und Regierungsstellen einzuschalten, die als »Gewerkschaftsreform« und »die geplante staatliche Aufsicht über das Gewerkschaftswesen«, der sogenannte Gewerkschaftskommissar, auch öffentlich diskutiert wurden. ¹⁶² Parallel zu den Anpassungsbekundungen aller Gewerkschaftsrichtungen war der GDA-Plan Teil der »Bemühungen, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, [...] um dadurch eine Umbildung zur staatlichen Zwangsgewerkschaft zu verhindern«. So hatte noch am 5. April der ADGB seine Bereitschaft zur »Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens« erklärt und am 9. April bekräftigt. ¹⁶³ »Der GDA-Vorschlag geht davon aus, daß im neuen Staat für drei nach Weltanschauungen geschiedene Gewerkschaftsrichtungen und überhaupt für die Vielheit der Verbände kein Bedürfnis und kein Raum besteht.« Wenn darin in Form der Arbeiter- und Angestelltensäule scheinbar die Deutsche Arbeitsfront vorweggenommen wurde, so war doch im Gegensatz zur DAF als ein Wesenszug immer noch die »Tariffreiheit«, das heißt die garantierte Möglichkeit, eigenständig Tarifverträge auszuhandeln und abzuschließen, darin vorgesehen. ¹⁶⁴

159 Deutsche Handels-Wacht. Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen 40, 20.4.1933, Nr. 7, S. 93. Eine Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem neuen Bundeshaus des GDA, Am Karlsbad, wäre dann aber sehr wahrscheinlich schon in den Tagen nach der Reichstagswahl vom 5. März erzwungen worden, als auf vielen und nicht nur öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne gehisst wurde. Bisher konnte dies nach Durchsicht zahlreicher Tageszeitungen nicht als Tatsache nachgewiesen werden.

160 Vgl. Gewerkschaftsbund der Angestellten (Gewerkschaftsring) an Reichskanzler Hitler: Plan zur Vereinheitlichung der Gewerkschaften, 11.4.1933, in: *Dowe/Weber/Schönhoven* u. a., Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, S. 884–888, einschließlich der Anmerkungen (Dokument 200). Der Plan ist auch abgedr. in: *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 246–249 (Dokument Nr. 20).

161 Vgl. die Entschließung von Aufsichtsrat und Bundesvorstand des GDA auf ihrer Tagung am 26. März 1933, abgedr. als Anlage zum Rundschreiben »An alle GDA-Mitglieder!«, 1.4.1933, Bl. 4. Veröffentlicht mit Datum vom 29. März als Anlage, in: Informationsdienst, April 1933, und ohne Angabe des Datums abgedr. in: Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, März 1933, Nr. 3, S. 73. Schon die Erklärung des GDA vom 8. März hatte den Arbeitsgemeinschaftsgedanken positiv aufgenommen. Vgl. Rundschreiben des GDA-Bundesvorstands »An unsere Führer und Mitarbeiter«, Berlin-Zehlendorf, 8.3.1933, in: Informationsdienst, April 1933 (Anlage). Vgl. zum Ring (Lemmer) und GDA: *Vossische Zeitung*, 29.3. und 30.3.1933 (jeweils Morgen-Ausgabe).

162 GDA zur Gewerkschaftsreform, in: Gewerkschaftlicher Presse-Dienst, B 22/23, 7.4.1933.

163 *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 88f. Abdruck des Dokuments in: *Dowe/Weber/Schönhoven* u. a., Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, S. 871 ff. (Dokument 194). Im »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften« waren diese Bestrebungen Ende April Wirklichkeit geworden, ohne den Gang der Ereignisse noch beeinflussen zu können. Vgl. *Gerhard Beier*, Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: AfS 15, 1975, S. 365–392.

164 Der GDA-Führer, 1933, Nr. 4 (April), S. 92; vgl. zur »Tariffreiheit« ebd., S. 96.

Seit der Monatswende arbeitete die nationalsozialistische Führung fieberhaft an der Planung der Übernahme der Gewerkschaften. Obwohl man sich »über die Form der geplanten Gleichschaltungsmaßnahmen auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht gänzlich klar und einig« war¹⁶⁵, wurde Robert Ley durch Hitler Anfang April mit der Führung eines selbst in der Partei streng geheimen »Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit« beauftragt.¹⁶⁶ In dieses Komitee wurden sieben weitere, vor allem führende Männer der NSBO berufen, die unter der nominellen Leitung von Ley, faktisch aber unter der Leitung von Reinhold Muchow standen, und bis zum 13. April »alle Einzelheiten des Übernahme-programms« ausarbeiteten.¹⁶⁷ An dem Tag, als »der gewaltsame Zugriff bereits feststand«, führten NSBO-Vertreter in Abstimmung mit Schuhmann noch Verhandlungen mit Leipart, Peter Graßmann, Wilhelm Eggert und Wilhelm Leuschner vom ADGB, in deren Verlauf Leipart seinen freiwilligen Rücktritt – und damit gleichsam eine ›Gleichschaltung‹ von oben durch die NSBO – mit Verweis auf sein durch demokratische Wahlen legitimes Amt empört zurückgewiesen hatte.¹⁶⁸ Auf der NS-Führer-tagung am 16. April erhielt der Plan zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai die Zustimmung Hitlers¹⁶⁹ und am 21. April wurden von Ley die Marschbefehle des Aktionskomitees per Rundschreiben an die Gauleitungen der NSDAP herausgegeben.¹⁷⁰ Weder die Erklärung vom 9. April, in welcher der ADGB nun selbst die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften empfohlen und seine Mitarbeit angeboten hatte, noch die Begrüßung des »Gesetzes über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit« am 15. April, was von Hans-Gerd Schumann als »endgültige Kapitulation« gewertet wird, hatten die Besetzungsaktion abwenden können.¹⁷¹

Personelle Veränderungen an der Spitze des GDA erfolgten wahrscheinlich erstmals am 15. April, bekannt gegeben in der Aprilausgabe des »GDA-Führers«:

165 *Bracher/Schulz/Sauer*, Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 253.

166 Unter Berufung auf eine DAF-Quelle (Archiv der DAF, Nr. 811), welche mit großen Teilen des DAF-Archivs als verschollen gelten muss, wird der Führer-Auftrag auf Anfang April 1933 datiert. Vgl. *Hesse*, Die Überwindung des Gewerkschaftsgedankens durch die Deutsche Arbeitsfront, S. 22. Übereinstimmend *Willy Müller*, Das soziale Leben im neuen Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Arbeitsfront, Berlin 1938, S. 49. Vgl. auch *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 92.

167 *Schumann*, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 67, der sich in seiner immer noch maßgebenden Darstellung auf die NS-Darstellung Krügers beruft, in dessen Rückschau »längst alles klar« war für die »Zertrümmerung des liberalistischen und marxistischen Gewerkschaftsklüngels«. *Krüger*, 2. Mai 1933, S. 39f.

168 *Schumann*, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 58. Vgl. *Beier*, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, S. 34f.; *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 88. Abdruck der Gesprächsaufzeichnung zuletzt in: *Dowe/Weber/Schönhoven* u. a., Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, S. 888–892 (Dokument 201).

169 Vgl. *Schumann*, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 67; vgl. den Eintrag von Joseph Goebbels vom 17. April 1933 in sein Tagebuch, abgedr. in: *Erb*, Gleichgeschaltet, S. 227 (Dokument 54a). *Beier*, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, S. 35, legt eine Lesart von Krüger nahe, dass die fehlende Kompromissbereitschaft Leiparts letztlich die Scharfmacher um Ley auf der NS-Osterkonferenz zum Zuge kommen ließ.

170 Vgl. *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 91ff. Abdruck des Rundschreibens Nr. 6/33 des Stabsleiters der NSDAP vom 21. April 1933, in: *Dowe/Weber/Schönhoven* u. a., Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, S. 898–901 (Dokument 206). Auch abgedr. in: *Erb*, Gleichgeschaltet, S. 229f. (Dokument 54c).

171 *Schumann*, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 57f. Abdruck der entsprechenden Dokumente zuletzt in: *Dowe/Weber/Schönhoven* u. a., Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, S. 881f. beziehungsweise 896f. (Dokumente 197 und 204).

»Der GDA steht mit seiner ganzen Kraft hinter dem nationalen und sozialen Willen der Reichsregierung. – Er betrachtet es als seine Aufgabe, die in der nationalsozialistischen Bewegung stehenden Bundesmitglieder in die Führung seiner Gliederungen und Organe einzubeziehen. In diesem Bestreben hat der GDA seinen Aufsichtsrat durch der N.S.D.A.P. angehörige Bundesmitglieder aus den verschiedensten Teilen Deutschlands ergänzt.«¹⁷²

Leider sind wir nicht über die konkreten personellen Veränderungen des zuvor noch 31 Mitglieder zählenden Aufsichtsrats informiert¹⁷³, in dem bislang kein einziger »Pg.« vertreten war, sondern nur fünf Beitrittswillige, geht man von der NSDAP-Mitgliederkartei aus, der zufolge sie mit Wirkung vom 1. Mai 1933 beitraten. Da nach der gültigen Satzung des GDA die Größe des Aufsichtsrats mittelbar durch die Mitgliederstärke der Gaue und durch das Quorum von sechs Aufsichtsräten mit Berliner Wohnsitz festgelegt war, durfte sie weder unter eine bestimmte Schwelle fallen noch beliebig durch eine im Übrigen satzungsmäßig nicht vorgesehene Erweiterung erhöht werden. Ergänzung bedeutete deshalb Umbildung, das heißt Wahl von Ersatzleuten durch den Aufsichtsrat bis zum nächsten Bundestag¹⁷⁴, sodass aufgrund seiner vorherigen Zusammensetzung für eine parteipolitische Umfärbung des Gremiums eine größere Zahl von Aufsichtsräten ihr Amt hätte niederlegen müssen. Erich Schmidt, der Bundesführer des »gelben« Reichsbundes Deutscher Angestellten-Berufsverbände hatte denn auch am 19. April in seiner Rede auf der Kundgebung des Berliner Ortskartells nur Hohn und Spott für diese Anpassungsbemühungen beim GDA übrig: »Vom GdA hat man gehört, daß er unter seinen Mitgliedern Umfrage gehalten hat, ob nicht einige Nationalsozialisten bereit sein würden, in den Aufsichtsrat des GdA einzutreten. (Hört! Hört!)«¹⁷⁵

Währenddessen hatten die Nationalsozialisten die »Gleichschaltung« anderer gewerkschaftlicher Verbände schon bedeutend weiter vorangetrieben. Die Beamtenverbände Deutscher Beamtenbund (DBB) und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (ADB) hatte es im Zuge der Übernahme von Verwaltung und Justiz schon im März durch Vorgehen gegen Funktionäre und Zersetzung ihrer Spitzen getroffen.¹⁷⁶ Der langjährige Verbandsvorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands Hans Bechly legte Anfang April 1933 unter Zwang, ausgeübt von Reichsinnenminister Wilhelm Frick und Staatskommissar Franz Stöhr, sein Amt nieder. Statt seiner wurde am 9. April 1933 vorübergehend das langjährige Mitglied der Verwaltung des DHV, Hermann Miltzow, der der NSDAP beitrug, formal korrekt auf einer Vollsitzung des Aufsichtsrats zum Nachfolger gewählt. Dieser kam den Forderungen nach Aufnahme von Parteimitgliedern und der Ausschaltung

172 Der GDA-Führer, 1933, Nr. 4 (April), S. 117. Nach den Zeitangaben in der Zeitschrift muss dies am 15. April geschehen sein. Wörtlich auch in: Königsberger Hartungsche Zeitung, 16.4.1933. Der »Völkische Beobachter« zitiert mit Datum vom 17. April wörtlich aus dieser Mitteilung des GDA. Vgl. Völkischer Beobachter, 18.4.1933 (Münchener Ausg./Ausg. A).

173 Diese Zahl ergibt sich aus dem Abgleich zugänglicher Personendaten seit der letzten Wahl auf dem Bundestag 1930 einschließlich aller Ab- und Zugänge, welche regelmäßig in der GDA-Zeitschrift bekannt gegeben wurden, mittels einer vom Verfasser erstellten Datenbank.

174 Vgl. § 20 Abs. 1. Etwas anderes als Ersatz ausscheidender Mitglieder sah die Satzung nicht vor. Vgl. Satzung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. In der Fassung der bis 22. Januar 1933 beschlossenen Änderungen, BArch Berlin, SAPMO, Sign. 56/3407. Gleichlautend die ältere Fassung der Satzung bei *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 227.

175 Der Deutsche Angestellte. Zeitschrift des Reichsbundes Deutscher Angestellten-Berufsverbände 10, Anfang Mai 1933, Nr. 5, S. 52.

176 Stationen sind die Verhaftung und Ersetzung des stellvertretenden Vorsitzenden des DBB, Franz Kugler, am 16. März, Personalveränderungen in der Spitze des DBB am 23. März sowie die Auflösung des ADB am 3. April, nachdem angeschlossene Verbände ihren Austritt erklärt hatten. Vgl. Eil-Pressen-Dienst, hrsg. v. der Pressestelle DBB, 16.3.1933, Nr. 11; Deutsche Post, 6.4.1933, Nr. 12/14; Der Deutsche 13, 1933, 7.4.1933, Nr. 83.

politisch missliebiger Personen wie Max Habermann unverzüglich nach und ließ sich Vollmachten übertragen, die vom nationalsozialistischen Führerprinzip bestimmt waren¹⁷⁷, wobei nach außen hin große Mühen darauf verwandt wurden, den Schein der Legalität aufrechtzuerhalten. Dem zum Gewerkschaftsring gehörenden Deutschen Bankbeamtenverein erging es am 11. April mit seiner Vorstandsumbildung nicht viel anders.¹⁷⁸ Nun wurde auch der Druck auf den GDA verstärkt. Was in der »Vossischen Zeitung« am 23. April wie die lapidare Meldung einer weiteren Beurlaubung klang¹⁷⁹, erscheint ambivalenter angesichts der nachträglichen Erklärung des neuen NS-Vorstands, in der Schneiders Beurlaubung in eine Reihe von Anpassungsleistungen, sprich: »Beweisen für die Aufrichtigkeit der Bereitschaft zur Mitarbeit«, gestellt wird: »Um den auch im Bunde in stärkster Weise wirkenden Kräften der nationalsozialistischen Bewegung Raum zu verschaffen, hat der bisherige Bundesvorsteher, Kollege Gustav Schneider, nicht gezögert, die Sache über die Person zu stellen. Er ist auf seinen Wunsch beurlaubt worden.«¹⁸⁰

Nachdem Vorstand und Aufsichtsrat den stellvertretenden Bundesvorsteher Max Rössiger mit der Führung des Bundes beauftragt hatten¹⁸¹, erteilten sie ihm am 27. April

»unbeschränkte Vollmacht zur Durchführung der Gleichschaltung in allen Bundesgliederungen und -organen. Kollege Max Rössiger hat in Durchführung dieser Aufgabe am 28. April sein Amt als bevollmächtigter Bundesführer dem Kollegen Max Faltin, Berlin, Bundesmitglied und Amtswalter der NSBO, übertragen.«¹⁸²

Zur Übertragung einer Gleichschaltungsvollmacht an den Beauftragten einer Konkurrenzorganisation waren die beiden Führungsgremien satzungsmäßig gar nicht befugt. Gemeinsam handelnd hatten Bundesvorstand und Aufsichtsrat sehr weitgehende Befugnisse, aber die ›Gleichschaltung‹ unter vorsätzlicher Umgehung des Bundestages verstieß »gegen den Grundgedanken der Satzung«.¹⁸³ Tatsächlich hatte Rössigers Gleichschaltungsvollmacht

177 So die Feststellungen des Landgerichts Hamburg in der Entscheidung der 1. Wiedergutmachungskammer vom 15. April 1954, Az 1 WiK 1147/50, vor allem S. 16 und 32f. Vgl. die Deutsche Handels-Wacht 40, 1933, Nr. 7 (20. April), S. 85f. und 96. Vgl. zur »Gleichschaltung« des DHV neuerdings die juristische Dissertation von *Marian Belz*, Die Restitution des Weimarer Gewerkschaftsvermögens nach dem Vermögensgesetz, Baden-Baden 2007, S. 107ff., und die politikwissenschaftliche Darstellung von *Peter Rütters*, Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 16, 2009, S. 81–108. In der älteren historischen Literatur werden diese Vorgänge teilweise etwas anders bewertet: *Iris Hamel*, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893–1933, Frankfurt am Main 1967, S. 261f.; *Dieter Fricke/Werner Fritsch*, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 1893–1934, in: *Fricke*, Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 457–475, hier: S. 472; *Prinz*, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen, S. 106f.

178 Vgl. Bankbeamten-Zeitung 38, 1933, Nr. 4/5 (6. Juni 1933), S. 68, und den Eintrag zu Rudolf Lencer (Reichsleitung der NSBO), in: Das Deutsche Führerlexikon, 1933/35, Berlin 1934.

179 Vgl. Vossische Zeitung, 23.4.1933 (Morgen-Ausgabe).

180 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 1. Als stärksten Beweis wertete man dabei den GDA-Plan.

181 Vgl. Vossische Zeitung, 23.4.1933 (Morgen-Ausgabe). Das Zusammenwirken von Aufsichtsrat und Bundesvorstand entsprach formal der Satzung, vorausgesetzt, der umgebildete Aufsichtsrat besaß noch eine satzungsmäßige Legitimation.

182 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 1. Vgl. zur Bevollmächtigung auch die Vossische Zeitung, 28.4.1933 (Abend-Ausgabe).

183 »In Gemeinschaft mit dem Bundesvorstand kann der Aufsichtsrat Bestimmungen, die nicht gegen den Grundgedanken der Satzung verstoßen, insbesondere durch die Zeitverhältnisse notwendig werdende Änderungen der Beiträge mit satzungsgleicher Kraft bis zum nächsten Bundestag erlassen. Der Bundestag hat darüber zu beschließen, ob diese Bestimmungen weiter Geltung haben sollen.« Satzung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, § 23 Abs. 1 der Satzung vom 22. Januar 1933. Vgl. auch *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 228.

nur in der sofortigen Weitergabe an den Nationalsozialisten Max Faltin bestanden und war allein von Hitlers und Leys Gnaden, die am 16. beziehungsweise 21. April den Marschweg zur gewaltsamen Zerschlagung der Freien Gewerkschaften festgelegt hatten.¹⁸⁴ Während Hitler in diesem Fall als *Ultima Ratio* nur eine gewaltsame Lösung sah, wobei er mit Widerstand rechnete, hatten sich bei Verbänden wie dem DHV und dem GDA in den letzten Wochen andere Möglichkeiten der Usurpation eröffnet. Gleichzeitig mit der Übergabe des Vorsteherpostens an Faltin gab Rössiger, der mit Wirkung vom 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP wurde¹⁸⁵, für den 28. April den »freiwilligen Rücktritt« Schneiders bekannt, wobei auch seine Worte nicht verbergen konnten, dass Schneider für die Nationalsozialisten politisch untragbar war. »In seinem Verantwortungsgefühl dem Bund gegenüber hat er die Sache über die Person gestellt. Der bisherige Bundesvorstand übertrug mir darauf die Aufgabe der Einfügung des Bundes in die große nationalsozialistische Bewegung.«¹⁸⁶

Faltin, der »das Vertrauen der maßgebenden Stellen der Partei« genoss und als Staatskommissar handelte¹⁸⁷, hatte »nach erfolgtem Rücktritt des gesamten bisherigen Bundesvorstandes« zuerst einen »vorläufigen Bundesvorstand« aus sechs Personen »bestellt«. Vier Mitglieder des alten Bundesvorstandes wurden »bis zur Bildung des endgültigen neuen Vorstandes mit der Weiterführung der Geschäfte ihrer Abteilungen beauftragt«. Georg Borchardt, Emil Fromholz und Maria Hellersberg mussten mit sofortiger Wirkung ausscheiden.¹⁸⁸ Der Restvorstand diente anscheinend nur zur Überbrückung der Mai-Geschehnisse, bis die GDA-Zeitschrift am 5. Mai einen neuen neunköpfigen NS-Vorstand unter Leitung von Faltin und Rössiger vorstellte.¹⁸⁹ Anders als der zitierte interne »Informationsdienst« des GDA legte die Verbandszeitschrift der GDA-Behördenangestellten am 5. Mai einen undurchsichtigen Schleier über die Vorgänge: »Mit freudigem Stolz haben wir bereits am 29. April 1933 uns und unseren Bund dem Reichskanzler und Führer der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Adolf Hitler unterstellt.«¹⁹⁰

Angesichts der vorstehenden kritischen Beleuchtung der einzelnen »Gleichschaltungs«-Vorgänge seit Mitte April kann schwerlich von einer Selbstgleichschaltung gesprochen

184 Priamus unterstellt (ebd., S. 211) offensichtlich, dass dem GDA der geheime Befehl vom 21. April bekannt geworden ist und den Ausschlag für Schneiders Rücktritt gegeben hätte. Auch wenn seine am 23. April bekannte Beurlaubung zeitlich sehr nahe liegt, erscheint dies wenig wahrscheinlich. Dagegen war der GDA durch die Besprechungen zur Bildung des sogenannten Führerkreises der drei Gewerkschaftsrichtungen über das Ergebnis der Unterredung einiger NSBO-Führer mit Leipart am 13. April informiert, in der Leipart die Forderung nach Rücktritt erbost zurückgewiesen hatte.

185 Offiziell erfolgten Anfang der 1930er-Jahre die Parteieintritte zum Ersten des darauffolgenden Monats, was vorher nicht so regelmäßig der Fall war; später gab es (häufig rückwirkende) Stichtage für die Eintritte. Im April 1933 spielt noch eine besondere Rolle, dass die Partei am 19. April eine Beitrittssperre »mit Wirkung vom 1. Mai 1933« verfügte. Vgl. *Völkischer Beobachter*, 22.4.1933 (Norddt. Ausg./Ausg. A).

186 *Max Rössiger*, »Wir bauen mit!«, in: GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 66. In der Mitteilung an die Führer und Mitarbeiter des GDA hieß es mit Datum vom 30. April 1933 zu Schneiders Rücktritt: »Er ist auf seinen Wunsch beurlaubt worden und inzwischen endgültig von seinem Posten zurückgetreten.« Die Gleichschaltung im GDA!, S. 1. Rössigers »unrühmliche Rolle« bei der »Gleichschaltung« des GDA kommt bei Priamus zu kurz. Vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 211f., Zitat: S. 129, Anm. 73.

187 GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 68. Konkrete Anweisungen an ihn sind nicht überliefert.

188 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 1f. Die Vossische Zeitung meldete am 30. April 1933 in ihrer Morgenausgabe: »Der neue Bundesführer hat einen vorläufigen Vorstand gebildet, der aus weiteren sechs Nationalsozialisten besteht«.

189 Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 68f.

190 Der Angestellte im Behördendienst 13, Mai 1933, Nr. 5, S. 55.

werden. Hier wurde ganz erheblicher Druck bei Androhung von Gewalt ausgeübt.¹⁹¹ Den Beweis liefert das abgesetzte Vorstandsmitglied Georg Borchardt, Redakteur der Verbandszeitschrift und seit vielen Jahren Abteilungsleiter im GDA: »Wir wurden gleichgeschaltet. Sechs Herren in Uniform mit umgeschalltem Revolver führten die Verhandlungen.« Den verlogenen-schönfärberischen Floskeln der NS-Verbandsverlautbarungen über das, was am 29. April 1933 geschah, ist entgegenzuhalten:

»An dem genannten Tage erschien unter Leitung des Herrn Pg. Max Faltin im Bundeshause des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.D.A.) in Zehlendorf eine sechsgliedrige Kommission, welche zum Zwecke der Gleichschaltung die Amtsniederlegung sämtlicher Vorstandsmitglieder forderte.«¹⁹²

Dass weder Schneiders Rücktritt noch der des Restvorstands freiwillig waren, sondern ultimativ und unter Drohungen von der neuen Bundesleitung unter Staatskommissar Max Faltin verlangt wurden, lässt sich ergänzend aus Quellenmaterial über die RfA erschließen, in deren Direktorium und Verwaltungsrat führende GDA-Mitglieder als Vertreter der Versicherten ehrenamtlich tätig waren. Nach den überlieferten Dokumenten über die dortige »Gleichschaltung« hat die einzige Frau im Vorstand des GDA, Maria Hellersberg, am deutlichsten gegenüber der neuen NS-Bundesleitung gegen ihre Amtsenthebung beim GDA sowie den erzwungenen Rücktritt von ihrem Ehrenamt bei der RfA protestiert. In ihrem Schreiben an den Präsidenten der RfA, Albert Griebmeyer, vom 22. Juni 1933 weigerte sie sich, ihr

»Ehrenamt im Verwaltungsrat der R.f.A. freiwillig niederzulegen. Ich habe das verweigert unter Hinweis darauf, dass ich zuerst wissen müsse, warum ich überhaupt meines Amtes als Vorstandsmitglied im G.d.A. enthoben bin. Man hat mir weder darüber schriftlich Mitteilung gemacht, noch gewährt man mir eine Unterredung mit dem neuen Führer [gemeint ist Max Faltin, R.W.], der mir den gewünschten Aufschluss geben müsste.«¹⁹³

Sie war also nicht – zusammen mit ihren Vorstandskollegen Borchardt und Fromholz – »mit sofortiger Wirkung ausgeschieden«, wie es in der oben zitierten internen Gleichschaltungsanordnung des GDA hieß¹⁹⁴, sondern amtsenthoben, was dazu führte, dass sie nach eigenen Angaben seit dem 29. April 1933 »berufslos« war.¹⁹⁵ Auch nach ihrer Aussage haben wir es statt eines freiwilligen Rücktritts des Vorstands mit einer »feindlichen Übernahme« zu tun, die den Vorstandsmitgliedern keine andere Wahl ließ. Dies belegt zusätzlich die Erklärung des Rechtsbeistandes von Maria Hellersberg, Dr. Schwickerath,

191 Nach dem Wiedergutmachungsrecht nach 1945 lag statt einer »freiwilligen ›Selbstgleichschaltung‹« tatsächlich eine »zwangsweise Selbstauflösung [...] dann vor, wenn sie durch Druck von außen, der eine Verfolgungsmaßnahme i.S.d. Art. 1 BrREG sein musste, erzwungen war«, *Belz*, Die Restitution des Weimarer Gewerkschaftsvermögens nach dem Vermögensgesetz, S. 117.

192 Schreiben v. Georg Borchardt v. 28. Sept. beziehungsweise 15. Sept. 1938 an die Reichsfeststellungsbehörde, BArch Berlin, R 1501 Anh., Nr. 10284. Darin auch die Mitteilung, dass Emil Fromholz »inzwischen aus wirtschaftlichen Gründen den Freitod gewählt« habe. An der Sitzung hatten nach Borchardts Schilderung 8 Vorstände teilgenommen; nicht anwesend waren die ebenfalls 1931 in den Vorstand gewählten auswärtigen Mitglieder Emil Ehrich, Leipzig, und Henry Schaper, Hamburg. Josef Reif, Leipzig, war schon im Herbst 1932 in den Ruhestand gegangen und wenige Tage nach diesen Ereignissen am 6.5.1933 verstorben. Sein Posten war vakant geblieben. Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 71.

193 Schreiben von Maria Hellersberg vom 22. Juni 1933 an den Präsidenten der RfA, BArch Berlin, R 112, Nr. 163, Bd. 2, Bl. 90 (Original des Schreibens) beziehungsweise R 112, Nr. 11, Bd. 3, Bl. 110 (Abschrift des Schreibens).

194 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 2.

195 So die Angabe Maria Hellersbergs in ihrem Fragebogen vom 2. Sept. 1935 zur Aufnahme in den Reichsverband Deutscher Schriftsteller e.V., BArch (ehem. BDC), RK, Hellersberg, Maria, 20.11.1888.

in seiner Beschwerde vom 17. Juni 1933 gegen ihre Rückberufung aus ihrem Ehrenamt bei der RfA durch die neue nationalsozialistische GDA-Bundesleitung:

»Meine Mandantin bedauert, Ihr Ansinnen etwas freiwillig zu erklären, was sie gezwungen tun soll, zurückweisen zu müssen. Ihr Ersuchen begründen Sie wörtlich damit, dass der Bundesvorstand, der in seiner Sitzung vom 10. ds. Mts. beschlossen hätte, sie von den genannten Ehrenämtern zurückzuberufen, es vermeiden wolle, »es auf einem anderen Wege zu tun«. Welches dieser andere Weg einer Zurückberufung sei, schreiben Sie nicht. Meine Mandantin glaubt, dass hierin eine versteckte Drohung gefunden werden könnte, da doch gemäß § 1 des Gesetzes vom 18. Mai 1933 Inhaber von Ehrenämtern ihres Amtes enthoben werden können, und sie glaubt, es ihrem Ansehen und ihrer Ehre schuldig zu sein, Sie recht sehr um die Angabe der Gründe zu bitten, aus denen die Zurückberufung von den Ehrenämtern seitens des Bundesvorstandes erfolgt ist.«¹⁹⁶

Des Weiteren wies Schwickerath die Behauptung zurück, seine Mandantin sei Jüdin. Ihr Ehrenamt niederzulegen, dazu war sie mit Schreiben vom 12. Juni von der neuen GDA-Führung aufgefordert worden, welche in der genannten Sitzung am 10. Juni 1933 beschlossen hatte, »den Herrn Präsidenten der R.f.A. zu bitten, sämtliche Inhaber von Ehrenämtern, die dem Gewerkschaftsbund der Angestellten angehörten, im Sinne der Gleichschaltung abzurufen«. Um die scheinlegalistische Fassade zu bewahren, hatte Faltin seinem Schreiben Rücktrittserklärungen beigelegt.¹⁹⁷ Doch damit mischte sich Staatskommissar Faltin in die Gleichschaltungsvorgänge bei der RfA ein¹⁹⁸, wofür eigens das Gesetz über Ehrenämter in der sozialen Versicherung und der Reichsversorgung vom 18. Mai 1933 geschaffen worden war, nach dessen Erster Durchführungsverordnung vom 19. Mai für die Neubesetzung im Allgemeinen die Grundsätze des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 galten.¹⁹⁹ Anders als bei den auf der AfA-Liste Gewählten ergaben die Lebensläufe, welche die Mitglieder des Direktoriums und des Verwaltungsrats zu ihrer Überprüfung einzureichen hatten²⁰⁰, bei den GDA-Mitgliedern we-

196 Abschrift des Schreibens von Justizrat Dr. Schwickerath an die Bundesleitung des GDA vom 17. Juni 1933, BArch Berlin, R 112, Nr. 163, Bd. 2, Bl. 91. Wegen ihres vorurteilslosen gesellschaftlichen Umgangs mit Juden wurde sie von der Partei sehr wahrscheinlich für eine Jüdin gehalten und der Verdacht verfolgte sie auch später während ihres Aufenthalts in Rottach am Tegernsee. Vgl. die Mitteilung des Personalamts der NSDAP-Gauleitung München-Oberbayern an den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer vom 11. März 1936. Dieses Schreiben des stellvertretenden Gauleiters beruhte auf einer Mitteilung der Kreisleitung Miesbach vom 27. Februar 1936 an die Gauleitung in München, BArch (ehem. BDC), RK, Hellersberg, Maria, 20.11.1888.

197 Die Mitteilung über den Vorstandsbeschluss erfolgte mit Schreiben Max Faltins vom 1. Juli 1933 an den Präsidenten der R.f.A., BArch, R 112, Nr. 11, Bd. 3, Bl. 115. Dort auch die Rücktrittserklärungen von Otto Kothe (21. Juni), Johann Axer (17. Juni) und Maria Hellersberg (23. Juni). Vgl. ebd., Bl. 116, 117 und 118.

198 Schon Ende April 1933 waren bei der RfA »Anregungen« eingegangen, »die in den Organen der Reichsversicherungsanstalt noch tätigen Mitglieder marxistischer Richtung abzulösen oder für Ablösung zu sorgen«. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Direktoriums am 24. April 1933, BArch Berlin, R 112, Nr. 162, Bd. 1, Bl. 1.

199 Unter Berufung auf § 4 beziehungsweise § 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 7. April selbst verlangte die NSBO kurzerhand die Amtsenthebung der GDAler Kothe und Axer. Vgl. Schreiben der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation, Gau Kurhessen, vom 1. Juli 1933, BArch, R 112, Nr. 11, Bd. 3, Bl. 178 (»Amtsenthebung«). Vgl. Gesetz über Ehrenämter in der sozialen Versicherung und der Reichsversorgung, vom 18. Mai 1933 sowie die Erste VO. zur Durchf. des G. über Ehrenämter in der sozialen Versicherung und der Reichsversorgung, vom 19. Mai 1933, in: RGBl. I, S. 277 und 283.

200 Vgl. die Aufforderung im Schreiben des Präsidenten der RfA vom 29./30. Mai 1933, BArch, R 112, Nr. 162, Bd. 1, Bl. 4. Die §§ 3 und 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 wurden darin wörtlich zitiert.

der eine bestehende Mitgliedschaft in SPD oder Reichsbanner noch eine jüdische Herkunft. Faktisch wurden sie diesen Personengruppen gleichgestellt und mit dem Vermerk »G.d.A.« stigmatisiert.²⁰¹ Immens erleichtert wurde dies durch eine am 3. Juli 1933 erlassene Dritte Durchführungsverordnung, welche die Amtsenthebung aufgrund des Entzugs des Vertrauens durch die »wirtschaftliche Vereinigung«, auf deren Vorschlag sie gewählt worden waren, ermöglichte.²⁰² Diese Verordnung wurde anscheinend in aller Eile erlassen, denn auf telefonische Nachfrage zu seiner am 3. Juli in der RfA eingegangenen Forderung nach Abberufung zwecks »Gleichschaltung« gab Faltin am 10. Juli die Interpretationshilfe, »daß die genannten Amtsinhaber das Vertrauen des GdA nicht mehr besitzen«, was sich wörtlich an die neue VO anlehnte.²⁰³ Unter Berufung auf diesen Vertrauensentzug und gemäß §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 18. Mai in Verbindung mit der Ersten und der Dritten Durchführungsverordnung vom 19. Mai beziehungsweise 3. Juli wurde beispielsweise den GdA-Mitgliedern Otto Kothe und Johann Axer mit Schreiben vom 12. Juli 1933 ihre Amtsenthebung mitgeteilt.²⁰⁴ In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Schreiben an den Präsidenten der RfA bemerkenswert, in welchem Hermann Pohl, zuvor Vorsteher des Hanse-Gaus und Aufsichtsrat, ziemlich unmissverständlich auf die politischen Hintergründe verweist, indem er dagegen protestiert, dass »die Entziehung des Vertrauens durch den Gewerkschaftsbund der Angestellten sachlich völlig unberechtigt ist, sondern aus anderen, Ihnen wohl durchaus bekannten Gründen erfolgt ist.«²⁰⁵ Pohl war bei der letzten Wahl als Ersatzmann des Direktoriumsmitglieds Max Greger gewählt worden, der am 21. Juni 1933 sein Ehrenamt im Direktorium der RfA niedergelegt hatte. Anstelle des früheren GdA-Vorstands Max Greger wurde schließlich Max Faltin auf Vorschlag der Deutschen Arbeitsfront berufen.²⁰⁶

201 Vgl. die Fragebögen in: BArch, R 112, Nr. 162, Bd. 1, Bl. 138 (Pohl); ebd., Nr. 163, Bd. 2, Bl. 53 (Kothe), Bl. 74 (Axer), Bl. 223 (Hübner), Bl. 236 (Riegl), Bl. 268 (Klumpen). Die Absicht der Stigmatisierung beleuchtet der Fall Maria Riegl, die als Ersatzvertreterin des Verwaltungsrats von 1919 bis 1924 der SPD und seit 1927 der DDP angehört hatte, aber seit 1928 parteilos war. Vgl. ihren am 31. Mai 1933 ausgefüllten Fragebogen, BArch, R 112, Nr. 163, Bd. 2, Bl. 236. Eine Kollegin aus dem Verwaltungsrat bat die RfA »um Aufklärung, auf Grund welcher Tatsachen Frl. Riegl ihres Amtes im Verw. Rat enthoben ist«. Zur Begründung wurde auf einem internen Vermerk, ergänzend zu ihren Mitgliedschaften in SPD und DDP, »G.D.A.« festgehalten und rot unterstrichen. Vgl. die Vermerke vom 21.8. beziehungsweise 24.8.1933, ebd., Bl. 239f.

202 Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Ehrenämter in der sozialen Versicherung und der Reichsversicherung vom 3. Juli 1933, in: RGBL. I, S. 450.

203 So der handschriftliche Vermerk mit Datum vom 10.7. und dem Initial »W« (i.e. wahrscheinlich Dr. Wilhelm) auf Faltins Schreiben vom 1.7.1933 an die RfA, BArch, R 112, Nr. 11, Bd. 3, Bl. 115. Zur Ausdehnung des Vertrauensentzugs durch Faltin auf alle GdAler in der RfA vgl. die Vermerke auf dem Schreiben der RfA vom 22. August 1933 zwecks Amtsenthebung von Hermann Pohl, BArch, R 112, Nr. 162, Bd. 1, Bl. 140.

204 Vgl. den Schriftsatz der gleichlautenden Schreiben des Präsidenten des Direktoriums der RfA vom 12. Juli 1933, BArch, R 112, Nr. 11, Bd. 3, Bl. 119/120.

205 Schreiben vom 28. August 1933 an den Präsidenten der RfA, BArch, R 112, Nr. 162, Bd. 1, Bl. 143–145, hier: Bl. 143. Darin gibt Pohl auch an, keine Mitteilung über den sogenannten Vertrauensentzug vonseiten des GdA erhalten zu haben.

206 Vgl. Max Gregers Fragebogen, der mit dem Vermerk »ausgeschieden, dafür Faltin« versehen wurde, BArch, R 112, Nr. 162, Bd. 1, Bl. 111, sowie die Vermerke ebd., Bl. 112 und 114. Jahre später, nachdem Faltin selbst zwischen die Mühlsteine nationalsozialistischer Personalintrigen geraten war, führte er für sich ins Feld, dass er »auch gern bereit« gewesen sei, die RfA »von staatsfeindlichen Elementen und Gegnern des Nationalsozialismus zu bereinigen«. Antrag Max Faltins (für das Parteigerichtsverfahren gegen sich selbst) vom 1.4.1938 an die NSDAP, Gau Groß-Berlin, Kreisgericht II, S. 1, BArch (ehem. BDC), OPG, Faltin, Max, 7.3.1893.

Die antisemitische Stoßrichtung der personellen Gleichschaltungsforderungen der neuen NS-Machthaber bedarf noch einer näheren Betrachtung. Mit der Anordnung des Bundesvorstands zum Zwecke der »geistige[n] Durchführung der Gleichschaltung« setzten die Nationalsozialisten an der neuen Verbandsspitze umgehend ein seit Langem verfolgtes Ziel im Kampf gegen den GDA durch: »Nicht-arisches Mitgliedern, die in den Vorständen der Bundesgliederungen noch Ehrenämter bekleiden, müssen wir nahelegen, sofort zurückzutreten.«²⁰⁷ In den Vorkapiteln war deutlich geworden, dass die jüdischen GDA-Mitglieder, die nicht anders als andere Mitglieder betreut worden waren²⁰⁸, den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge gewesen waren und in Widerspruch zu einer sogenannten freiheitlich-nationalen Politik gestanden hätten. Besonders eingeschossen hatten sie sich auf die sogenannten jüdischen Führer, von denen man die Mitglieder zu entfremden trachtete. Genauer ist über Ludwig Rosenberg bekannt²⁰⁹, der der SPD und dem Reichsbanner angehörte und erst Anfang Januar 1933 den Geschäftsführerposten des Gaubezirks Westbrandenburg in Brandenburg an der Havel übernommen hatte. Schon als Reaktion auf die Ernennung Hitlers zum Kanzler will Rosenberg nach eigenen Angaben an einen Kollegen in England geschrieben haben:

»[Das] bedeutet die Zerschlagung der Gewerkschaften, denn Hitler kann sich die Gewerkschaften nicht leisten. Und es gibt eine Verfolgung der Gewerkschaftssekretäre und aller, die mit der Gewerkschaft zu tun oder aktiv dort tätig waren, und es gibt als nächstes die Verfolgung von Juden, und da ich beides bin – wie sieht es aus, wenn ich nach England komme?«²¹⁰

Als sich im März 1933 die allgemeine antisemitische Agitation gesteigert hatte, wie sie ebenfalls im Aufruf eines »Aktions-Ausschusses des Kreises Brandenburg-Stadt der N.S.D.A.P.« gegen »kommunistische und marxistische Verbrecher und ihre jüdisch-intellektuellen Anstifter« zum Ausdruck gekommen war²¹¹ und im Boykott jüdischer Geschäfte einen Kulminationspunkt erreicht hatte, war Rosenberg aus der Gefahrenzone nach Berlin-Zehlendorf versetzt worden.²¹² Umso unverständlicher muss die Übernahme

207 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 3. Diese Rücktrittsforderung bezog sich selbstverständlich auch auf die Krankenkasse des GDA. Vgl. Anm. 227 dieser Arbeit.

208 Zahlenverhältnisse sind nicht bekannt. Vgl. aber zur alltäglichen Vertretung jüdischer Mitglieder das Angebot eines jüdischen Rechtsanwaltes aus Eschwege für die freie Stelle eines Bürovorstehers in der GDA-Fachverbandszeitschrift, in: *Der Angestellte im Rechtsanwalts- u. Notariatsbüro* 10, 1932, Nr. 6/7 (Juni/Juli), S. 70.

209 Vgl. außer *Ahland*, Ludwig Rosenberg, die älteren Arbeiten: *Dieter Schuster*, Ludwig Rosenberg. Ein Porträt, Freudenstadt 1969, insb. S. 12, 16 und 24; *Gerhard Beier*, Ludwig Rosenberg, in: *ders.*, Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter. Von August Bebel bis Theodor Thomas, Köln 1983, S. 151–156, insb. S. 153f.

210 Nach dem *Brandenburger Anzeiger* vom 9. Januar 1933 übernahm er zum 13. Januar 1933 das Amt seines Vorgängers. Sein Biograf gibt an, dass Rosenberg seit Ende Dezember in Brandenburg weilte. Vgl. *Ahland*, Ludwig Rosenberg, S. 195 und 199 (Zitat).

211 *Brandenburger Anzeiger*, 31.3.1933.

212 Im Zusammenhang mit dem GDA wird Rosenberg zuletzt in einem Bericht über die Monatsversammlung der Ortsgruppe Brandenburg am 8. Februar erwähnt. Die Monatsversammlung Anfang April wurde vom neuen Bezirksgeschäftsführer Müller geleitet. Vgl. *Brandenburger Anzeiger*, 6.2.1933, 11.2.1933 sowie 13.4.1933. Nach Rosenbergs Selbstauskunft vor der Entschädigungsbehörde Düsseldorf wurde er am 1. April 1933 in die GDA-Zentrale in Berlin zurückberufen und am 2. Mai entlassen und am 16. Juni 1933 erfolgte seine »Flucht vor drohender Verhaftung nach GB«. Sein Biograf Frank Ahland bestreitet im Nachhinein eine konkrete Verhaftungsgefahr, obwohl sie angesichts der Hausdurchsuchung bei seiner Mutter Ende Juni und der Verhaftung von 3.000 SPD-Funktionären am 22. Juni 1933 durchaus plausibel erscheint. Vgl. *Ahland*, Ludwig Rosenberg, S. 202f. und 206f.; *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 928.

antisemitischer Äußerungen im Zuge des März-Schwenks des GDA erscheinen. Diese Anpassung an den Zeitgeist ist ein besonders unrühmliches Kapitel in der Geschichte des Verbands.

Die nationalsozialistischen Boykottaktionen gegen jüdische Kaufhäuser hatten den GDA am 10. März zu einem Telegramm an den Arbeitsminister (sic!) veranlasst, welches nur als indirekter Protest gegen die Aktion verstanden werden konnte. Tatsächlich richtete es sich direkt nur gegen eine seiner Folgen.

»Durch erzwungene Schließung von Großbetrieben des Einzelhandels ist Existenz vieler Tausende von Einzelhandelsangestellten gefährdet. Eine Entlassung dieser Angestellten müßte den schon trostlosen Arbeitsmarkt von Angestellten geradezu katastrophal verschlechtern. Bitten, auf alle zuständigen Stellen einzuwirken, daß jeder ungesetzmäßige Eingriff in die Gewerbefreiheit verhindert wird.«

Der zuständige Reichsminister des Innern Frick reagierte am 13. März mit einem Rundfunkerlass, in dem er sich die Kritik zumindest teilweise zu eigen machte und in dem es hieß, dass

»nicht nur die Inhaber der Geschäfte, sondern auch die Arbeiter und Angestellten der Geschäfte sowie das kaufende Publikum und der allgemeine Wirtschaftsverkehr schwer getroffen [werden]. Auch die Staatsautorität und die für den Wiederaufstieg Deutschlands unentbehrliche Vertrauensbelebung leiden unter solchen willkürlichen Handlungen Schaden.«²¹³

Hinter diesem Einlenken von Parteistellen stand ein Konflikt mit dem Wirtschaftsministerium, den es in diesem Fall für sich entscheiden konnte.

Die heftige Kritik, mit der das Ausland auf diese Vorfälle reagierte, wurde in Deutschland von der politischen Rechten als antideutsche Stimmungsmache verleumdet. Dem GDA kann man vorwerfen, in den Tonfall dieser antisemitischen Propaganda eingestimmt zu sein, wenn es nach einem Bericht der »Vossischen Zeitung« in Telegrammen an seine Auslandsgruppen hieß:

»Die maßlose Greuelpropaganda in der Auslandspresse schädigt das Ansehen des deutschen Volkes und stört die wirtschaftlichen Beziehungen. Das deutsche Wirtschaftsleben einschließlich aller jüdischen Unternehmungen ist ohne Störung. Einzelübergrieffe, die mit der Umwälzung verbunden waren, sind jeweils sofort von der Regierung verhindert und nie gebilligt worden.«²¹⁴

Doch schärfer reagierte auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten nicht, wenn er an die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin am 24. März 1933 schrieb, dass »Mißhandlungen und Ausschreitungen vorgekommen« seien, aber dass »die Regierung und alle führenden Stellen die vorgefallenen Gewalthandlungen auf das schärfste mißbilligen«, und der Reichsbund sah es »an der Zeit, von der unverantwortlichen Hetze abzurücken«.²¹⁵ Am Folgetag empfing Hermann Göring Vertreter jüdischer Organisationen, die nach seinen Worten erklärten, »sie würden ihr möglichstes tun, um insbesondere die Greuelhetze in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu beenden«.²¹⁶ Dass diese Be-

213 GDA 14, 1933, Nr. 4 (1. April), S. 55.

214 Vossische Zeitung, 29.3.1933 (Abend-Ausgabe). Das Telegramm wurde vom Bundesvorstand im Namen von Max Rössiger und Johannes Degener autorisiert und im Rundschreiben vom 1. April 1933 »An alle GDA-Mitglieder!« abgedruckt. Vgl. ebd., Bl. 3.

215 Schreiben des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten vom 24. März 1933, in: *Michaelis/Schraepfer*, Das Dritte Reich, S. 383f.

216 So Reichsminister Göring in der Ministerbesprechung vom 29. März 1933, in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938, Teil 1, Bd. 1, S. 271f. An dem Empfang waren neben dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten unter anderem der »Centralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« und die »Zionistische Vereinigung für Deutschland« beteiligt.

reitschaft nicht aus Überzeugung, sondern aus Einschüchterung resultierte, zeigt die gleichzeitige Planung – unter dem Vorwand, der »Greuelhetze« entgegenzutreten zu wollen – einer noch größeren Einschüchterungsmaßnahme, dem »groß angelegten Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland«, wie Joseph Goebbels am 26. März 1933 in sein Tagebuch schrieb.²¹⁷ Die antijüdische Boykottaktion, der schon Mitte März zahlreiche Gewalttätigkeiten von SA-Leuten gegen jüdische Ärzte, Richter und Rechtsanwälte vorausgegangen waren²¹⁸, setzte am 1. April ein, als zeitlich parallel schon die Säuberungsaktionen der Justiz in Preußen durch Hanns Kerrl liefen. Das dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« nachgeformte »Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft« vom 7. April war »eine weitere einschneidende Manifestation des staatlich betriebenen Antisemitismus«.²¹⁹ Diese Einschüchterungs- und Entlassungsaktionen verfehlten insgesamt ihre Wirkung auf die Rechtsanwaltsangestellten im GDA nicht:

»Die von unverantwortlichen Kräften im Auslande verbreiteten Greuelnachrichten über Deutschland hatten mit dazu geführt, daß sich weite Volkskreise gegen die Betätigung von Rechtsanwälten und Notaren jüdischer Konfession oder Abstammung wandten. Wir haben bestimmt keine Veranlassung, uns für die jüdischen Rechtsanwälte einzusetzen.«²²⁰

Mit der nicht akzeptablen Verdrehung der Ursachen machte man der nationalsozialistischen Propaganda Zugeständnisse, um ein Minimum an Interessenvertretung für die eigene Klientel, die Rechtsanwaltsangestellten, von denen mehr als die Hälfte bei jüdischen Rechtsanwälten beschäftigt war, zu erreichen. Einschüchterung und Manipulierung sowie Anpassung und Opportunismus zwecks Erhaltung des Arbeitsplatzes griffen ineinander. Auf der einen Seite »schufen sich die Machthaber eine Möglichkeit zur zeitweiligen Ausschaltung aller Mißliebigen«²²¹, indem sie mit § 4 des Gesetzes der Entscheidung über die Entziehung der Zulassung ein Vertretungsverbot vorschalten konnten. Auf der anderen Seite setzten die Rechtsanwaltsangestellten im GDA große Hoffnung auf eine Verordnung der Reichsregierung, von der sie erwarteten, »daß mehr jüdische Anwälte als ursprünglich vorgesehen, zugelassen werden. Damit wird einem großen Teil der Kollegen der gefährdete Arbeitsplatz erhalten.« Dies war der Zweck der Eingaben, welche »im ausschließlichen Interesse unserer Berufskolleginnen und -kollegen« geschahen.²²² Damit knüpfte man an die Versprechungen und verbalisierten Vorkehrungen der nationalsozialistischen Machthaber an. So hieß es beispielsweise in einem internen Erlass des Preußischen Justizministers: »Die Ausschaltung jüdischer Anwälte und Notare aus dem preußischen Rechtsleben darf nicht dazu führen, daß deutsche Angestellte brotlos werden oder brotlos bleiben.«²²³

217 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. *Elke Fröhlich*, Teil 1: Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 2: 1.1.1931–31.12.1936, München 1987, S. 398. Vgl. auch die weiteren Einträge dort.

218 Vgl. *Winkler*, *Der Weg in die Katastrophe*, S. 899f.

219 *Bracher/Schulz/Sauer*, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 244. Zu diesem rassistisch bestimmten Antisemitismus kamen weitere Motive hinzu, wie Fritz Naphtali befürchtete: »Vielleicht kann man zunächst die ›antikapitalistische‹ Sehnsucht[,] wieder auf antijüdische Aktionen ablenken. Diese scheinen mir besonders auf dem Gebiet der Angestellten bevorzugen zu stehen.« Brief von Fritz Naphtali an Paul Herz vom 14. Juli 1933, in: *Jehuda Riemer*, *Nach dem Zusammenbruch. Fritz Naphtali im Briefwechsel 1933–34*, in: *International Review of Social History* 27, 1982, S. 324–356, hier: S. 337.

220 *Der Angestellte im Rechtsanwalts- und Notariatsbüro* 11, 1933, Nr. 4 (April), S. 37.

221 *Bracher/Schulz/Sauer*, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 245.

222 *Der Angestellte im Rechtsanwalts- und Notariatsbüro* 11, 1933, Nr. 4 (April), S. 39 und 37. Vgl. die Eingabe an das Thüringische Justizministerium vom 26. April 1933 zwecks »Wiederunterbringung von Angestellten nichtarischer Rechtsanwälte«, in: ebd. 11, 1933, Nr. 5 (Mai), S. 51.

223 Erlaß des Preußischen Justizministers an die Oberlandesgerichtspräsidenten, in Auszügen und ohne Datumsangabe abgedr. in: ebd. 11, 1933, Nr. 4 (April), S. 38f., Zitat: S. 38.

Zum neuen NS-Vorstand stellte der zweite Bundesführer Max Rössiger, der als einziger schon dem alten Vorstand angehört hatte, in der GDA-Zeitschrift fest: »Die heute an der Spitze des Bundes stehenden Männer verkörpern als aktiv in der großen nationalsozialistischen Bewegung stehende GDA-Kollegen den Willen des Bundes zur Gleichschaltung der Führung auf das stärkste.«²²⁴ Auf den oberen Verbandsebenen hatte dagegen niemand vorher eine wichtige Rolle gespielt, sieht man von Hans Kottler, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Angestellten-Kasse (DAK), ab.²²⁵ Ihre ehemals zumeist subalternen Funktionen wurden wortreich verschleiert.²²⁶ Über Max Faltin, dem Mitbegründer der NSBO mit der Nummer 169 und der niedrigen NSDAP-Mitgliedsnummer 160.607 (Eintrittsdatum: 1. September 1929) hieß es, er sei »mehrere Jahre ehrenamtlich in Vorstandsämtern und als Vertrauensmann des Bundes tätig« gewesen.²²⁷

Dem Leser der NS-Presse konnte in Bezug auf die sich überstürzenden »internen Verhandlungen über eine *Gleichschaltung* der Verwaltungsbürokratie und der Spitzen der alten Gewerkschaften mit den Zielen und Aufgaben des neuen Staates« nicht verborgen bleiben, dass der »innere Bruch mit alle dem, was marxistisch heißt[,] und mit allem, was irgendwie in Zusammenhang mit dem System von gestern gebracht werden kann«, nur durch die »rücksichtslose Säuberung ihrer Organisationen von allen im Sinne der nationalsozialistischen Revolution unzuverlässigen Elementen« erreicht werden konnte. »Auf einmal« zu betonen, »daß sie *schon seit Jahren* gegen den Marxismus gekämpft« hätten,

224 Max Rössiger, Wir bauen mit!, in: GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 66.

225 Die DAK war die Krankenkasse des GDA, in deren Vorstand Kottler seit vielen Jahren saß, seit 1930 als stellv. Vorsitzender und seit 1932 als Vorsitzender; er trat zum 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Laut Vorstandsprotokoll vom 6.12.1933 habe »ihm während der nationalen Revolution die Gleichschaltung der DAK obgelegen«. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die ›Gleichschaltung‹ des GDA auf die DAK durchschlug und aufgrund dessen Jakob Mokry lt. Beschluss der Vorstandssitzung v. 24. April 1933 seinen Vorstandsposten zunächst per Beurlaubung dann Kündigung räumen musste. Dieser Handlangerdienst des Vorstandsvorsitzenden ist äußerst kritikwürdig. *Böge/Stein*, 225 Jahre DAK, S. 232 (Zitat) und 370, Anm. 197, 199 und 200. In einem Schreiben des Reichsversicherungsamts vom 12. September 1942 an den Reichsarbeitsminister heißt es zu den Hintergründen nazibürokratisch lapidar: »Der Gewerkschaftsbund der Angestellten nebst Unterorganisationen wurde unter Ausschluß der Liquidation in die Verbände der DAF. eingegliedert. Die Kasse selbst wurde dann mit anderen Berufskrankenkassen zur Berufskrankenkasse der weiblichen Angestellten umgebildet, die die Verpflichtungen der früheren Kassen übernommen hat. Im Zuge der Entjudung der Betriebe wurde Mokry als Jude am 25.4.1933 zunächst beurlaubt u. gekündigt.« BArch Berlin, R 89, Nr. 3430, Bl. 60f. Dass Hans Kottler sich nach 1933 die nationalsozialistischen, antisemitischen Überzeugungen zu eigen gemacht hat, zeigt sein Schreiben vom 21. September 1939 an den Präsidenten der RfA, in dem er angesichts des »eingetretenen Wandels der Rechtsanschauungen [...] eine Streichung oder zum mindesten Ermässigung der Pension« von Mokry vorschlug (BArch Berlin, R 112, Nr. 304). Diese Pension war Mokry in früheren Gerichtsverfahren zugesprochen worden. Die NS-Vorschriften der Reichsversicherung zielten auf zunehmende Diskriminierung der jüdischen Rentner. Jakob Mokry wurde am 2.1.1944 im Vernichtungslager Auschwitz ermordet.

226 Von den anderen hatte der schon erwähnte August Lorscheidt als Gaufachgruppenvorsitzender der Behördenangestellten im Rheingau (Rheinland) das vergleichsweise höchste Amt bekleidet. Die GDA-Presse stellte ihn als »Führer der rheinischen Behördenangestellten im GDA« vor. Otto Schmidt, der neue Leiter der Reichsvereinigung der technischen Angestellten im GDA, war erst am 12. April 1933 einstimmig zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin der Reichsvereinigung der technischen Angestellten im GDA »bestimmt« worden, ein Akt nationalsozialistischer ›Gleichschaltung‹ auf Ortsebene. GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 68f.; Der technische Angestellte. Organ der Reichsvereinigung Deutscher Techniker im Gewerkschaftsbund der Angestellten 9, 1933, Nr. 5 (Mai), S. 53.

227 GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 68.

und »daß sie zu der *ersten* Kampftruppe des nationalen Deutschlands zu rechnen« seien, reichte keineswegs, sondern wurde eher spöttisch quittiert. Ziel war, die Verbandsleitungen »durch neue Männer und durch Nationalsozialisten« zu ersetzen, auch wenn »die Vorstandsmitglieder [plötzlich] erklärten, sie hätten sich in die NSDAP aufnehmen lassen«.²²⁸

Bei der »Bestellung« – wie die Nationalsozialisten es nannten – des neuen, Anfang Mai auf neun Nationalsozialisten erweiterten Vorstands nach dem Führerprinzip wurden die Satzungsvorschriften auf den Kopf gestellt. Nicht ein sogenannter Bundesführer hatte die Vorstandsmitglieder zu bestellen, sondern der »Bundesvorsteher und seine Stellvertreter sind aus der Gesamtheit des Bundesvorstandes durch den Bundestag [...] zu wählen«, und der Aufsichtsrat »hat die Dienstverträge mit den Mitgliedern des Bundesvorstandes abzuschließen, Vorstandsmitglieder anzustellen unter Vorbehalt der Bestätigung durch den nächsten Bundestag«.²²⁹ Zu dem Zeitpunkt existierte der alte, erst vierzehn Tage zuvor umgebildete Aufsichtsrat schon nicht mehr. Am Tag nach Absetzung des alten GDA-Vorstands hatte eine Vollsitzung von Aufsichtsrat und neuem vorläufigem Bundesvorstand

»diese Maßnahmen gebilligt. Der gesamte Aufsichtsrat ist darauf zurückgetreten. Bis zur Neuwahl des neuen Aufsichtsrats hat er eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus Kollegen Moog Weimar, Bieger Berlin und Frau Demmig Berlin zur Abwicklung der Aufsichtsratsgeschäfte bevollmächtigt.«²³⁰

Die in der Juni-Ausgabe der GDA-Zeitschrift veröffentlichte Namensliste des auf 20 Personen verkleinerten neuen Aufsichtsrats²³¹, für den die neue Bundesführung am 30. April einen veränderten Wahlmodus festgesetzt hatte, trug den 20. Mai 1933 als Datum. Während nach der Satzung den Gautagen das Vorschlagsrecht für den auf den Bundestagen zu wählenden Aufsichtsrat zustand²³², sollte nun jeder Gau bis zum 7. Mai 1933 durch die Gauvorstände beziehungsweise die bis dahin stattfindenden Gautage einen Vertreter wählen. Die gleichzeitige Ankündigung, dass der »neue vorläufige Bundesvorstand [...] dem neuen Aufsichtsrat die Vorschläge über die Zusammensetzung des neuen endgültigen Bundesvorstandes rechtzeitig unterbreiten [wird]«, kehrte die alten Befugnisse um und vollendete die Entmachtung von Aufsichtsrat und Bundestag.²³³ Denn es war gerade eine der vornehmsten Aufgaben des Aufsichtsrats gewesen, dem Bundestag die Mitglieder des Bundesvorstands zur Wahl vorzuschlagen. De facto hatte der neue Aufsichtsrat überhaupt keinen Anteil an der Zusammensetzung des endgültigen Bundesvorstands, dessen neun Mitglieder schon am 5. Mai, bevor der neue Aufsichtsrat überhaupt »gewählt« war, in der

228 Rote Erde, 29.4.1933 und ebd., 28.4.1933.

229 Satzung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Auszüge aus § 21 Abs. 2 beziehungsweise aus dem letzten Satz von § 20 Abs. 5 der Satzung vom 22. Januar 1933; vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 228 und 227.

230 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 1f. Vielsagend wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt: »Um der Gleichschaltung auch in der aufsichtführenden Körperschaft des Bundes keine Schwierigkeiten zu bereiten, ist der alte Aufsichtsrat am 30. April 1933 zurückgetreten.« GDA 14, 1933, Nr. 6 (31. Mai), S. 90.

231 Vgl. ebd.

232 Vgl. Satzung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, § 20 Abs. 1 der Satzung in der Fassung vom 22. Januar 1933; *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 86 und 227. Aufgrund der Mitgliederstärke der 18 Gaue 1931 und unter Einrechnung der Mitgliederentwicklung bis 1933 hätte die Satzung schon von daher 21 bis 23 Aufsichtsräte verlangt. Vorgeschrieben waren zusätzlich sechs Mitglieder aus Berlin oder Umgebung, welche nach der Satzung den geschäftsführenden Ausschuss bilden sollten. Nur drei der 20 Mitglieder des neuen Aufsichtsrats erfüllten diese Voraussetzung. Vgl. ebd., S. 258 (Tabelle A 10), vgl. ebd. auch S. 88.

233 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 2f., Zitat: S. 3. Die GDA-Zeitschrift spricht bei der Bekanntmachung der neuen Aufsichtsratsmitglieder den Tatsachen entsprechend gar nicht von Wahl, sondern Berufung. Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 6 (31. Mai), S. 90.

Maiausgabe der GDA-Zeitschrift vorgestellt wurden.²³⁴ Es braucht schließlich kaum noch erwähnt zu werden, dass der für den 18. bis 20. August 1933 in Köln geplante 6. Bundes- und 6. Deutsche Angestelltentag nicht mehr stattfand.²³⁵

Siebzehn Personen des neuen Aufsichtsrats waren Mitglieder der NSDAP, davon sechs erst seit dem 1. Mai.²³⁶ Aus dem früheren Aufsichtsrat gehörte ihm noch eine Minderheit von sechs Personen an, darunter die drei Mitglieder der Abwicklungskommission. Drei der sechs Altmitglieder, von denen bis dato fünf einem Gau vorgestanden hatten, waren zwischenzeitlich der NSDAP beigetreten. Während man für diese drei NSDAP-Neulinge, die zuvor Gauvorsteher gewesen waren, die Bereitschaft zur Mitarbeit an ihrer neuen Parteifarbe ablesen könnte²³⁷, muss die Motivation der anderen drei differenzierter betrachtet werden. Einen Anhaltspunkt bietet die ganz unterschiedlich zusammengesetzte Abwicklungskommission, aus der der frühere stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und Thüringer Gauvorsteher Leonhard Moog hervorsticht. Mit den Finanzen des GDA bestens vertraut, stand er doch 1945 nach Einschätzung von Hermann Brill »im Ruf eines Fachmannes für Finanzen«.²³⁸ Um die Übernahme von Organisation und Vermögen des GDA besser bewältigen zu können, sahen die Nationalsozialisten über seine Gegnerschaft hinweg, wie sie jedem durch seine Mitgliedschaft im Reichsbanner und im Vorstand des Landesverbands von DDP/DStP bekannt gewesen war.²³⁹ Nach Aussagen seines Freundeskreises kann seiner kurzzeitigen Kooperation kein Einstellungswandel zugrunde gelegen haben.²⁴⁰ Wenn er sich trotzdem für diese Aufgabe bereitfand, obgleich er seinen Vorstandsposten im Gau Thüringen im Zuge der »Gleichschaltung« verlor²⁴¹, so lässt sich dies vielleicht aus einem falsch verstandenen und politisch fragwürdigen Verantwortungs- und Pflichtgefühl gegenüber den Mitgliedern zur ordnungsgemäßen Übergabe an den ungeliebten Nachfolger DAF erklären. Speziell den gegenüber den Gewerkschaften erhobenen Verdächtigungen der Korruption und Unterschlagung glaubte Moog offensichtlich, mit

234 Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 68f.

235 Die sächsische Gauwerbeabteilung nahm noch im März Anmeldungen für den Bundestag entgegen. Vgl. Informationsdienst, März 1933, S. 20.

236 Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 6 (31. Mai), S. 90. Die dortige namentliche Vorstellung von 15 »Pg's« ist insofern lückenhaft. Dass ein »Parteigenosse« in der NSDAP-Mitgliederkartei nicht ermittelt werden konnte, ist entweder auf deren Lückenhaftigkeit oder auf die fehlenden Personendaten zur Identifikation zurückzuführen.

237 Die betreffenden Gaue waren Mitteldeutschland (Magdeburg), Danzig und Brandenburg (Berlin).

238 *Manfred Overesch*, Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 320, Anm. 116. Der Autor bezieht sich dabei auf einen Brief von Hermann Brill an Dietrich vom 16.9.1946, BArch Koblenz, NL Brill 57. An anderer Stelle bezeichnet Brill Moog als einen »Mann von großer politischer Erfahrung«. Hermann Brill, Die politische Entwicklung Thüringens unter der sowjetischen Besatzung, Manuskript [Oktober 1947], BArch Koblenz, NL Brill 97, zit. nach: *Manfred Overesch*, Machtergreifung von links. Thüringen 1945/46, Hildesheim/Zürich etc. 1993, S. 188–193, hier: S. 193.

239 Darüber hinaus hatte Moog bis Januar 1933 im Weimarer Stadtrat und zeitweilig auch im Landtag gesessen (vgl. Tabelle 1). Vgl. *Bernhard Post/Volker Wahl* (Hrsg.), Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995, Weimar 1999, S. 609. Moog war außerdem vom Parteitag für 1929/30 in den Parteiausschuss der DDP gewählt worden. Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik, S. 787.

240 Vgl. die in Anm. 132 dieser Arbeit zitierten Äußerungen des Weimarer Fabrikanten Felix Zumhasch gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht sowie dessen Lebenslauf. Felix Zumhasch, Lebenslauf v. 10.7.45, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 1077–1079, Bl. 269.

241 Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 4 (1. April), S. 62, und ebd., 1933, Nr. 7 (30. Juni), S. 114.

einer korrekten Abrechnung der Kassen entgegentreten zu können.²⁴² Dieses widerwillige Mitmachen kann man auch bei den freien Gewerkschaften beobachten, wo Kassenangestellte auf örtlicher Ebene zur Weiterarbeit angehalten oder gezwungen wurden. Der Sachverstand der beiden anderen »Abwickler« wurde ebenfalls benötigt, wobei nur der frühere Brandenburger Gauvorsteher aus neu gewonnener Überzeugung gehandelt haben dürfte, zieht man die Parteistatistische Erhebung heran.²⁴³ Weitere Altmitglieder konnten mit ihrem einschlägigen Verbandswissen von Nutzen sein, waren doch die »alten Parteigenossen« im neuen Aufsichtsrat mit Ausnahme des stellvertretenden Gauvorstehers Funk aus Königsberg fast gänzlich unbeschriebene Blätter, was ihre frühere GDA-Tätigkeit anbetraf.²⁴⁴ Um den Personalbedarf zu decken, mussten die neuen Machthaber sogar auf Parteineulinge zurückgreifen, denn auch von den Neumitgliedern waren drei erst zum 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten.

IV. DIE »GLEICHSCHALTUNG« DER UNTERGLIEDERUNGEN DES GDA

Der GDA war nach seiner Satzung vertikal in drei Ebenen von unten nach oben gegliedert, welche ihm zugleich eine räumliche Aufteilung gaben.²⁴⁵ Die Ortsgruppen beziehungsweise Zahlstellen, falls die Zahl der Mitglieder klein war, waren zu Gauen zusammengeschlossen. Delegierte der Ortsgruppen trafen sich jährlich zu Gautagen, auf denen die Gauvorstände und die Abgeordneten der Bundestage, die alle zwei Jahre stattfinden sollten, gewählt wurden.²⁴⁶ Durch ihn als oberstes Beschlussorgan erhielten die Mitglieder von Aufsichtsrat und Vorstand ihre Legitimation, nachdem sie von den Gautagen beziehungs-

242 Moog hat dabei mitgewirkt, obwohl er die »scheindemokratische[n] und scheinengewerkschaftliche[n] Formen im Interesse einer reibungslosen Übernahme der Institutionen, des Vermögens, der Mitgliedschaft« durchschaut haben muss. *Bracher/Schulz/Sauer*, Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 259. Auf seine zeitlich bis zur Auflösung des GDA durch die Nationalsozialisten zum 1. Juli 1933 begrenzte Aufgabe hat Moog selbst nur mit schnörkellosen Worten hingewiesen. Vgl. *Course of Life*, L. Moog, Weimar, June 7, 1945, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 1077–1079, Bl. 170.

243 Helene Demmig, die im Reichsausschuss der Behördenangestellten ein hohes GDA-Amt innegehabt hatte, und der »gewendete« Brandenburger Gauvorsteher Bieger hatten beide als Mitglieder der vierköpfigen Revisionskommission des Aufsichtsrats die letzte Vermögensbilanz des GDA zum 31. Dezember 1932 unterzeichnet. Als Indizien werten wir hier Biegers (nicht mit Datum bekannten) Antrag auf Aufnahme in die SS, der seines Alters wegen abgelehnt wurde, und als Parteiangestellter (lt. Parteistatist. Erhebung 1939) in den späten 1930er-Jahren bildet er eine der wenigen Ausnahmen in unserem Sample. Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 3 (1. März), S. 45; BArch Berlin, R 9361-I/231.

244 Dies bezieht sich auf der einen Seite etwa auf den Magdeburger Gauvorsteher, der als Rechnungsprüfer des Aufsichtsrats der »Deutschen Welt«, der Lebensversicherungs-AG. des GDA, über intime Geschäftskennntnisse verfügte. Die »alten Parteigenossen« hingegen werden in den letzten Jahrgängen der GDA-Zeitschrift namentlich nicht erwähnt, geschweige denn, dass sie als Autoren auftauchen. Vgl. GDA 13, 1932, Nr. 8 (1. August), S. 127.

245 Vgl. hierzu anschaulich und in Bezug auf die innerverbandliche Willensbildung kritisch *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 84–88.

246 Nach § 16 Abs. 3 der Satzung musste der Gauvorstand aus mindestens fünf Personen (einschließlich Jugendobmann) bestehen. Vgl. die Satzung bei *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 224. Der Gautag des Gaues Brandenburg wählte 1932 nur vier Personen, das heißt Vorsteher und Stellvertreter sowie Gaurechnungsführer und Gauschriftführer in den Vorstand, der auch als »engere[r] Gauvorstand« bezeichnet wurde. Zusätzlich wurden sieben Beisitzer für Berlin und elf für das Gaugebiet sowie Stellvertreter für die Vorstandsaufgaben gewählt. Gau Brandenburg. 5. Brandenburger Angestelltentag und 12. Ordentl. Gautag, insb. S. 44–49; Der Gauspiegel 3, 1932, Nr. 7 (1. Juli), S. 2.

weise dem Aufsichtsrat vorgeschlagen worden waren. Die Gaue konnten in Form von Gaubezirken in Abstimmung mit dem Bundesvorstand eine mittlere Leitungsebene einziehen. Vergleichbar mit den Gauvorständen wurden Bezirksvorstände auf den Bezirkstagen gewählt, während die Bezirksgeschäftsführer wie die Gaugeschäftsführer beim GDA angestellt waren.²⁴⁷ Zusätzlich gab es die sektorale Einteilung nach Fachgruppen mit Gau- und Reichsspitzen.

Die Gleichschaltungsvorgänge auf den Verbandsebenen unterhalb von Vorstand und Aufsichtsrat bestätigen in ihrem Muster das zuvor gewonnene Bild, dass der GDA durch Beseitigung der Verbandsspitze und nicht durch eine Unterwanderung nationalsozialistischer Mitglieder erobert wurde. Erst nachdem die Verbandsspitze »braun« geworden war, wechselten auch die unteren Ebenen die Farbe; die vorherige Wahl eines Nationalsozialisten zum Ortsgruppenvorsteher ist die ganz große Ausnahme, nicht die Regel. Mit der Gleichschaltungsanordnung vom 30. April wurden die Vorstände seit Anfang Mai ›von oben‹ her umgebildet. Diese verlangte unter der Überschrift »Geistige Durchführung der Gleichschaltung«, dass nicht nur der »neugewählte Aufsichtsrat«, sondern

»auch die in den Ortsgruppen unverzüglich umzubildenden Ortsgruppenführungen [...] den Geist der neuen Zeit verkörpern [müssen]. [...] Wir brauchen überall – bis in die letzte kleinste Ortsgruppe – deutsche Männer und Frauen, die, von der Idee der grossen nationalsozialistischen Bewegung erfasst, mithelfen wollen, die Grundlage einer neuen, wahrhaft nationalen und sozialen Volksgemeinschaft zu schaffen.«²⁴⁸

Diese Anordnung wurde ohne Verzug nach unten durchgestellt.

»Im Gau Freistaat Sachsen ist die Gleichschaltung in den Untergliederungen (den Bezirken und Ortsgruppen) zum grössten Teil schon durchgeführt, bzw. in die Wege geleitet. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, dass wir im Gau Sachsen Wert darauf legen, bis in die kleinste Ortsgruppe hinein die geistige Gleichstellung vorzunehmen.«²⁴⁹

Den Ortsgruppen wurde die souffierte Entschließung der Ortsgruppe Chemnitz zur Nachahmung empfohlen:

»Wir bekennen uns einmütig und vorbehaltlos zur nationalsozialistischen Revolution und ihren Führern. Wir geloben, abseits von allem liberalen oder materiellen Denken und Handeln unsere ganze Kraft dem Aufbau unseres Vaterlandes zu widmen aus der Erkenntnis, dass das Schicksal des Staates das Schicksal des Einzelnen ist. Es ist unser aller Wunsch, mithelfen zu können an der Ausbreitung deutschen Volkstums, und deutscher Arbeit den Platz zu erringen, der ihr gebührt. Unsere Berufsaufgabe als Angestellte wird im neuen Staate mehr denn je betonen, dass unser Dienen der Wirtschaft ›Dienst an der Nation‹ ist, und wir sind sicher, darin die Zusammenarbeit aller ehrlich Schaffenden zu erreichen.«²⁵⁰

Und die GDA-Fachgruppe der Reichsvereinigung Deutscher Techniker (RDT) forderte als erste Gleichschaltungsmaßnahme, »daß in Zukunft alle Führer innerhalb der RDT, der nationalsozialistischen Bewegung angehören müssen«.²⁵¹

247 »Die Geschäfte [der Gaubezirke, R. W.] werden nach den vom Bundesvorstand herausgegebenen Richtlinien geführt.« § 16 Abs. 8 der Satzung, zit. nach: *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 225.

248 Die Gleichschaltung im GDA!, S. 3. Freudig wurde registriert, dass Grußtelegramme »nicht von jenen stammen, die erst nach dem 30. Januar den Weg zu uns fanden, sondern daß es alte, bewährte Parteigenossen mit niedrigen Mitgliedsnummern« waren. GDA 14, 1933, Nr. 7 (30. Juni), S. 106.

249 Informationsdienst, Mai 1933, S. 5. Nach den Terminankündigungen in derselben Ausgabe muss dies Anfang Mai gewesen sein.

250 Ebd., S. 11f.

251 Der technische Angestellte 9, 1933, Nr. 6 (Juni), S. 58. Die Reichstagung des RDT bekräftigte diese Forderung. Vgl. ebd., S. 60.

Die Informationen aus den Gauen belegen die Ablösung der alten Gauvorstände durch Nationalsozialisten, welche nun nicht mehr gewählt, sondern nach dem Führerprinzip eingesetzt, im NS-Jargon »berufen«, wurden.²⁵² Für Sachsen hieß es lapidar: »Im Gauvorstand wird eine Sitzung am 7. Mai in Leipzig die Gleichschaltung durchführen.«²⁵³ Die Bestätigung von Vorständen durch Zurufwahl, Akklamation, Handerheben statt der Neuwahl durch Stimmenauszählung war beim GDA nicht unüblich gewesen.²⁵⁴ Trotzdem erscheint der von Priamus gehegte Zweifel an der Akzeptanz demokratischer Machtkontrolle innerhalb des GDA, den der ausdrückliche Verzicht auf »formale Abstimmung« bei der Wahl von Bundesvorstand und Wiederwahl von Gustav Schneider als Bundesvorsteher auf dem Angestelltentag 1926 beim Autor hervorrief²⁵⁵, weit überzogen. Umgekehrt war das Instrument der Berufung beziehungsweise Bestellung Teil des nationalsozialistischen Führerprinzips, mit dem sie sich bewusst auch von den Gewerkschaften absetzten:

»Die Gewerkschaften waren ja nicht nach dem Führerprinzip, sondern nach ›demokratischen‹ Grundsätzen aufgebaut. Die Spitzenorganisationen kontrollierten nicht etwa ihre Unterverbände, so kontrollierte z. B. der A. D. G. B. nicht etwa u. a. den ihm angeschlossenen roten ›Deutschen Metallarbeiterverband‹, sondern gerade umgekehrt: die versammelten Vertreter der Unterorganisationen überwachten die ihnen eigentlich vorgesetzten Spitzen. Letztere waren vom ›Vertrauen‹ der Gliederungen abhängig.«²⁵⁶

Die ›Gleichschaltung‹ des GDA als Organisation war zwangsläufig mit der Absetzung als »politisch untragbar« angesehener Personen auf allen Verbandsebenen verbunden, wie beispielsweise Theophil Kaufmann, dem Hamburger Gaugeschäftsführer, der im März 1933 mit ihrer Auflösung auch seinen Sitz in der Hamburger Bürgerschaft verlor.²⁵⁷ Der

252 Vgl. den letzten Brandenburger Gautag am 28. Mai 1933, auf dem »an Stelle des zurückgetretenen Gauvorstandes eine neue Gauführung berufen (wurde)«. GDA 14, 1933, Nr. 6 (31. Mai), S. 88. Ausführlicher Bericht in: Der Gauspiegel 4, 1933, Nr. 6 (1. Juni), S. 2.

253 Informationsdienst, Mai 1933, S. 5.

254 So auf dem Pommerschen Gautag des G.D.A. am 1. Mai 1932. »Die Neuwahl des Vorstandes ergab, daß der bisherige Gauvorstand unter Leitung des Herrn Gauvorstehers Fritz Köhler, Stettin-Sydowsaue, einstimmig durch Zuruf wiedergewählt wurde.« Der Stettiner Angestellte 4, 1932, Nr. 6 (1. Juni), S. 1f., hier: S. 2. Vgl. auch die Bestätigung des alten Gauvorstands auf dem Brandenburger Angestelltentag 1932 durch einstimmige Zurufwahl. Gau Brandenburg. 5. Brandenburger Angestelltentag und 12. Ordentl. Gautag, insb. S. 45f.

255 Vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 128f., der auf einen eigenen Bericht des GDA Bezug nimmt.

256 *Krüger*, 2. Mai 1933, S. 63. »Auch die Finanzdezernenten der Verbandszentralen [...] waren [...] ihrerseits mehr oder weniger lediglich Vollstrecker des Willens anonymer ›Mehrheiten‹ von Beiräten, Organen, Ausschüssen oder Verbandstagen«. Ebd., S. 101.

257 In seinem Lebenslauf gibt Theophil Kaufmann an, dass er im März 1933 aus allen Ämtern als »politisch untragbar« entlassen worden sei. Maschinenschriftlicher Lebenslauf von Theophil Kaufmann, [handschriftliche Zusätze], [o.D., letzter Eintrag 1949], Bl. 1–3, hier: Bl. 3, Nachlass Theophil Kaufmann, ACDP, I-071-033/7 (Lebenslauf, Photographien, Zeitungsausschnitte). Die Hamburger Bürgerschaft tagte am 8. März 1933 zum letzten Mal, und den für die Neubildung der Bürgerschaft zum Zwecke der ›Gleichschaltung‹ bis zum 13. April 1933 einzureichenden Listen der Deutschen Staatspartei gehörte er nicht mehr an. Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1933, Hamburg o.J., S. 125; Amtlicher Anzeiger. Beiblatt zum Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt, 7.4.1933, Nr. 82, sowie 21.4.1933, Nr. 91, S. 343 beziehungsweise 387. Eine Beschreibung des Lebenslaufs von Theophil Kaufmann vom März 1952 enthält ebenfalls die Angabe von der Entlassung 1933 als politisch untragbar, während ein Artikel in der Heimat-Beilage einer ungenannten Zeitung vom 22. März 1952 die Entlassung auf den Mai 1933 datiert. Vgl. Beschreibung des Lebenslaufs von Theophil Kaufmann, von einem ungenannten Verfasser, o.O. o.J. [März 1952], Bl. 1/2, sowie »Ein christlicher Europäer. Theophil Kaufmann als Generalkon-

Brandenburger Gaugeschäftsführer Adolf Kahlen, der durch seine Kandidatur für die Staatspartei in Preußen 1932 und durch seine Haltung zur NSDAP ein ähnliches politisches Profil gezeigt hatte, verlor Anfang Mai sein Amt.²⁵⁸ Dass auch ein Übertritt zur NSDAP in letzter Minute keine Garantie gegen eine Ablösung war, zeigen die Dokumente im Fall des zuvor schon erwähnten Kieler GDA-Angestellten Bruno Rudolph, in denen es heißt, dass »er aus der Gewerkschaft nur übernommen und bestätigt werden sollte, wenn er vor der Machtübernahme in der Bewegung gestanden hätte.«²⁵⁹ Von diesen »gelegentlich der Durchführung der Gleichschaltung getätigten Säuberungsbestrebungen der Partei«, denen der GDA-Angestellte Bruno Rudolph zum Opfer fiel, erhalten wir detailliertere Kenntnis durch das spätere SA-Disziplinarverfahren gegen das nationalsozialistische Mitglied des neuen Aufsichtsrats Ernst Bernhardt. Das Gericht war bei seiner Untersuchung zu dem Schluss gekommen: »Bei der Gleichschaltung sollte Rudolf, welcher einen gehobenen Posten in dieser Organisation innehatte, abgebaut werden. Um diesem zu entgehen und R. als Nationalsozialisten vor der Machtübernahme nachzuweisen, hat Bernhardt das Eintrittsdatum auf 1.1.33 festgelegt.«²⁶⁰

Überhaupt verloren die meisten Gauvorsteher und Gaugeschäftsführer sogleich ihr Amt. In Sachsen, Thüringen, Rheinland-Westfalen und Baden-Pfalz-Saar, wo letztere einen Antrag zur Aufnahme in die NSDAP zum 1. Mai 1933 gestellt hatten, amtierten sie vorläufig weiter.²⁶¹ Der Geschäftsführer des Gau Baden-Pfalz-Saar versäumte nicht, in seiner Loyalitätsadresse auf die »Sehnsüchte und Hoffnungen der deutschen Angestelltenschaft und besonders der im GDA organisierten Mitglieder«, die sie mit der »Einheitsorganisation aller Angestellten« verbanden, hinzuweisen. Dieser Zielsetzung zuliebe »haben wir unsere Mitarbeit restlos zur Verfügung gestellt und haben ferner getreu unserer nationalen Einstellung unseren gesamten Bundesapparat den Erfordernissen der Neuzeit entsprechend gleichgeschaltet.«²⁶² Aber weder war ein Aufnahmegesuch eine Weiterbeschäftigungsgarantie noch wurden die plötzlich »gewendeten« Gauoberen von den Nazioberen mit offenen Armen empfangen. Während der Thüringer Gauvorsteher Moog, der der NSDAP nicht beitrug, aberufen wurde, verlor der Brandenburger Gauvorsteher Wilhelm Bieger trotz Beitritts zur NSDAP sein Amt, wurde stattdessen aber auf dem Brandenburger Gautag am 28. Mai 1933 als Beisitzer wieder in den Vorstand »berufen.«²⁶³ Ebenfalls durch einen »alten Parteigenossen« wurde der sächsische Gauvorsteher ersetzt, obwohl er der NSDAP beigetreten war. Der fälschlicherweise in der örtlichen Presse als »Pg.« vorgestellte frühere Gauvorsteher von Rheinland-Westfalen, Johann Axer, wurde ebenfalls durch

sul nach Basel berufen«, veröffentlicht in: Heimat-Nachrichten, 22.3.1952 [der Beilage einer ungenannten Zeitung], Nachlass Theophil Kaufmann, ACDP, I-071-033/7 (Lebenslauf, Photographien, Zeitungsausschnitte).

258 Vgl. Der Gauspiegel 4, 1933, Nr. 6 (1. Juni), S. 2.

259 Schreiben v. Standartenführer Claussen, Führer der Brigade R 13, an die Kreisleitung der NSDAP in Kiel vom 3. Jan. 34 [richtig 1935], BArch (ehem. BDC), SA-P, Bernhardt, Ernst, 29.9.1887. Oberste SA-Führung. Gerichts- und Rechtsamt. SA-Disziplinargericht. Sturmführer Ernst Bernhardt, Bl. 22.

260 Beschluß der II. Kammer des SA-Disziplinargerichts der Obersten SA-Führung am 26. April 1935, ebd., Bl. 134.

261 Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 6 (31. Mai), S. 78 und Nr. 7 (30. Juni), S. 114; Hagener Zeitung, 5.5.1933.

262 Geschäftsbericht 1931/32 der Gauleitung zum 11. ordentlichen Gautag am 17. und 18. Juni 1933 in Konstanz. Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) Gau Baden-Pfalz-Saar, S. 20.

263 Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 7 (30. Juni), S. 114, sowie Der Gauspiegel 4, 1933, Nr. 6 (1. Juni), S. 2. Moog und Bieger saßen, wie erwähnt, auch im neuen, nationalsozialistisch bestimmten Aufsichtsrat.

ein langjähriges Parteimitglied abgelöst und musste als geschäftsführend in das zweite Glied zurücktreten.²⁶⁴

Wechseln wir von der Gau- zur Bezirks- und Ortsebene, so vermitteln die Versammlungsberichte der Ortsgruppen an der Wende des Jahres 1932/33 in Verbandszeitschriften und Tagespresse insgesamt den Eindruck eines innerverbandlich ruhigen Verlaufs und geben nicht die Inhalte kontroverser tages- beziehungsweise verbandspolitischer Diskussionen wieder. Dies gilt nicht nur für den ostpreußischen Gau und die Königsberger Ortsgruppe mit ihrem nationalsozialistischen Vorsteher²⁶⁵, sondern auch andernorts und in sektoraler Hinsicht²⁶⁶, wobei einzelne Berichte über Versammlungen im April den Anpassungskurs der GDA-Spitze widerspiegeln.²⁶⁷ Nach den aus den Sekundärquellen belegbaren ›Gleichschaltungen‹ auf Bezirks- und Ortsgruppenebene vollzog sich diese zumeist nach der oben zitierten Direktive der neuen Verbandsspitze. Denn im Zeitverlauf wie in der inhaltlichen Abfolge von (erzwungenem) Rücktritt und Neuberufung zeigen sie kaum Abweichungen. Am 3. Mai 1933 meldete beispielsweise die lokale Presse die »Gleichschaltung« der Ortsgruppe Hagen und des Bezirks Südostwestfalen des GDA, wonach die alten Vorstände ihre Ämter niedergelegt hatten und an ihre Stelle Angehörige der NSDAP getreten waren.²⁶⁸ Nach Zeitungsmeldungen hat hier der Bezirksgeschäftsführer vorerst weiteramtiert²⁶⁹, während in Brandenburg an der Havel nach der Abberufung Rosenbergs kurzzeitig ein neuer Bezirksgeschäftsführer amtierte, der – ganz auf Anpassungskurs – im April eine auf eine nationale Tonlage eingestimmte Monatsversammlung geleitet hatte, bis Anfang Mai auch hier die ›Gleichschaltung‹ erfolgte. Dabei unterließ es der neu eingesetzte Bezirksgeschäftsführer Müller laut Zeitungsbericht nicht, für die Brandenburger Ortsgruppe darauf hinzuweisen, dass die »überwiegende Zahl der Vorstandsmitglieder bereits der nationalsozialistischen Bewegung angehörten, was seinen besonderen Ausdruck durch die Zuwahl« zweier Parteigenossen »in der letzten Monatsversammlung gefunden hatte«.²⁷⁰ Für Berlin wurde die Übernahme der Ortsgruppenführung durch den neuen stellvertretenden Brandenburger Gauführer mit Datum vom 22. Mai 1933 gemeldet. Gleichzeitig wurden zahlreiche Ortsbezirksvorsteher ausgetauscht, denn das letzte Mitteilungsblatt der Ortsgruppe vom Juni 1933 enthielt so viele neue Vorstehernamen wie keine andere Ausgabe zuvor.²⁷¹

264 Vgl. GDA 14, 1933, Nr. 6 (31. Mai), S. 78f.; Hagener Zeitung, 5.5.1933.

265 Vgl. zu den Versammlungen vom 4. Dezember 1932 bis zum 12. Januar 1933 die Ostdeutsche Angestellten-Warte 15, 1933, Nr. 1 (Januar) und Nr. 2 (Februar), unpag.

266 Vgl. die Berichte aus verschiedenen Orten von Oktober 1932 bis April/Mai 1933, in: Der Angestellte im Versicherungsgewerbe 13, 1933, Nr. 1/2 (Jan./Febr.), S. 10f., Nr. 3/4 (März/April), S. 23 und Nr. 5/6 (Mai/Juni), S. 35; Der Angestellte im Rechtsanwalts- und Notariatsbüro 11, 1933, Nr. 2 (Februar), S. 22f., Nr. 3 (März), S. 35, Nr. 4 (April), S. 47, Nr. 5 (Mai), S. 58 und Nr. 6 (Juni), S. 71f. Die Informationen über die ›Gleichschaltungen‹ der Vorstände der GDA-Reichsfachgruppen reichen für ein Gesamtbild leider nicht aus.

267 So stellen sich die Versammlungen der Rechtsanwaltsangestellten in Berlin am 24. April »geschlossen hinter die nationale Regierung« beziehungsweise geloben wie in Potsdam am 4. April 1933, die »Regierung der nationalen Erhebung in ihrer Aufbauarbeit zu unterstützen«, ohne dass es in den Ortsvorständen zu personellen Veränderungen kommt wie in der im Folgenden noch zu schildernden Berliner Ortsgruppe der technischen Angestellten. Vgl. Der Angestellte im Rechtsanwalts- und Notariatsbüro 11, 1933, Nr. 5 (Mai), S. 58.

268 Vgl. Hagener Zeitung, 3.5.1933 und 5.5.1933; General-Anzeiger, 4.5.1933 und 5.5.1933. In Hagen waren die Ringverbände auch politisch gut verankert. Lt. Hagener Adressbuch 1928/29 saß in der Stadtverordnetenversammlung seit der Wahl im Mai 1924 deren Bezirksleiter für die Liste Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Ortsgruppe Hagen i. W. Die DDP war zusätzlich mit 6 Sitzen vertreten.

269 Vgl. Hagener Adressbuch von 1928/29; Hagener Zeitung, 4.3.1933 und 4.5.1933.

270 Brandenburger Anzeiger, 11.5.1933.

271 Vgl. die Mitteilungen der Ortsgruppe Berlin, in: Der Gauspiegel 4, 1933, Nr. 6 (1. Juni).

Vereinzelte hatten sich parallel zur ›Gleichschaltung‹ der Führungsgremien, die Mitte April durch personelle Ergänzung des Aufsichtsrats des GDA durch Nationalsozialisten ihren Anfang genommen hatte, auf Ortsebene personelle Veränderungen vollzogen, ohne dass diese auch nur im Entferntesten als Auslöser der ›Gleichschaltung‹ an der Verbandsspitze angesehen werden können. Umgekehrt, statt die Machtbalance ›von unten‹ her zu verschieben, muss man die GDA-Ortsgruppen, die wie in Königsberg einen nationalsozialistischen Vorsteher hatten, vor Mai 1933 mit der Lupe suchen. Einer dieser seltenen Fälle ist der Rücktritt des erst am 8. Dezember 1932 gewählten Vorsitzenden des Vorstands der Berliner Ortsgruppe der Reichsvereinigung Deutscher Techniker im GDA am 12. April 1933. »An seiner Stelle wurde das bisherige Mitglied des Vorstandes, Kollege Schmidt, einstimmig zum vorläufigen Vorsitzenden bestimmt.« Die »Arbeit im Sinne der nationalen Regierung und im Interesse der deutschen Volksgemeinschaft« sollte dem Versammlungsbericht zufolge fortgeführt werden.²⁷² Durch die Beauftragung von Otto Schmidt, der schon länger der NSDAP angehörte, mit der Leitung der Reichsvereinigung Deutscher Techniker im GDA, insbesondere aber durch die Übernahme des Amtes des Bundesführers meldete Max Faltin einen Führungsanspruch an.

»Ich bin stolz darauf, damit auch meinen Kollegen, den Technikern, in unserem Bunde den Platz sicherstellen zu können, den sie als eigentliche Träger des deutschen Wirtschaftsaufbaues zu beanspruchen haben. [...] Wir Techniker wollen in erster Front stehen in dem Kampfe um den Aufbau unseres neuen Deutschland.«²⁷³

Das elitäre Berufsverständnis war unüberhörbar, bildete jedoch nur die für die Verbandsöffentlichkeit bestimmte Begleitmusik zur Auswechslung der GDA-Führung und hatte nichts mit einer etwaigen, in der ›Gleichschaltung‹ zum Ausdruck kommenden sektoralen Verschiebung der Gewichte zwischen den Berufsgruppen im GDA zu tun.

V. ÜBERLÄUFER ZUR NSDAP AUS DEM GDA

»Braune Gewerkschafter«

Es ist kennzeichnend für die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Überläufern zum Nationalsozialismus aus den gewerkschaftlichen Lagern, dass sie einzelne Führungspersonen in den Mittelpunkt stellt. Denn es waren nicht viele, die vom Vertrauen der Mitglieder getragene Stufe um Stufe die Organisationsleiter erklommen hatten und sich später von diesen Organisationsmilieus abwandten, die allerwenigsten im freigewerkschaftlichen Lager. Am Beispiel von Emil Kloth, dem ehemaligen, sehr eigenwilligen Verbandsvorsitzenden der freigewerkschaftlichen Buchbinder, ist erst jüngst dieser »Ablösungsprozess eines gewählten Gewerkschaftsführers von seinem demokratisch-proletarischen Umfeld« beschrieben worden.²⁷⁴ Als Nazi-Überläufer aus dem freigewerkschaftlichen Lager wird vorzugsweise eine zweite Gruppe von einzelnen bislang bekannt gewordenen, zumeist akademisch gebildeten Überwechslern gekennzeichnet, die aus dem engeren Umfeld des ADGB-Bundesvorstands, nicht aus dem Funktionärskader²⁷⁵, stammen und die seit dem 30. Januar

272 Der technische Angestellte 9, 1933, Nr. 5 (Mai), S. 53. Vgl. ebd. 8, 1932, Nr. 12 (Dezember), S. 97.

273 Der technische Angestellte 8, 1932, Nr. 6 (Juni), S. 57. Otto Schmidt unterstützte dies in seinem Aufruf, in: ebd., S. 58.

274 Rüdiger Zimmermann, Emil Kloth (1864–1943). Vom marxistischen Gewerkschaftsvorsitzenden zum bekennenden Nazi, Berlin 2014; darin einleitend eine knappe Verortung Kloths, S. 10ff. (Zitat: S. 12).

275 Als prominentester ADGB-Angestellter hatte der Leiter der ADGB-Bundesschule in Bernau, Hermann Seelbach, am 25. April 1933 schriftlich seinen Austritt aus der SPD erklärt und sich

1933 in ihren Äußerungen als Protagonisten eines Anpassungskurses hervorgetreten waren.²⁷⁶

»[Clemens] Nörpel gehörte zu einer Gruppe jüngerer Gewerkschaftssekretäre in der Zentrale des ADGB, die eine Öffnung nach rechts vorantrieben. Gemeinsam war dieser Gruppe die Kriegserfahrung als Frontsoldat und die daraus resultierende Vorstellung, im Einsatz für die Nation den Klassengegensatz überwinden zu können.«²⁷⁷

Auch der jüngere, 1903 geborene Walter Pahl bemühte den »Mythos der Frontkämpfer-Kameradschaft, die er selber gar nicht kennengelernt hatte«.²⁷⁸ Ihre Abkehr vom Marxismus und zunehmende Distanzierung von der SPD zugunsten einer pragmatischen Haltung und einer Politik der nationalen Orientierung hatten das opportunistische Ziel, »die Gewerkschaften auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten als eigenständige Organisation aufrechtzuerhalten«.²⁷⁹ Rasant vollzog sich die politische Wende Nörpels von seinen Warnungen vor den Nationalsozialisten und ihrer NSBO auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB am 22. Januar 1933, über seine Überlegungen zum Wesen der Gewerkschaften, ihrer Rechtsstellung und Rolle im Staat nach dem 30. Januar bis zur Forderung nach einer Umstellung und der Befürwortung einer staatlichen Einheitsgewerkschaft, um nach dem 5. März 1933 vollends zu kapitulieren.²⁸⁰ Trotz der Bemühungen um »die Formulierung einer nationalen Gewerkschaftsideologie, die den neuen Herrschern entgegenkommen sollte«, trotz der am 5. April betonten Bereitschaft des ADGB-Bundesausschusses zu einer sogenannten Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens und des am 28. April 1933 gebildeten »Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften« bleibt mit Gerhard Beier für eine Gesamtbewertung festzuhalten, dass doch die »letzte Entwürdigung des ADGB-Vorstandes, seine Transformation in einen Klub der ›Märzgefallenen« nicht stattgefunden hat.²⁸¹

Galt für die engagierten freigewerkschaftlichen Aktivisten »auch im Frühjahr 1933 nur schärfste Opposition«, so gab es auch, gerade an den Rändern des gewerkschaftlichen Milieus, die »Gewerkschaftssekretäre, die ihre bisherige Tätigkeit als unpolitisch interpre-

als NSDAP-Überläufer bekannt. Vgl. *Beier*, Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, S. 381. Besonders bekannt geworden sind außerdem Clemens Nörpel, Gewerkschaftssekretär beim Bundesvorstand des ADGB, der viele Jahre später, am 13. Februar 1941, seine Aufnahme in die NSDAP beantragte, sowie Walther Pahl, Mitarbeiter beim Bundesvorstand. Genannt wird ein ehemaliger Geschäftsführer des Bundes der technischen Angestellten und Beamten als eines der ganz wenigen Beispiele aus den früheren AfA-Verbänden bei: *Ursula Bitzegeio*, Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, Bonn 2009, S. 166f.

276 Vgl. *Beier*, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, S. 25ff., 30f., 34f. und 38–43; *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 67f. und 88f.

277 *Karsten Linne*, Von Leipart zu Ley: Clemens Nörpel. Ein Dokument aus dem Jahr 1940, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 3, 1988, H. 4, S. 92–104, hier: S. 93. Für weitere Mitglieder dieser keineswegs geschlossenen Gruppe vgl. ebd., S. 94.

278 *Karsten Linne*, »Wettkampf um Rohstoffe«. Walter Pahl – Eine Gewerkschafter-Karriere, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 5, 1990, H. 3, S. 39–55, hier: S. 45. Ebd. S. 45, Anm. 28, werden ebenfalls weitere Namen genannt.

279 Vgl. *Linne*, »Wettkampf um Rohstoffe«, S. 42ff., Zitat: S. 44. Diese Zweck-(-Rettung der Organisation-)-Mittel-(-ideologische Anpassung-)-Relation bei Pahl wird ebenso gesehen bei: *Thomas Köcher*, »Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft arbeiten!«? Die Auseinandersetzung des DGB mit dem Nationalsozialismus in den 50er und 60er Jahren, Münster 2004, S. 64 (dort zu Pahl S. 64–69).

280 Vgl. *Linne*, Von Leipart zu Ley: Clemens Nörpel, S. 94f.

281 *Beier*, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, S. 25 und 31; vgl. auch *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 68 und 88f.

tierten«. ²⁸² Hier mussten sich am ehesten die »Resignation angesichts eines als übermächtig erscheinenden Gegners, dem die Massen zuströmten«, und das »Klima allgemeiner Bedrohung und Verängstigung« durch die in aller Öffentlichkeit begangenen Gewalttaten von SA und SS auswirken. Darüber hinaus zeigte dies der Arbeiterbewegung, »daß sie nicht auf den Schutz des Staates rechnen konnte«, was »gewiß zermürend und deprimierend auf die Funktionäre der Arbeiterorganisationen gewirkt« hat. ²⁸³ In diesem dilemmatischen Handlungsrahmen benennt Michael Schneider ein Spektrum von subjektiven und objektiven Beweggründen für ein Überwechseln von Gewerkschaftsfunktionären, »von denen im übrigen nur einzelne ihre Entlassung zu verhindern versuchten, indem sie sich – getreu vorherigen politischen Grundanschauungen oder aus Opportunismus, aus neugewonnener Überzeugung oder aus sozialer Not – zum Nationalsozialismus bekannten«. Eine Mitgliedschaft sagt mithin wenig über die Eintrittsmotive aus, und »kann kaum eindeutig als Akt der freiwilligen Zustimmung gedeutet werden«. ²⁸⁴

»Braune Gewerkschafter« im GDA

»Auch in meiner Gewerkschaft sind Nazi.« ²⁸⁵ Bei diesem Bekenntnis ließ Gustav Schneider das Ausmaß der Unterwanderung des GDA offen, und es blieb sowohl unter den Beteiligten wie den Beobachtern umstritten, teilweise aus durchsichtigen verbands- und tagespolitischen Gründen. Von rechts und links politisch in die Zange genommen, setzte sich der Redakteur Max John Anfang 1932 in der GDA-Zeitschrift auf der einen Seite mit dem Vorwurf des goebbelsschen »Angriff« auseinander, der nationalsozialistischen Bewegung feindlich gegenüberzustehen, und auf anderen Seite mit dem Vorwurf des freigewerkschaftlichen ZdA, »ins nationalsozialistische Fahrwasser geraten« zu sein. Konkret hierzu erfolgte des Weiteren in derselben Ausgabe eine Zurückweisung der in der »Welt am Montag« veröffentlichten »unsinnigen Behauptung«, »daß 80 bis 85 Prozent der GDA-Mitglieder zu Anhängern Hitlers geworden sind«. ²⁸⁶

Während sich genauere Schätzwerte in GDA-Dokumenten nicht finden lassen ²⁸⁷, behauptet Hans Speier, sich dabei ohne nähere Quellenangabe auf eine »Mitteilung des GdA an den Verfasser im Jahre 1932« berufend, folgende Verhältniszahlen:

»Es ist übrigens höchst beachtlich, wie weitgehend auch der GDA, den man gewöhnlich als demokratisch, d. h. der DDP nahestehend, anzusehen pflegte, bereits im Jahre 1931 vom Nationalsozialismus eingefangen war. Nach einer Erhebung des GdA waren von rund 1000 Mitarbeitern schon damals etwa ein Drittel Nationalsozialisten, rund ein Drittel waren angeblich Sozialdemokraten und der Rest verteilte sich auf andere Parteien. Vermutlich war in den letzten Wahlen der Weimarer

282 Ebd., S. 78; *Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann*, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945, Bonn 1995, S. 229.

283 *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 46 und 65 sowie S. 49 und 74.

284 Ebd., S. 169 (Überwechsler, dabei Verweis auf die Aufsätze Linnes), S. 785 sowie 842 (geringe Zahl der Überläufer) und S. 757 (Zustimmung).

285 Linksliberalismus in der Weimarer Republik, S. 677.

286 Vgl. GDA 13, 1932, Nr. 2 (1. Februar), S. 26ff. »Die Welt am Montag« war eine Publikumszeitschrift des ZdA.

287 Die große statistische Erhebung unter den Mitgliedern des GDA von 1929 fragte unter anderem nach den monatlichen Gehaltsabzügen für die gewerkschaftliche Organisation einerseits und die politische Organisation andererseits. Die Antwort auf diese Frage, aus der möglicherweise die Stärke einer Parteibindung in der Mitgliedschaft hätte herausgelesen werden können, wurde nicht veröffentlicht. Vgl. GDA-Erhebung von 1929, S. 21; vgl. *Richard F. Hamilton*, Who Voted for Hitler?, Princeton 1982, S. 507, Anm. 29.

Republik der Anteil der Angestellten im DHV, GdA und bei den Unorganisierten an den Nazi-Stimmen noch beträchtlich höher als die Schätzungen von 1930 und 1931 andeuten.«²⁸⁸

Dem widerspricht die Einschätzung Rudolf Küstermeiers, einem führenden Mitglied des in Reaktion auf den »Preußenschlag« im Herbst 1932 von sozialistischen Studenten an der Berliner Universität gegründeten »Roten Stoßtrupps«, der bald nach dem 30. Januar 1933 Zulauf von jüngeren Sozialdemokraten erhielt:

»Innerhalb des GDA geht die politische Front von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten. Dabei ist die Leitung des Verbandes nach wie vor demokratisch-staatsparteilich eingestellt, während die Mitglieder in zunehmendem Maße sozialistischen Anschauungen zuneigen. Der nationalsozialistische Einfluß ist relativ gering geblieben.«²⁸⁹

Die Behauptung einer nationalsozialistischen Infiltrierung des GDA ist in der wissenschaftlichen Nachkriegsliteratur unkritisch übernommen worden. Nach Hans-Gerd Schumann war der GDA 1933 »weitgehend von NS-Angehörigen durchsetzt«²⁹⁰, wobei er sich auf Peter Gays Dissertation über Eduard Bernstein bezieht, der allerdings nur »viele Nationalsozialisten« im GDA »organisiert« sah und keine Quelle dafür anzugeben wusste, beziehungsweise der bei Gay angegebene und oben schon zitierte Küstermeier sagt wortwörtlich das Gegenteil.²⁹¹ Im Fortgang der Diskussion hat Volker Kratzenberg, nachdem Richard Hamilton schon auf die spätere Fehlinterpretation der Einschätzung Küstermeiers hingewiesen hatte²⁹², eine Untersuchung des Sachstandes »auf breiter Basis« gefordert.²⁹³ Dieses Anliegen wird aber nicht sonderlich dadurch gefördert, dass er die vage Behauptung Gunther Mais verbreitet, das recht heterogene Potenzial nationaler Arbeitnehmer in der NSBO sei möglicherweise durch »die in DHV und GdA geschulten Angestellten« stabilisiert worden.²⁹⁴ Angesichts dessen ist es nämlich unbefriedigend, wenn in einer neueren, für einen breiten Leserkreis gedachten Gesamtdarstellung festgestellt wird, dass der GDA »mittlerweile jedoch wie der DHV von Nationalsozialisten unterwandert« gewesen

288 *Speier*, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 119 (Zitat) und vgl. S. 185, Anm. 27. Bei seiner Befragung durch Michael Prinz bekräftigte Hans Speier die Angabe aus seinem Buch. Er sei »selbst schockiert« gewesen, »als man mir im GdA sagte, daß ein Drittel der Funktionäre Nazis seien. Das beruhte damals, so wurde mir mitgeteilt, auf einer Umfrage. Immerhin, man kann natürlich auch sagen: nur ein Drittel«. *Michael Prinz*, Angestellte und Nationalsozialismus. Ein Gespräch mit Hans Speier, in: GG 15, 1989, S. 552–562, hier: S. 560.

289 *Rudolf Küstermeier*, Die Mittelschichten und ihr politischer Weg, Potsdam 1933, S. 45. Küstermeiers Arbeit erschien als Heft 4 der »Sozialistischen Aktion«, einer Schriftenreihe der Neuen Blätter für den Sozialismus. Vgl. *Heinrich August Winkler*, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, 2., vollst. durchges. u. korrig. Aufl., Berlin/Bonn 1988, S. 658ff. Zum »Roten Stoßtrupp« im Jahre 1933 vgl. *Winkler*, Der Weg in die Katastrophe, S. 912, und *Schneider*, Unterm Hakenkreuz, S. 837f.

290 *Schumann*, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 57. Vgl. auch *Kocka*, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie, S. 317.

291 *Peter Gay*, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1954, S. 264.

292 Vgl. *Hamilton*, Who Voted for Hitler?, S. 15, ohne allerdings die Behauptung Küstermeyers zu teilen. Kritisch zu Küstermeier auch *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 154, Anm. 212.

293 *Kratzenberg*, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler?, S. 262. Dabei weist er zu Recht (S. 328, Anm. 56) auf Priamus hin, der Kratzenberg zufolge »beklagt, daß die Thesen zum Eindringen des Nationalsozialismus in den GDA »[...] weder aufgrund breitgefächerter zeitgenössischer Aussagen noch gar quantitativ« belegt und präzisiert werden können.« Zitat im Zitat: *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 205. Trotz dieser Skrupel hat Priamus an mehreren Stellen dieser schwach fundierten These Vorschub geleistet.

294 *Mai*, Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, S. 605, angeführt bei *Kratzenberg*, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler?, S. 263.

sei.²⁹⁵ Diese Behauptungen haben darüber hinaus in die umfangreiche Diskussion zur Soziologie der Wählerschaft der NSDAP hineingespielt, sobald nach Belegen für eine diesbezüglich unter- oder überdurchschnittliche Affinität der Angestellten gesucht wurde.²⁹⁶ Eingedenk der »sozialen Spannweite der Angestelltenkategorie« und »drei nahezu gleichgroße[r] Angestelltengewerkschaften mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung« konnte in dieser Frage erst die historische Wahlforschung mit ihrem empirisch-quantitativen Instrumentarium einige Grundtatsachen feststellen. So hat Jürgen Falter für die Märzwahl 1933, bezogen auf alle wahlberechtigten Angestellten, einen Anteil NSDAP wählender Angestellter von durchschnittlich 35% errechnet, wobei die Spanne zwischen katholischen und nichtkatholischen Angestellten mit 39 beziehungsweise 31% relativ weit auseinanderklafft.²⁹⁷ Wie sich diese Anteile aus den zu knapp zwei Dritteln unorganisierten und aus den zu einem guten Drittel in drei unterschiedlichen Gewerkschaftsrichtungen organisierten Angestellten zusammensetzen²⁹⁸, ist eine offene Frage. Da im Folgenden eine Affinität an der Mitgliedschaft gemessen werden soll, die im Allgemeinen ein höheres persönliches Engagement voraussetzt, muss die adäquate Vergleichsgröße aus dem Anteil der Angestellten an den NSDAP-Mitgliedern ermittelt werden. Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, dass die sogenannte Neue Mittelschicht, das heißt der Angestellten und Beamten, innerhalb der NSDAP im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil über 18 Jahren in nahezu allen Untersuchungsperioden überrepräsentiert war und ihr Anteil in der sogenannten Machtergreifungsphase noch anstieg²⁹⁹, wobei die überdurchschnittlich große Bereitschaft der Angestellten, sich politischen Parteien anzuschließen, nur einen Erklärungsfaktor darstellen kann. Empirisch festgestellt, war in der sogenannten Machtergreifungspha-

295 Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, S. 121.

296 Vgl. etwa die Diskussionen bei Kocka, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie, S. 316ff.; Priamus, Angestellte und Demokratie, S. 197ff.; Kocka, Die Angestellten in der deutschen Geschichte, S. 156–168; Richard Hamilton, Die soziale Basis des Nationalsozialismus. Eine kritische Betrachtung, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert, Göttingen 1981, S. 354–375, insb. S. 365–369; Hamilton, Who Voted for Hitler?, S. 55–60; Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen, S. 77–85, sowie ders., »Ein Bilderbuchverhalten an Mäßigung«? – Kritische Fragen zu den Angestellten in Weimar, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17, 1988, S. 83–106, insb. S. 93–106; Friedrich Lenger, Mittelstand und Nationalsozialismus? Zur politischen Orientierung von Handwerkern und Angestellten in der Endphase der Weimarer Republik, in: AfS 29, 1989, S. 173–198, insb. 184–198.

297 Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, insb. S. 230–242 (Zitate: S. 240). Dort auch weitere Literaturangaben.

298 Nach Hans Speier waren »in den drei großen Gewerkschaftsrichtungen« noch Ende 1931 »etwa 37% der Angestellten« organisiert. Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 146. Childers geht für 1933 von rund einem Drittel aus. Vgl. Thomas Childers, National Socialism and the New Middle Class, in: Reinhard Mann (Hrsg.), Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegung, Stuttgart 1980, S. 19–33, hier: S. 20.

299 Den Zeitraum von 1925–32 betrachtet und anhand einer sehr großen Stichprobe (N = 39.812) errechnet, stammten 21% der Neumitglieder aus der Neuen Mittelschicht bei einem Zensusanteil (1925) von 11%. Vgl. William Brustein/Jürgen W. Falter, The Sociology of Nazism. An Interest-Based Account, in: Rationality and Society 6, 1994, S. 369–399, hier: S. 383f.; vgl. auch dies., Who Joined the Nazi Party. Assessing Theories of the Social Origins of Nazism, in: Zeitgeschichte 22, 1995, S. 83–108, hier: S. 92. Peter Manstein hat die bis Ende der 1980er-Jahre erschienenen empirischen Untersuchungen, darunter die von James Paul Madden und Michael Kater, zur schichtmäßigen Zusammensetzung der NSDAP von 1919 bis 1932 gesichtet. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, 3., erg. Aufl., Frankfurt am Main/Bern etc. 1990, S. 102–142, speziell zu den Angestellten S. 126f., 132f. und 138f.

se seit Februar 1933 der Anteil unterer und mittlerer Angestellter an den NSDAP-Neumitgliedern von zuvor 13,6 auf 14,9% angestiegen, der Anteil der Angehörigen des unteren und mittleren öffentlichen Dienstes von 5,3 auf 13,2%. Die leitenden Privatangestellten verdoppelten ihren Anteil von 0,5 auf 1%, die leitenden Beamten verdreifachten ihn von 0,4 auf 1,2%.³⁰⁰ In dieses Bild passt der jüngst genauer erforschte hohe Anteil von Angestellten unter den hohen DAF-Funktionären.³⁰¹ Mit diesen Ergebnissen wären die oben genannten Behauptungen über den hohen Anteil von NSDAP-Angehörigen unter den GDA-Mitgliedern ohne Umschweife tendenziell nur kompatibel, wenn denn die GDA-Mitglieder den durchschnittlichen Angestellten repräsentieren würden.

Der Überprüfung der Durchdringungstiefe mit NSDAP-Mitgliedern auf der Verbandsvertikalen sind quellenbedingt sehr enge Grenzen gezogen. Deshalb galt unser Hauptaugenmerk dem im April 1933 amtierenden Personal der Leitungsgremien, Vorstand und Aufsichtsrat auf Reichsebene sowie den führenden Personen in den Gauen des GDA. Eine auf den Kreis der Gauleitungen erweiterte Analyse ist schon deshalb angezeigt, weil der Aufsichtsrat nicht zuletzt als Kontrollorgan der Gauen verstanden wurde, für dessen Besetzung die GDA-Satzung einen regionalen Schlüssel unter besonderer Berücksichtigung Berlins vorsah. Entgegen der Sollbestimmung der Satzung war gut die Hälfte der von den Gauen zu stellenden Aufsichtsratsmitglieder Gauvorsteher, eine Vertretung durch die hauptamtlichen Gaugeschäftsführer, bei denen die eigentliche Gauführung lag,³⁰² verbot die Satzung jedoch ausdrücklich.³⁰³ Beide Personengruppen konnten für 1933 aus GDA-Publikationen vollständig erfasst werden.³⁰⁴ In Bezug auf die Überläufer zur NSDAP

- 300 Zahlen nach *Jürgen W. Falter*, Die »Märzgefallenen« von 1933. Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft während der Machtergreifungsphase, in: *ders.*, Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und Mitgliedern der NSDAP, Köln 2013, S. 280–302, hier: S. 301 (Tabelle 4). Hierbei handelt es sich um einen überarbeiteten gleichnamigen Aufsatz, in: GG 24, 1998, S. 595–616. Unterschieden nach Männern und Frauen, aber Angestellte und Beamte zusammengenommen, ergibt sich bei den Männern ein Zuwachs von 21% in der Vorphase auf 29% bei einem Anteil nach der Berufs- und Volkszählung 1933 von nur 16%. Der Frauenanteil unter den Angestellten und Beamten steigt von 24 auf 50% bei einem Anteil nach der Berufs- und Volkszählung von nur 6% und drückt den Anteil der Berufslosen (zumeist Hausfrauen) von 49 auf 31%. Zahlen nach ebd., S. 297 (Tabelle 3).
- 301 *Rüdiger Hachtmann*, Kleinbürgerlicher Schmerbauch und breite bürgerliche Brust. Zur sozialen Zusammensetzung der Führungselite der Deutschen Arbeitsfront, in: *Ursula Bützegeio/Anja Kruke/Meik Woyke* (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaft, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 233–257.
- 302 Ihre Bedeutung wird zum Beispiel dadurch unterstrichen, dass sie zur 14. Reichsausschusstagung des Gewerkschaftsrings am 10. Februar 1933 in Berlin hinzugezogen wurden. Der Quelle ist wörtlich zu entnehmen, dass »auch sämtliche Gauleiter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten teilnahmen«. Gewerkschaftlicher Presse-Dienst, B 11/33, 14.2.1933. Vgl. zur Tagung Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Februar 1933, Nr. 2, S. 54. Diese Tagung ist nicht zu verwechseln mit der nicht institutionalisierten Reichskonferenz des GDA, an der die »leitenden Körperschaften«, das heißt Vorstand und Aufsichtsrat, teilnahmen. Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, März 1933, Nr. 3, S. 73.
- 303 Nach § 20 Abs. 1 und 2 der Satzung waren 6 Mitglieder zu wählen, die in Berlin oder Umgebung ihren Wohnsitz haben mussten und den geschäftsführenden Ausschuss bildeten. Vgl. außerdem Satzung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, § 20 Abs. 4 und Abs. 1 der Satzung vom 22. Januar 1933; vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 227.
- 304 Die Angaben wurden zumeist den Ankündigungen der Gautage in den letzten Jahrgängen der GDA-Zeitschrift entnommen. Die vom Verfasser erstellte Personendatenbank enthält außerdem zwei stellv. Gauvorsteher, einen Gaugeschäftsführer und eine Gaugeschäftsführerin sowie Geschäftsführer und Vorsteher des Saarbezirks, das Teil des Gaus Württemberg und Hohenzollern war.

kommt der Gauebene auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil – wie oben gezeigt – Mitte April 1933 mit Hinweis auf veränderte politische Affiliationen in der Mitgliedschaft eine Umbildung des Aufsichtsrats durch NSDAP-Mitglieder aus den GDA-Gauen vorgenommen wurde. Obwohl die neu eingewechselten Gauvertreter aus dem Personenkreis unterhalb der Gauvorstände stammen konnten und nach der Satzung ja auch sollten, bilden der Anteil von NSDAP-Mitgliedern in den Gauspitzen und deren Eintrittsdatum – auch im Vergleich mit den entsprechenden Daten aller bekannten, bis Mitte April 1933 amtierenden alten Aufsichtsräte – ein ganz zentrales Indiz für die Reichweite einer Unterwanderung des GDA durch die NSDAP bis hin zu den Führungsebenen.

Tabelle 3: Die GDA-Ämter des erfassten Führungspersonals bis 1933

250 GDA-Ämter, verteilt auf 211 Haupt- und Ehrenamtliche											
	Vorstand	Aufsichtsrat	Gauspitzen	Reichsfachgruppenleitung	Bezirksspitze	Ortsvorstände	Ortsbezirksvorstände	Redakteure	GDA-Unternehmen	DAK-Vorstand	Gesamt
Ämterzahl	12	37	40	29	2	75	33	5	14	3	211
in %	6	18	19	14	1	36	16	2	7	1	100

Quelle: Am vollständigsten ist die personelle Zusammensetzung der leitenden Körperschaften für Anfang 1931 wiedergegeben in den Berichten des Gewerkschaftsbundes der Angestellten über das Arbeitsjahr 1930 beziehungsweise 1931, erstattet vom Bundesvorstand, Berlin-Zehlendorf 1931 und 1932, S. 57f. und 52ff. Hierauf bezieht sich auszugsweise *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 112f. Von den bis April 1933 Ausgeschiedenen war das Vorstandsmitglied Josef Reif wohl am bekanntesten.

Erfasst wurden insgesamt 232 Amtsträger, Angestellte und Mitglieder des GDA, unter ihnen 21 Personen, die erst mit der nationalsozialistischen ›Gleichschaltung‹ Karriere machten und Vorstands- und Aufsichtsratsposten erhielten. Viele führende Funktionäre hatten mehrere Ämter inne, waren zum großen Teil erst aufgrund dieser Ämter in die Führungsgremien gelangt. Von den 211 Personen der vorstehenden Tabelle 3 bekleideten 78, das heißt 37%, die 89 (= 43%) ermittelten Positionen an der Spitze des Verbands in Vorstand und Aufsichtsrat sowie in den Gauen. Diese Zahl der Mitglieder des weiteren Führungskreises des GDA reduziert sich noch geringfügig durch die Identifikation derjenigen, die noch zum Zeitpunkt der ›Gleichschaltung‹ diese Leitungsposten innehatten. Hierdurch werden die letzten Stellenumsetzungen berücksichtigt, insbesondere die personellen Wechsel, welche seit der letzten Wahl von Vorstand und Aufsichtsrat durch den GDA-Bundestag im September 1930 – wenn auch in geringer Zahl – stattgefunden hatten.

Weil die Geburtsdaten als bestes Identifikationsmerkmal nur im Ausnahmefall bekannt waren, war die Überprüfung auf Mitgliedschaft in der NSDAP anhand der überlieferten Mitgliederkarteien des ehemaligen Berlin Document Center (BDC) im heutigen Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde mühsam und zeitaufwendig. Ersatzweise waren in vielen Fällen die Wohnanschriften und nicht selten auch die Berufe aus Schriften und Dokumenten des GDA zu ermitteln³⁰⁵, die mit den Angaben der örtlichen Adressbücher abgeglichen wurden. Mit diesen Hilfsmitteln konnten aus dem Kreis der zuletzt amtierenden Vorstände, Aufsichtsräte und Gauspitzen alle bis auf einen Gauvorsteher mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit beziehungsweise sogar Gewissheit als Parteimitglieder identifiziert oder ihr Übertritt zur NSDAP mit – wegen der Karteilücken – fast gleichhoher Wahrscheinlichkeit

305 Wegen fehlender Geburtsdaten wurde auf Altersvergleiche verzichtet. Die Namen und Adressen der 1930 gewählten Aufsichtsratsmitglieder wurden veröffentlicht in: GDA 11, 1930, Nr. 20 (16. Oktober), S. 248.

ausgeschlossen werden (vgl. Tabelle 4).³⁰⁶ Die Ausnahme bildete der erwähnte Gauvorsteher, der aufgrund der Daten nur möglicherweise – die unterste Stufe positiver Identifikation mit relativ schwachen Belegen für eine Mitgliedschaft – in der NSDAP-Kartei identifiziert werden konnte.³⁰⁷ Ein wenig schlechter ist das Ermittlungsergebnis für die weiteren Funktionsträger in den Leitungsgremien der Fachgruppen, der GDA-Unternehmen sowie der Redakteure, deren Namen sich bei der Recherche fanden und selbstverständlich weder vollständig noch repräsentativ für die jeweilige Gruppe sind. Ausnahmen bilden die Reichsleitungen der Behörden- sowie der Rechtsanwaltsangestellten, zwei GDA-Fachgruppen, die noch am ehesten vollständig erfasst wurden. Unsichere, unklare Daten beeinträchtigen ebenfalls die Ermittlungsquote bei den Vorstehern der Ortsbezirksvorstände der Ortsgruppe Berlin, was bei der Präsentation der Ergebnisse berücksichtigt wird.

Wie verteilen sich die Überläufer zur NSDAP auf die bis Mitte April 1933 amtierenden Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie auf die Führungsgruppen in den Gauen? Die Unterschiede im Beitrittsverhalten der Mitglieder der Leitungsgremien und der Gauspitzen treten deutlich hervor, wenn man die Vertreter der Gaue im Aufsichtsrat gesondert betrachtet sowie nach ihrem Gauamt unterscheidet und mit den übrigen Gauvorstehern und den Gaugeschäftsführern vergleicht. Von den Gauvorstehern im Aufsichtsrat hatten vier und von den Gauvorstehern ohne Sitz im Aufsichtsrat fünf zum 1. Mai 1933 NSDAP-

306 Nur andeutungsweise kann hier die lückenhafte Überlieferung der NSDAP-Zentralkartei angesprochen werden. Von den frühen BDC-Angaben über George C. Browder, James Paul Madden und Michael Kater bis Jürgen Falter schwankt die »Fehlquote« aufgrund einer systematischen Beschädigung 1945 (und in geringerem Umfang danach) faktisch zwischen 5 und 20%, wobei Madden einen Eindruck davon vermittelt, wie unterschiedlich sich dies auf die Personenrecherche in den seitdem nach Namen sortierten Karteien auswirken kann. Zum Beispiel wurden Anfang der 1970er-Jahre auf eine Suchanfrage Browders hin nur 2 von 90 als Parteimitglieder und SS-Offiziere bekannte Personen nicht im Gesamtbestand der Zentralkartei gefunden. Hingegen konnte der Verfasser von 34 aus den Akten des früheren Gau-Archivs der NSDAP bekannten Politischen Leitern, die 1933 und unmittelbar davor auf Ortsgruppenebene in Ostpreußen aktiv waren, 7 weder in der Orts- noch in der Zentralkartei ermitteln. Diese beachtliche »Fehlquote« von 20%, die aber auch in mangelhaften Basisdaten begründet ist, konnte allerdings durch weitere personenbezogene Bestände des Bundesarchivs auf 4 Personen = 12% reduziert werden. Zuletzt ausführlich zur Geschichte des Bestandes, dessen Verlust auf 20% geschätzt wird, *Heinz Fehlauer*, NS-Unterlagen aus dem Berlin Document Center und die Debatte um ehemalige NSDAP-Mitgliedschaften, in: *Historical Social Research* 35, 2010, H. 3, S. 22–35. Vgl. *James Paul Madden*, *The Social Composition of the Nazi Party, 1919–1930*, Diss., Oklahoma 1976, S. 310f.; *George C. Browder*, *Problems and Potentials of the Berlin Document Center*, in: *CEH* 5, 1972, S. 362–380, hier: S. 366, Anm. 6 und S. 368, Anm. 8.

307 Der Entscheidungsspielraum für die Einstufung in die Kategorien kann hier nur beispielhaft abgesteckt werden. Zur Abstufung der Kategorien einer sicheren, einer sehr wahrscheinlichen beziehungsweise einer möglichen Identifizierung einerseits und einer dreistufigen Inkompatibilität der Personendaten andererseits auf Basis der NSDAP-Mitgliederkarteien wurde nach folgender Grundregel mit großer Sorgfalt verfahren: Dem Geburtsdatum gleichwertig für eine eindeutige, sichere Identifikation war in der Mitgliederkartei regelmäßig eine bekannte zeitgleiche Anschrift in Kombination mit dem Alter und der Berufsangabe. Unter bestimmten Bedingungen konnte auch eine andere einzige, aber eindeutige Angabe wie die des Berufs »Gaulleiter« ausreichen, während eine »sehr wahrscheinliche« Identifikation diese Eindeutigkeit nicht besitzt. »Kaufmann« reichte dagegen nicht, sodass zum Beispiel ein einzelner Gauvorsteher mit nicht aufzuklärender Anschrift nur »möglicherweise« unter drei namensgleichen ortsansässigen Personen vermutet wird. Denn weder sind die Daten in diesem Fall inkompatibel noch sind sie so unklar, dass sie nicht sozusagen »gegen den Gauvorsteher verwandt« werden sollten.

Tabelle 4: NSDAP-Überläufer aus dem engeren GDA-Führungskreis

Nichteintritte und »Märzgefallene«: Vorstand, Aufsichtsrat, Gauspitzen							
Beitritt zur NSDAP	Vorstand ¹	Aufsichtsratsmitglieder			Gauvorsteher ohne AR-Amt	Gaugeschäftsführer	Gauspitzen ²
		ohne Gauvertretung	mit Gauvertretung				
			ohne ...	mit Gauvorsitz			
vor dem 1.5.1933	–	–	–	–	–	–	1
1.5.1933	1	–	1	4	5	8	18
nach dem 1.5.1933	–	2	1		–	1	1
Nichteintritte	10	7	10	6*	4	9	20
Summe	11	9	12	10	9	18	40

1 seit Ende 1932 ohne Josef Reif, der am 6.5.1933 verstarb, das heißt 11 statt 12
2 soweit bekannt, das heißt Gauvorsteher und Gau-GFs plus 2 stellv. Gauvorsteher, 1 Gaukassierer und 1 Gauschriftführerin
* darunter ein stellvertretender Gauvorsteher

Aufnahmeanträge gestellt³⁰⁸, ebenso acht von den 18 hauptamtlichen Gaugeschäftsführern; ein weiterer tat diesen Schritt am 28. März 1936.³⁰⁹ Was diese Ehren- und Hauptamtlichen zum Beitritt bewog oder nicht, lässt sich leider für die meisten nicht aus ihren bekannten Lebensverläufen zweifelsfrei erschließen. Es gibt nur bruchstückhafte biografische Angaben, die großenteils aus NS-Personalunterlagen stammen.³¹⁰ Doch es handelt sich hier nicht um einfache beitriftswillige GDA-Mitglieder, nicht um unbeschriebene Blätter, sondern um gestandene Verbandsfunktionäre, die schon länger im Amt waren und deren Arbeit und Leben ganz andere Anhaltspunkte zur Erklärung bietet. Hier zeigt sich zunächst einmal, dass von den bekannten 14 Parlamentskandidaten (aus Tabelle 1) nur drei (Bierwirth, Kunert (AR), Streubel) mit ihrem Schritt den bisherigen parteipolitischen Grundkonsens aufkündigten, der die NSDAP bis dato negativ ausgegrenzt hatte. Was die These einer Unterwanderung beziehungsweise Infiltrierung des GDA betrifft, welche im Mai 1933 schließlich die Führungsebene der Gaue erreicht und zu einer sogenannten Gleichschaltung ›von unten‹ geführt habe, so kommt der 1. Mai 1933 als Stichtag für eine Bestätigung dieser These viel zu spät. Denn weder aus Vorstand und Aufsichtsrat noch von den Gauleitern und Gauvorstehern ist jemand zum 1. April, als der Kursschwenk der

308 Johann Axer, Vorsteher des Gaues Rheinland-Westfalen, wird fälschlicherweise im Mai 1933 in der Lokalpresse als Pg. bezeichnet. Dies ist ausgeschlossen, nicht nur weil er nicht in der NSDAP-Mitgliederkartei ermittelt werden konnte, sondern auch weil er seinen Sitz im Verwaltungsrat der RfA verlor, den er durch Angabe einer NSDAP-Mitgliedschaft in seinem Fragebogen möglicherweise hätte retten können. Stattdessen nannte er dort am 6. Juni 1933 seine frühere Mitgliedschaft in der DDP, von der er 1931 zur DVP bis zu ihrer Auflösung wechselte. Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, BArch Berlin, R 112, Nr. 163, Bd. 2, Bl. 74.

309 Ernst Kuhn, der Geschäftsführer des Gaues »Freie Stadt Danzig«, der am 1. Juni 1933 zwar DAF-Mitglied wurde, aber als Hausverwalter arbeitete, sollte zum 1. Mai 1936 in die NSDAP aufgenommen werden. Das zuständige Kreisgericht lehnte die Aufnahme mit Beschluss v. 30.7.37 nach § 3 Abs. 2 der Parteisatzung ab. BArch (ehem. BDC), NSDAP-Mitgliederkartei 3200, sowie PK, Kuhn, Ernst, 11.1.1880.

310 Ein methodisch ausgefeilter biografischer Ansatz, vergleichbar mit den Pionierarbeiten von Theodore Abel und Peter H. Merkl, greift hier nicht. Zu den vielfältigen individuellen Beitrittsmotiven vgl. die Diskussion anhand der Norheim-Studie von William Sheridan Allen bei: Falter, Die »Märzgefallenen« von 1933, S. 281.

GDA-Führung nach den Märzahlen erste Wirkung hätte zeigen können, oder früher in die NSDAP eingetreten. Dieser Kursschwenk war auch nicht Folge eines tief greifenden innerverbandlichen Gesinnungswandels und politischen Anpassungsdrucks aus den Untergliederungen, was weiter unten noch an zwei Gruppen von Ortsvorstehern gezeigt werden wird, sondern dem Gleichschaltungsdruck von außen und der staatlich-polizeilichen Einschränkung der politischen Bewegungsfreiheit gab man nach.

Da niemand zum Beitritt gezwungen wurde, bleibt trotzdem die Frage, was die relativ große Zahl von Führungspersonen in den Gauen veranlasste, zum 1. Mai ihre Aufnahme in die NSDAP zu beantragen. War dafür die nationalsozialistische Übernahmestrategie mitverantwortlich, die offensichtlich auch regional ansetzte, indem die Gauführungen intensiv umworben und zum Eintritt gedrängt wurden, worauf der GDA Mitte April mit der Ergänzung des Aufsichtsrats durch NS-Vertreter aus den Gauen zu reagieren versuchte? Eine neu gewonnene Überzeugung, zu der sich der stellvertretende Vorsteher des Gaus Ostmark, Paul Funk, schon seit dem 1. November 1932 bekannte, war es offenbar nur bei wenigen: neben dem schon erwähnten Brandenburgischen Gauvorsteher Bieger, der sich zunächst in den Gaubeirat zurückziehen musste, der Geschäftsführer des Gaus Rheinland-Westfalen, die beide im Laufe der späteren 1930er-Jahre Parteiangestellte wurden. Bei Max Rössiger schließlich, dem zweiten Bundesvorsteher, der bis 1936 die Abwicklung des GDA leitete, kommt zusätzlich das opportunistische Motiv dieser Gruppe zum Vorschein, ihre berufliche Position in den neuen Staat hineinzuretten.³¹¹ Dies war naheliegenderweise eng mit der Hoffnung auf Bewahrung der Organisation, wenn auch in veränderter Gestalt, verbunden, was eine Sogkraft entfalten konnte, sodass es einen Teil der in den Gauen Verantwortlichen »in die Arme« der neuen Machthaber »gezogen« haben mag, wobei man sich nicht voll darüber bewusst war, worauf man sich einließ. Dass hier neben Illusionen über die noch verbliebenen Möglichkeiten früherer demokratisch-republikanischer GDA-Beamter auch politischer Opportunismus im Spiel war³¹², dafür liefert die Reaktion der nationalsozialistischen Gegenseite auf mehrere Aufnahmeanträge entscheidende Hinweise.

Gleich drei Gaugeschäftsführern wurde die 1933 beziehungsweise 1936 (hier Danzig) beantragte Aufnahme in die NSDAP (lt. Karteikarteneintrag) verweigert.³¹³ Bei einem die-

311 Franz Mittel durchlief alsbald Schulungen der DAF im NS-Gau Pommern, avancierte 1937 in Stettin zum Gaustellenleiter der Auslands-Organisation der NSDAP und wurde SA-Mann. Rössiger bezeichnete sich als »Vorsteher des gleichgeschalteten« GDA und »Leiter der Abwicklung«; seit Oktober 1936 selbstständiger Werbeberater. BArch (ehem. BDC), PK, Mittel, Franz, 4.8.1900 beziehungsweise RKK, Rössiger, Max, 9.6.1888. Diese Einzelfälle einer NS-Beschäftigung werden durch Angaben in der Berliner Parteistatistischen Erhebung insofern bestätigt, als in 1939 nur ein früheres GDA-Reichsausschussmitglied als Parteiangestellter und von den früheren Ortsbezirksvorstehern einer führend in der DAF tätig waren.

312 Mit einigen Beispielen zu den Spielarten des Opportunismus: *Björn Weigel*, »Märzgefallene« und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: *Wolfgang Benz* (Hrsg.), *Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder*, Frankfurt am Main 2009, S. 91–109.

313 »Eine Ablehnung von Neuangemeldeten erfolgt ohne Angabe von Gründen durch den jeweiligen 1. Vorsitzenden der betreffenden Ortsgruppe in Übereinstimmung mit dem zuständigen Orts- bzw. Kreisgericht.« So § 3 Abs. 2 der Satzung. In den Erläuterungen dazu heißt es im Anschluss in einer Fußnote: »Die Mitteilung der Ablehnungsgründe an den Abgelehnten ist untersagt.« Zit. nach: Auszug aus der Satzung der N.S.D.A.P. für den Handgebrauch der Parteigerichte in der Fassung vom 1. Januar 1934, in: *Richtlinien. Auszug aus der Satzung und Geschäftsordnung für die Parteigerichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in der Fassung vom 17. Februar 1934*, hrsg. v. d. Reichsleitung der NSDAP, München o.J., S. 29–32, hier: S. 29 und 33. Die Satzung vom 22. Mai 1926, die Albrecht Tyrell zugrunde legt, wurde nur sprachlich an die neuen Regelungen der Parteigerichtsbarkeit angepasst. Vgl.

ser Fälle sind die konkreten Gründe aus der Parteikorrespondenz überliefert. Laut Beschluss des Ehrengerichts einer Leipziger Ortsgruppe hatte der Gaugeschäftsführer »Bierwirth einer Organisation des schwarz-roten Systems angehört. Dies allein genügt, um den Ausschluß aus der NSDAP. zu verfügen.« Hierzu kam es durch eine Anzeige vom 29. April 1933 gegen Bierwirths Aufnahmege-such, wonach er am 5. Dezember 1930 in einer GDA-Versammlung in Plauen dem Anzeiger erstattenden Versammlungsteilnehmer entgegen haben soll: »Das merken Sie sich, solange ich Gaugeschäftsführer bin, werde ich dafür sorgen, daß der G.D.A. nicht zum Tummelplatz des Nationalsozialismus wird. Ich will Euch eueren Windjackengeist schon austreiben.« Das Urteil des Parteigerichts lautete: »Durch dieses Verhalten hat Bierwirth seine Gegnerschaft einwandfrei erwiesen. [...] Das Ehrengericht erachtet es nicht für erforderlich Erhebungen darüber anzustellen, ob Bierwirth Jude ist oder nicht.«³¹⁴ Da keine Gründe für die Ablehnungen, welche die Parteigerichtsbarkeit nach dem 1. Mai 1933 voll beschäftigte³¹⁵, angegeben zu werden brauchten, sprechen die Vermerke vom März 1934 beziehungsweise Juli 1937 bei den beiden anderen Gaugeschäftsführern für den gleichen Ablehnungsgrund. Die Ausschlüsse eines Gauvorstehers im Februar 1934 und eines weiteren Gaugeschäftsführers im Mai 1936 lassen sich wegen ihrer zeitlichen Nähe und der Art der Karteivermerke ebenfalls so interpretieren, dass sie wegen ihrer GDA-Vergangenheit politisch in Konflikt mit den nationalsozialistischen Machthabern gerieten.³¹⁶ Politische Gründe für Ablehnungen und Ausschlüsse lieferten auch andere hochrangige GDA-Mitglieder. Ob zudem Konflikte innerhalb der Angestelltenschaft der DAF mit früheren GDA-Gewerkschaftern zusätzliche Anlässe für Aufnahmeablehnungen oder Ausschlüsse geliefert haben, muss offenbleiben.³¹⁷

Es zeigt sich an diesen Reaktionen, dass hohe GDA-Funktionäre keineswegs ohne Ansehen der Person mit offenen Armen empfangen wurden und ihnen weder ein Gesinnungswandel ohne Weiteres abgenommen wurde noch der GDA als Verband in den Nationalsozialismus hinüberzueretten war, auch nicht in veränderter Form. Dass der größere Teil der

Albrecht Tyrell, Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der »Kampfzeit«. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 136–141.

- 314 Beschluß des Ehrengerichts der NSDAP-Ortsgruppe [Leipzig-]Norden B. vom 29.9.33. Bierwirth hatte Einspruch gegen seine Aufnahmeablehnung erhoben, worauf ihm am 30. Oktober 1934 vom Obersten Parteigericht/I. mitgeteilt wurde, dass gegen »die Ablehnung der Aufnahme nach der Satzung kein Rechtsmittel zulässig [ist]«. Sein erneuter Aufnahmeantrag im November 1939, dem die nun zuständige Ortsgruppe zunächst entsprochen hatte, wurde wegen falscher Angaben und versuchter Täuschung im Juli 1941 endgültig abgelehnt. BArch (ehem. BDC), PK, Bierwirth, Emil, 28.8.1890.
- 315 Vgl. *Armin Nolzen*, Parteigerichtsbarkeit und Parteiausschlüsse in der NSDAP 1921–1945. Hans Mommsen zum 70. Geburtstag gewidmet, in: ZfG 48, 2000, S. 965–989, hier: S. 975.
- 316 Ausschlüsse konnten nötig werden, wenn die Ablehnung nicht rechtzeitig und die Aufnahme schon erfolgt war. Bei dem Württembergischen Gaugeschäftsführer Streubel wird unsere Interpretation gestützt durch seine Kandidatur für die Deutsche Staatspartei zum RT 1930. BArch (ehem. BDC), NSDAP-Mitgliederkartei 3200, Streubel, Johannes, 9.1.1888. Selbstverständlich sind nicht alle Vermerke in unserem Sample mit »As!« politisch zu interpretieren, es gab ein Vielzahl von Gründen.
- 317 Otto Schimpf, Reichsgeschäftsführer und Reichsfachgruppenleiter d. Behördenangestellten im GDA und als früherer NS-Gegner hervorgetreten (vgl. Anm. 142), wurde im Febr. 1934 abgelehnt und erst im Juli 1942 aufgenommen. Johannes Winkler, 2. Vorsitzender d. Reichsfachausschusses d. Behördenangestellten wurde im August 1935 ausgeschlossen. BArch (ehem. BDC), PK, Schimpf, Otto, 12.5.1897 sowie ebd., NSDAP-Mitgliederkartei 3200, Winkler, Johannes, 11.10.1893. Von Konflikten sind nur Spuren geblieben, wenn beispielsweise der frühere Gauvorsteher von Südbayern wohl zum 1. Mai 1933 in die Partei aufgenommen, aber die Aufnahme in die DAF verweigert wurde. Vgl. Kampfbund-Mitgliedskarteikarte, BArch (ehem. BDC), PK, Kunert, Josef, 4.10.1885.

Überläufer diese Hoffnung hegte, was durch die Verschonung von der Besetzungsaktion des 2. Mai genährt wurde, bis sie aufgrund besseren Wissens nur noch ein Verbleiben in Führungsämtern erhofften, ist der Subtext, der sich aus den letzten Verlautbarungen einzelner Gauspitzen herausinterpretieren lässt. Darin erfährt die frühere Politik des GDA seit Ende des Kriegs eine Umdeutung und Neubewertung. So wurden im letzten Geschäftsbericht des Gaus Baden-Pfalz-Saar die Ergebnisse auf den Feldern traditioneller Gewerkschaftspolitik wie Tarifpolitik, Rechtsschutz, Stellenvermittlung, Bildungswesen nicht allein als Tauziehen mit den anderen Akteuren aus der Privatwirtschaft und dem Staat gesehen, sondern zumeist außerdem als »Vorarbeit im Sinne der nationalen Revolution« und in »Verbundenheit aller schaffenden Schichten des Volkes« bewertet. Jede GDA-Berufsgruppe werde sich einordnen »in den Gesamtrahmen des ständischen Aufbaues als ein nützliches aufbauwilliges Glied«. Der GDA habe die »Bahn mit freigemacht [...] zum Wiederaufstieg unseres deutschen Volkes« und wünsche sich, »auch in Zukunft im nationalen, deutsch-sozialistischen Sinne weiter arbeiten zu können im Sinne unseres großen Führers. Unsere Arbeit wird dabei wie bisher so auch fernerhin unter dem Leitspruch stehen, daß sie sein soll: »Dienst am Volk!«³¹⁸ Programmpunkte des GDA der Weimarer Zeit, aber schon sprachlich abgeschliffen und entkernt, wie etwa, dass »der Mensch im Mittelpunkt« zu stehen habe und »an Stelle des privaten Profitstrebens [...] eine vernünftige Wirtschaftsordnung treten« müsse, oder dass »das Recht auf Arbeit und auf Mitbestimmung« als »sittliche Pflichten im Wirtschaftsleben« anzusehen seien, stehen dazu nicht mehr in offenem Kontrast, werden sie doch jetzt dem Willen untergeordnet, einen eigenen »Teil beizutragen zur Überwindung der materiellen und geistigen Not unseres Volkes«, denn dieser Wille »führte uns zusammen«.³¹⁹

Die Anpassungsbereiten hatten den GDA-Plan als Fortsetzung der »von den Vorgängerverbänden unseres GDA schon 1918« geförderten »Einigungsbestrebungen« und des »Ringens um die Einheitsorganisation« der Angestellten und als die sprichwörtliche Brücke, über die der Verband in den neuen Staat hinübergerettet werden könnte, verstanden.

»Die nationale und soziale Erhebung in Deutschland stellte auch unseren Bund vor neue und größere Aufgaben. Wir sahen vor allen Dingen das Hochziel unserer GDA-Bewegung, alle deutschen Angestellten in einer Organisation zusammenzuführen, der Verwirklichung nah. Die Sehnsüchte und Hoffnungen der deutschen Angestelltenschaft und besonders der im GDA organisierten Mitglieder war, eine Einheitsorganisation aller Angestellten herbeizuführen.«

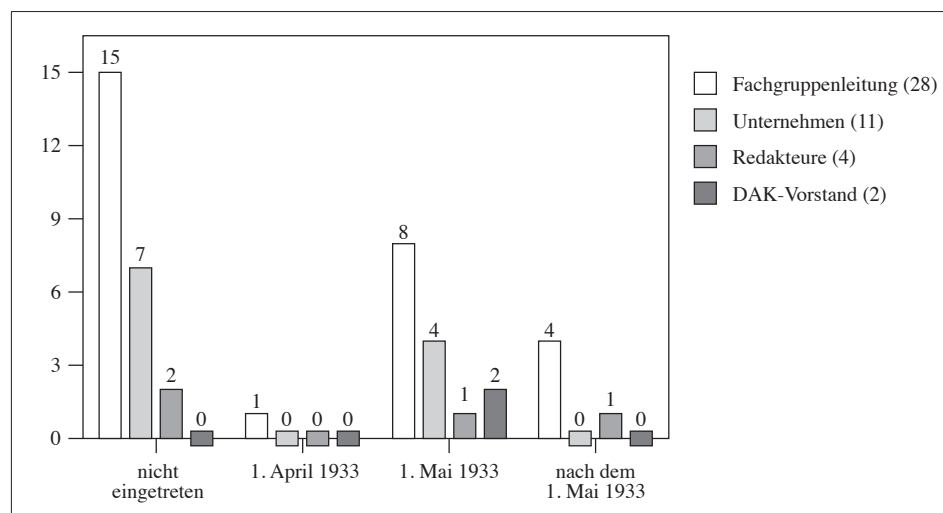
Und Ende Mai 1933 gab der Zweite Bundesführer Max Rössiger auf dem 13. und letzten Gautag des Gaus Brandenburg folgende Erklärung für den GDA-Plan: »Die Bereitschaft des G.D.A., aktiv an diesem Neubau mitzuarbeiten, habe in dem dem Reichskanzler Adolf Hitler unterbreiteten Plan zur Vereinheitlichung der deutschen Gewerkschaftsbewegung seinen Ausdruck gefunden.«³²⁰ Diese Bereitschaft war mit der Hoffnung auf Rettung der Organisation verbunden und bildete wohl den stärksten Beweggrund zum Parteibeitritt.

318 »Dienst am Volke« war der Titel eines im Auftrag des GDA von der »Exzentric« hergestellten »Lehr- und Kulturfilms«. Er lief in 10 Kopien in den Filmtheatern und muss als verschollen gelten. Die »Berliner Morgenpost« schrieb am 15. Oktober 1929, dass der Film »ein gutes Bild von der Arbeit und den Leistungen des Gewerkschaftsbundes« gibt. Zit. nach einer Anzeige auf der Rückseite der Nr. 9/10 (Sept./Okt.) von Der Angestellte im Reichs-, Staats- und Gemeindedienst 9, 1929. Er lieferte das Motto für die Gautage 1929.

319 Alle Zitate aus: Geschäftsbericht 1931/32 der Gauleitung zum 11. ordentlichen Gautag am 17. und 18. Juni 1933 in Konstanz. Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA). Gau Baden-Pfalz-Saar o.J., S. 9–12 und 17. Unterzeichnet unter anderem vom übergelaufenen Gaugeschäftsführer Heinrich Kempf mit Datum vom 10. Juni 1933.

320 Ebd., S. 3 und 20. Rössiger-Zitat aus: Brandenburger Anzeiger, 30.5.1933.

Abbildung 1: Überläufer aus GDA-Führungsgruppen (N = 45)



Zieht man Informationen zu den Überläufern auf anderen GDA-Führungsebenen hinzu, so verstärkt sich der Eindruck, dass die regionale Gauführungsebene einen Sonderfall darstellt, der nicht verallgemeinert werden darf. Auch wenn dieser nicht repräsentative Vergleich wegen der Fallzahlen nur auf die ersten beiden Gruppen bezogen werden kann, die bis zum 1. Mai 1933 erfolgten Übertritte zur NSDAP bleiben weit unter den entsprechenden Vergleichszahlen für die Gauspitzen. Und eigentlich kann nur eine Person aus den Leitungsgremien der Reichsfachgruppen als »Märzgefallene« im eigentlichen Sinne gelten (vgl. Abbildung 1).

Tabelle 5: April/Mai 1933 neu besetzte ns. Leitungsgremien nach Parteieintritten (Jahr/Quartal)

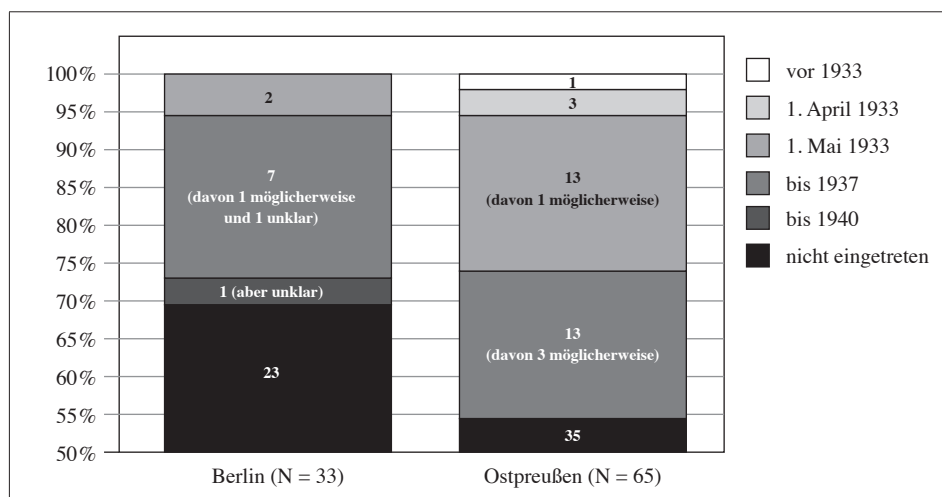
Gremium	1929		1930			Alt-Pg.*	1931			1932				1. Mai 1933	Kein Eintritt	Insgesamt
	I	IV	I	III	IV		I	III	IV	I	II	III	IV			
Vorstand	-	1	-	-	-	1	-	1	1	1	1	1	-	2	-	9
Aufsichtsrat	1	-	1	1	1	-	1	-	4	1	-	-	1	6**	3	20

* »mehrjähriger Mitarbeiter der NSDAP«, GDA 14, 1933, Nr. 5 (5. Mai), S. 69
 ** inkl. »Pg.« genannte Person

Für die Besetzung im Zuge der »nationalsozialistischen Revolution« frei werdende und neue Posten kamen in erster Linie »alte Kämpfer« infrage. Auch wenn »Märzgefallene« aus dem früheren Funktionärskörper fast automatisch in den Geruch des Opportunismus und der Unzuverlässigkeit gerieten, die neu besetzten und nur kurzzeitig tätigen Führungsgremien Vorstand und Aufsichtsrat kamen nicht ganz ohne sie aus (vgl. Tabelle 5). Abgesehen davon, dass 1933 als das am stärksten besetzte Jahr ins Auge fällt, es sei denn, man zählte den einen »Alt-Pg.« zum Jahr 1931, womit dieses gleichzöge, so ist nur der Vorstand ganz überwiegend mit alten Parteigenossen besetzt, während von den 20 Aufsichtsräten nur 11 als solche angesprochen werden können. Dieser hinreichenden Mehrheit stehen sechs Parteineulinge gegenüber und außerdem drei Nichtmitglieder, die man aber aus den geschilderten Gründen brauchte.

Durch Angaben in zwei Gauzeitschriften bot sich die Möglichkeit, Vorsteher der Ortsgruppen beziehungsweise der Ortsbezirke auf ihre Mitgliedschaft in der NSDAP zu überprüfen. Im ersten Fall handelt es sich um die Vorsteher/Leiter aller Ortsgruppen beziehungsweise Zahlstellen im Gau Ostmark zum Zeitpunkt nach den Märzahlen 1933.³²¹ Dieser Gau ist schon wegen des vergleichsweise frühen Eintritts des stellvertretenden Gauvorstehers Paul Funk, der zugleich Vorsteher einer Königsberger Ortsgruppe war, von Interesse. Hat er Gleichgesinnte beziehungsweise Nachahmer unter seinen Amtskollegen gefunden? In sein Vorstandsamt gewählt hat er über persönlichen Rückhalt im Gauverband verfügt, der vielleicht auch politisch umgemünzt werden konnte. War er nur die Spitze eines Eisbergs? Das zweite Beispiel betrifft die Ortsgruppe Berlin, die wegen ihrer Größe in Ortsbezirke unterteilt war, unter deren Vorstehern wohl Paul Axmann, Mitglied des GDA-Aufsichtsrats, der prominenteste war. Hier stammen die letzten erhältlichen Amtsträgerangaben vor der nationalsozialistischen ›Gleichschaltung‹ ebenfalls vom März 1933, aber vor den Märzahlen (vgl. Abbildung 2).³²²

Abbildung 2: NSDAP-Eintritte und Nichteintritte der Ortsgruppenvorsteher beziehungsweise Zahlstellenleiter im Gau Ostmark (Ostpreußen) und der Vorsteher der Ortsbezirke der Ortsgruppe Berlin



321 In der Aprilausgabe 1933, der letzten Nummer der »Ostdeutschen Angestellten-Warte« waren die Ortsgruppenvorsteher sowie die Zahlstellenleiter namentlich und zumeist mit Wohnanschrift aufgeführt. Laut Satzung (§ 9 Abs. 5) wählte die Hauptversammlung alljährlich im Januar einen Vorstand und kleinere Ortsgruppen unter 10 Mitgliedern wurden Zahlstellen genannt (§ 8 Abs. 1). Andererseits gab es hier offensichtlich eine Überschneidung mit der gewerkschaftlichen Unterstützungsfunktion, was in dem Begriff von der Zahlstelle »für Bund und Krankenkasse« zum Ausdruck kam. Außerdem waren in fast allen aufgeführten Orten beide Posten besetzt und wurden nicht selten in Personalunion wahrgenommen. Vgl. den »Gauspiegel« genannten Mitteilungsteil, in: Ostdeutsche Angestellten-Warte 15, 1933, Nr. 4 (April), unpag.; zur Satzung vgl. Priamus, Angestellte und Demokratie, S. 221 ff.

322 Vgl. die Märzausgabe der Mitteilungen der Ortsgruppe Berlin mit den Wohnanschriften, in: Der Gauspiegel 4, 1933, Nr. 3 (1. März). Vergleiche mit den Angaben von August und Dezember 1932 sowie Januar und Februar 1933 zeigten eine sehr hohe personelle Stabilität.

Die Verschlechterung der Qualität der Daten nach 1933 ist hauptsächlich den dann zwangsläufig fehlenden Verbandsangaben geschuldet, der Basis für den Verfolg von Adressänderungen. Durch einen zeitaufwendigen Abgleich mit Adressbüchern und anderen Quellen konnte trotzdem für die allermeisten Personen mit großer Wahrscheinlichkeit oder sogar sicher ein Beleg in der NSDAP-Mitgliederkartei und weiterer (früherer) BDC-Karteien ermittelt werden beziehungsweise auf dieser Basis eine NSDAP-Mitgliedschaft weitestgehend ausgeschlossen werden.³²³ Die Fehlermarge, die durch die Personen entsteht, die nur möglicherweise identifiziert werden konnten, das Pendel also in diese Richtung ausschlägt, aber der ausreichende Beweis fehlt, oder durch die Fälle, die als unklar, unsicher, unentscheidbar in der Schwebe bleiben, ist trotz der relativ geringen Fallzahl angebbare und bleibt anhand der vorstehenden Grafik, welche die Ein- und Nichteintritte der Erkennbarkeit wegen erst oberhalb eines Sockels von 50% der Nichteintritte abbildet, nachvollziehbar.

Nachdem noch zum Jahreswechsel in einigen wenigen Fällen bei den Vorstandswahlen in den Basisorganisationen personelle Wechsel stattgefunden hatten, waren von den in den ersten Monaten des Jahres 1933 amtierenden Berliner Ortsbezirksvorstehern knapp 95% auch noch im Mai der NSDAP ferngeblieben. Das Gleiche galt für die Ortsgruppenvorsteher im ostpreußischen GDA-Gau nur bis April, als schon circa 5% in die Partei eingetreten waren, im Mai 1933 jedoch nicht mehr als 12³²⁴, möglicherweise 13, Vorsteher – im Vergleich zu nur zwei Ortsbezirksvorstehern in Berlin – die Aufnahme in die Partei beantragt hatten. Gleichwohl wären diese rund 25% immer noch als Nachzügler zu bezeichnen, wenn man den hohen Angestelltenanteil an den NSDAP-Mitgliedern, der schon seit Jahren bestand, zum Maßstab nimmt, worauf gleich im Anschluss eingegangen wird. Es ist zu vermuten, dass in den Folgejahren, nach der weitestgehenden Beseitigung der alten organisatorischen Zusammenhänge, die nur noch informell aufrechterhalten werden konnten, und unter dem Einfluss von Propaganda und sozialem Druck einerseits und der Bereitschaft, sich außer für den eigenen beruflichen Aufstieg für die Bedürfnisse der Angestelltenschaft persönlich zu engagieren, andererseits, die Gründe, weiter abseits zu stehen, mehr oder weniger zerbröselten. Deutlich weniger im großstädtischen Berlin mit seinem stärker verdichteten Angestelltenmilieu, wo 70 bis 80% der früheren Ortsbezirksvorsteher weiterhin, unter Berücksichtigung der nachlassenden Datenqualität, der Partei fernblieben, deutlich mehr im ländlichen Ostpreußen, wo sich dieser Prozentsatz nur etwa zwischen 55 bis 60% bewegt.³²⁵

Um die erzielten Ergebnisse mit entsprechenden Durchschnittswerten für Angestellte zu vergleichen, stehen bislang nur die Daten der Parteistatistik der NSDAP zur Verfügung, die mit derselben Angestelltenkategorie arbeitet, aber die Fluktuationen vor dem 1. Januar 1935 nicht berücksichtigt.³²⁶ Diese war sehr hoch, Mitglieder traten ein und kurze Zeit

323 Nur Paul Funk konnte, ohne Erwähnung des GDA, im Bestand des ostpreußischen NSDAP-Gauarchivs im GStA PK in Dahlem identifiziert werden, mit ein Grund für die Suche nach 34 Politischen Leitern zwecks Kontrolle.

324 Darunter der Leiter der Technikergruppe am Geschäftssitz eines der GDA-Bezirke, der seit Juli 1931 neben allen Ortsgruppenvorstehern und Zahlstellenleitern genannt wurde, was ein Ausnahme darstellte.

325 Wie der »enorme Mitgliederzuwachs der NSA« bis Ende 1933 mag dies ein Zeichen dafür sein, »dass ein Großteil der deutschen Angestellten, ob sie nun Hitler gewählt hatten oder nicht, bereits wenige Monate nach der Machtübernahme die Bereitschaft zeigte, sich mit der neuen Regierung und dem nationalsozialistischen Umbau der Gesellschaft zu arrangieren«. *Bitzegeio*, Über Partei- und Landesgrenzen hinaus, S. 166.

326 Vgl. Parteistatistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder, hrsg. v. Organisationsleiter der NSDAP, München o.J. [1935], S. 16. Deren Regionaldaten werden zum Beispiel von Detlef Mühlberger verwendet. Vgl. *Detlef Mühlberger*, The Sociology of the NSDAP: The Question of Working-Class Membership, in: JCH 15, 1980, S. 493–511, insb. S. 498–503. In erweiterter Fassung neu veröffentlicht in: *Paul Madden/Detlef Mühlberger*,

später wieder aus, was in der Parteistatistik von 1935 nicht adäquat widergespiegelt wird, weil für die Eintrittsperioden bis zum Frühjahr 1933 nur diejenigen gezählt wurden, die am 1. Januar 1935 Parteimitglied waren. Von den Angestellten (Erwerbspersonen, das heißt Erwerbstätige und Arbeitslose) vom 18. Lebensjahr an waren knapp 13% am 1. Januar 1935 in der NSDAP organisiert, deutlich weniger als die Zahl derer, die bis dahin einen Aufnahmeantrag gestellt hatten. Um die fehlenden Austritte (Ablehnungen, Ausschlüsse und Ähnliches) der vor beziehungsweise nach dem 30. Januar 1933 eingetretenen Angestellten annäherungsweise zu berücksichtigen, habe ich den von Jürgen W. Falter hochgerechneten jährlichen Bruttoeintritten folgend die Anteilswerte, die sich nach der Parteistatistik errechnen, um ein Viertel beziehungsweise 9% erhöht und diese liegen kumuliert deshalb über dem Stand vom 1. Januar 1935.³²⁷ Eine zweite Korrektur ist nur bedingt gültig, zwecks Abschätzung einer Bandbreite der nicht absolut sicheren Anteilswerte. Dies betrifft den sogenannten »männlichen Maßstab«, der aus einem anderen Blickwinkel konstruiert wurde, und zwar der Sicht auf die soziale Schichtung und auf die Tatsache, dass in der NSDAP fast ausschließlich Männer (nach der offiziellen Parteistatistik 94,5% der Mitglieder) organisiert waren und zum Beispiel der nur schätzbare Anteil weiblicher Angestellter nicht nur absolut, sondern auch relativ, durch die starke Überrepräsentation der Hausfrauen gegenüber den erwerbstätigen Frauen, gering war³²⁸, ein Binnenverhältnis, welches sich aber bei den Neueintritten 1933 deutlich verschob.³²⁹

Während nach Tabelle 6 die Berliner Angestellten schon vor dem 30. Januar 1933 mit einer unter dem Reichsdurchschnitt liegenden Neigung zum Parteibeitritt auffielen, lag der Anteil der ostpreußischen Parteimitglieder unter den Angestellten (Männer und Frauen) am 1. Januar 1935 um zwei Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt von 13%, während die Berliner vier Prozentpunkte darunter lagen³³⁰, gegenüber 17% beziehungsweise

The Nazi Party. The Anatomy of a People's Party, 1919–1933, Oxford/Bern etc. 2007, S. 53–77. Den Vorzügen der Parteistatistik gegenüber wiegen die Argumente für einen eingeschränkten Quellenwert gering. Vgl. dazu *Manstein*, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933, insb. S. 143–152, Fluktuationen, S. 147–150.

327 Vgl. Tabelle 2 in: *Jürgen W. Falter/Kristine Khachatryan*, Wie viele NSDAP-Mitglieder gab es überhaupt und wie viele davon waren überzeugte Nationalsozialisten?, in: *Jürgen W. Falter* (Hrsg.), *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt am Main/New York 2016, S. 177–195, hier S. 187. Bei Peter Manstein werden diese Bruttoeintritte auf Basis der ausgegebenen Mitgliedsnummern überschätzt. Vgl. *Manstein*, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933, S. 149.

328 Knapp die Hälfte der weiblichen Parteimitglieder waren Hausfrauen. Zwar lagen die Frauenanteile Groß-Berlins und Ostpreußens mit 12,1% beziehungsweise 10,4% weit über dem Gesamtdurchschnitt von 5,5%, doch auch hier stellten die Hausfrauen mit 5.206 von 16.674 beziehungsweise 5.023 von 8.995 Mitgliedern ein knappes Drittel beziehungsweise weit über die Hälfte der weiblichen Mitglieder. Vgl. Parteistatistik, Bd. 1, S. 31, 43, 64 und 130f.

329 Dieser männliche Maßstab, den Jürgen W. Falter (*Falter*, Die »Märzgefallenen« von 1933, S. 298, Anm. 32) »zwar nicht unplausibel, aber auch nicht völlig überzeugend« findet, geht zurück auf *Mathilde Jamin*, *Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft*, Wuppertal 1984, S. 242f. Vgl. *Manstein*, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933, S. 163f. und 276, der ihn übernimmt. Falters Einwand gegen den männlichen Maßstab, die NSDAP habe die erwachsene weibliche Bevölkerung ebenso als Mitglieder umworben, bekommt besonderes Gewicht in Anbetracht eines Anteils von 50% Frauen bei den neu eingetretenen Angestellten und Beamten in der Machtergreifungsphase im Vergleich zu 24% in der Vorphase. Vgl. *Falter*, Die »Märzgefallenen« von 1933, S. 297 (Tabelle 3).

330 Die unterschiedliche Mitgliederstruktur, nach der die Angestellten der Großstadt Berlin fast 35% der Berliner NSDAP-Mitglieder ausmachten, während sich im ländlichen Ostpreußen ihr Anteil in der Partei nur auf 15% belief, muss hier gänzlich unberücksichtigt bleiben. Vgl. Parteistatistik, Bd. 1, S. 150.

Tabelle 6: NSDAP-Eintritte vor/nach 1933 nach der Parteistatistik im regionalen Vergleich³³¹

Eintritte nach Parteistatistik und geschätztes Brutto in % aller Angestellten (⇒ 18 Jahre) einerseits sowie in % der männlichen Angestellten (⇒ 18 Jahre) andererseits									
Region	Zahl der Angestellten (Berufsstatistik: Juni 1933)		Angestellte (m + w) in der NSDAP (1.1.35)	Eintritte und Stand 1935 vs. geschätzte Bruttoeintritte in %			Männlicher Maßstab: Eintritte vs. »Brutto« in % der männlichen Angestellten		
	Insgesamt	männlich		vor dem 30.1.33	nach dem 30.1.33	Stand 1.1.35	vor dem 30.1.33	nach dem 30.1.33	Stand 1.1.35
Berlin	543.881	307.701	47.896	(3,81) 4,76	(5,00) 5,45	8,81	(6,73) 8,41	(8,84) 9,63	15,57
Ostpreußen	89.193	49.024	13.258	(4,97) 6,21	(9,90) 10,79	14,86	(9,04) 11,30	(18,01) 19,63	27,04
Dt. Reich	3.810.165	2.367.588	484.054	(4,70) 5,87	(8,01) 8,73	12,70	(7,56) 9,45	(12,89) 14,05	20,45

gut 10%, die bis dato einmal in Ostpreußen beziehungsweise Berlin einen Aufnahmeantrag gestellt hatten. Schon im Frühjahr 1933 hatte sich die Zahl der Antragsteller in Ostpreußen fast verdoppelt gegenüber einem moderateren Anstieg in Berlin. Diese Spreizung der Anteilswerte ergibt sich für die Vorphase schon rechnerisch unter der Annahme, dass es sich bis zum 30. Januar 1933 fast ausschließlich um männliche Angestellte handelt.

Wie haben sich im Vergleich zu den regionalen Durchschnittswerten für Angestellte die GDA-Vorsteher der Berliner Ortsbezirke sowie der ostpreußischen Ortsgruppen verhalten? Die der NSDAP bis zum 1. Januar 1935 beigetretenen Berliner Ortsbezirksvorsteher bleiben nach den folgenden Tabellenwerten (vgl. Tabelle 7) mit einem Anteilswert von 6% deutlich unter dem Berliner Durchschnitt von knapp 9%. Die Abweichung tritt noch stärker hervor bei Betrachtung der Beitrittsphasen, denn diese Überläufer sind, verglichen mit den Angestellten allgemein, ausnahmslos Nachzügler. Letzteres gilt in hohem Maße auch für die GDA-Kollegen in Ostpreußen, die in größerer Zahl ebenfalls erst zum 1. Mai der Partei beitreten. Aber nun, nach allem was die Zahlen nahelegen, in einem im Vergleich zu den ostpreußischen Angestellten überdurchschnittlichen Umfang.

Tabelle 7: Anteile der in die NSDAP eingetretenen GDA-Vorsteher der Berliner Ortsbezirke beziehungsweise der Ortsgruppen in Ostpreußen (Gau Ostmark) vor und nach 1933³³²

Region	Vorsteher der Ortsbezirke bzw. Ortsgruppen		NSDAP-Mitglieder unter den Vorstehern (1.1.35)	NSDAP-Eintritte nach Phasen und Stand 1935			Männlicher Maßstab: Anteil der Vorsteher an den männlichen Vorstehern in %		
	Insgesamt	männlich		vor dem 30.1.33	nach dem 30.1.33	bis 1.1.35	vor dem 30.1.33	nach dem 30.1.33	bis 1.1.35
Berlin	33	33	2	0,00	6,06	6,06	0,00	6,06	6,06
Ostpreußen I	65	58	16	1,54	23,08	24,62	1,72	25,86	27,59
Ostpreußen II	65	58	17	1,54	24,62	26,15	1,72	27,59	29,31

331 Unter Berücksichtigung der Mitgliederfluktuation nach Peter Manstein (*Manstein*, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933, S. 149) berechnet auf Basis der Parteistatistik, Bd. 1, S. 53 und 90f.; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 453, H. 3, S. 3/16f.; Bd. 454, H. 2, S. 2/6f. (Ostpreußen); Bd. 454, H. 3, S. 3/6f. (Berlin).

332 Für den erfassten Zeitraum waren für Ostpreußen zwei Varianten nach der Datengüte zu unterscheiden.

Unabhängig von der Datengüte, der Prozentsatz von rund einem Viertel zur NSDAP über-gelaufener GDA-Vorsteher würde sich bei Anwendung eines männlichen Maßstabs noch weiter erhöhen, denn die sieben Vorsteherinnen der Ortsgruppen beziehungsweise Leiterinnen der Zahlstellen sind bemerkenswerterweise nicht der NSDAP beigetreten.

Was besagen die Ergebnisse der Recherche nach Personen auf der untersten Ebene der kollektiv erfassbaren Personen, der Vorsteher auf Ortsgruppenebene, für die nationalsozialistische Strategie der Unterwerfung des GDA? Die Befunde widersprechen zunächst einmal der Unterwanderungsthese wegen der zeitlich verzögerten Parteibeitritte. Vorreiter waren die absolute Ausnahme, in ihrer großen Mehrheit waren sie Nachzügler, »März-gefallene« oder besser »Maiveilchen«. Die schon in der »Bewegungsphase« in die NSDAP eingetretenen einfachen GDA-Mitglieder, über die wir keine Kenntnis haben, – so darf geschlossen werden –, besaßen offenbar nicht die zahlenmäßige Stärke und Verbands-wirksamkeit, um die Vorsteherposten frühzeitig mit eigenen Parteigängern zu besetzen. Nicht zuletzt eingedämmt durch die Verbandspolitik, die gegebenenfalls mit Ausschlüssen reagierte, war der NSDAP im GDA ein Erfolg beschieden, der – solange sich der Verband noch nicht auf Anpassungskurs befand – umgekehrt proportional zu der Furore stand, welche derartige Meldungen in der NS-Presse ausgelöst hatten. Jedoch in Anbetracht der über-durchschnittlich hohen Zahl von »Umfallern« im Frühjahr 1933, als sich im Gau Ostpreu-ßen gleichsam die Schleusen geöffnet zu haben scheinen, auf der einen Seite und der auch im Mai 1933 noch weitgehend der NSDAP fernstehenden Berliner GDA-Vorsteher auf der anderen Seite sind gültige Aussagen über das Beitrittsverhalten der GDA-Vorsteher ins-gesamt und mehr noch der einfachen Mitglieder nicht ohne weitere Angaben zu machen. Hält man sich die extremen Größenunterschiede vor Augen, 13% der GDA-Mitglieder wohnten in Berlin gegenüber 1,9% in Ostpreußen, dann kommt dem Berliner Ergebnis bei der Bestimmung einer Gesamttendenz im Beitrittsverhalten aber erheblich mehr Ge-wicht zu. Dies ist ein starkes quantitatives Indiz für eine im Vergleich zu den Angestellten insgesamt eher unterdurchschnittliche Bereitschaft von GDA-Vorstehern zum NSDAP-Beitritt, zumindest bis in die sogenannte Machtergreifungsphase hinein.³³³

Fragt man im Anschluss an diese erzwungene »Gleichschaltung«, ob es nach 1933 einen Widerstand vonseiten früherer GDA-Mitglieder gegeben hat, so scheint sich zunächst die (in ihrer Allgemeinheit falsche beziehungsweise vorschnelle) Annahme zu bestätigen, dass es hier nur wenig Widerstand von Gewerkschaftern gegeben hat und nur wenige Quellen überliefert sind.³³⁴ Auch für Ludwig Rosenberg, der Deutschland früh den Rücken kehren konnte, hat sein Biograf Frank Ahland »keinen Hinweis auf eine dezidierte Widerstands-

333 Eine zuverlässige Schätzung stößt an die Grenze der vorhandenen Variablen, wie Urbanisie-rungs- und Industrialisierungsgrad der GDA-Gaue sowie die Verteilung und örtliche Verdich-tung der Mitgliedschaft. Der Gau Brandenburg hatte Ende 1931 53.169 Mitglieder, davon über 42.000 in Berlin, gegenüber 6.066 im Gau Ostmark, das heißt 16,5 beziehungsweise 13% ge-gen knapp 2%. Vgl. *Priamus*, Angestellte und Demokratie, S. 258 (Tabelle A 10); Zahlen aus der Berliner GDA-Arbeit im Jahr 1931, in: *Der Gauspiegel* 3, 1932, Nr. 3, (1. März), S. 3. Bei *Speier*, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, S. 24, werden auf Basis einer anderen Quelle 12,7% für Berlin angegeben.

334 Vgl. *Klaus Tenfelde/Klaus Schönhoven/Michael Schneider* u. a., Geschichte der deutschen Ge-werkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 476ff.; *Dieter Nelles*, Die Gewerk-schaften im Widerstand und in der Emigration. Anmerkungen zu einer Quellenedition, in: *IWK* 38, 2002, S. 83–92, hier: S. 83; *Siegfried Mielke*, Gewerkschafter im Nationalsozialis-mus – Verfolgung, Widerstand, Emigration: Eine Forschungsstandanalyse, in: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand: Der 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften. Fachtagung am Samstag, 4. Mai 2013, Mainz/Ost-hofen 2014, S. 12–32.

tätigkeit« gefunden.³³⁵ Deshalb überrascht zunächst einmal der Hinweis Max Ehrhardts, dem Vorsitzenden des Angestellten-Verbands Württemberg-Baden nach 1945, »daß sich auch in den Kreisen des GDA vor 1933 und nachher sehr beachtliche antifaschistische Strömungen geltend machten«.³³⁶ Diese Worte fielen im rückblickenden Teil eines im Sommer 1947 vor Gewerkschaftsfunktionären des Ortskartells Stuttgart des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden gehaltenen Vortrags, in welchem er den GDA in die politische Landschaft Weimars einordnete. Man sollte Ehrhardts Formulierung nicht als beschönigende Festtagsworte relativieren – geäußert aus einem Gefühl der moralischen Überlegenheit und mit dem Anspruch, nach der Niederlage des Faschismus beim demokratischen Aufbau Nachkriegsdeutschlands eine führende Rolle zu spielen. Dabei konnte die Vorstellung, zum »besseren Deutschland« gehört zu haben, allzu leicht zur Beschwichtigung der eigenen Fehlleistungen und Versäumnisse verführen. Doch Ehrhardt war jemand, der es wissen musste, war er doch Anfang 1933 Vorsteher der Verwaltungsstelle Stuttgart der Berufskrankenkasse der Angestellten zu Berlin (Ersatzkasse), der Krankenkasse der freigewerkschaftlichen Angestellten.³³⁷ Inwieweit sich diese »beachtliche[n] antifaschistische[n] Strömungen« zu Keimen einer konspirativen Widerstandstätigkeit entwickelt haben³³⁸, es also unter den Bedingungen der Hitlerdiktatur um mehr zu tun war, als »im vertrauten Kreis der Freunde und Kollegen Zusammenhalt und Gesinnung aufrechtzuerhalten«³³⁹, werden wir wohl kaum noch durch handfeste Quellen belegen können.

Ebenfalls als Zeitzeuge sei der Weimarer Fabrikant Felix Zumhasch benannt, der mit dem bis 1933 führenden GDA-Mitglied Leonhard Moog politisch und persönlich eng befreundet war und von der amerikanischen Besatzungsmacht befragt wurde, welchen Repressalien er ausgesetzt gewesen war. Seine Antwort sei hier ausführlich zitiert, weil sie zeigt, in welchem politisch-kulturellen Umfeld einzelne GDA-Führer vor und auch nach 1933 verkehrten:

»Als Demokrat und zwar dem Parteivorstand angehörig, war ich ebenso wie Leo Moog allen Anwürfen, Beschimpfungen und auch Vernehmungen bei der Polizei – später Gestapo ausgesetzt. Bis zum Abtransport der letzten Juden aus Weimar hielt ich nicht nur den Verkehr mit diesen aufrecht, sondern verhalf ihnen auch zur Flucht, unterstützte sie mit Geld und mehr noch mit Lebensmitteln. Die Jüdin Frau Dr. Kreiss hier in Weimar, war noch bis zum letzten Tage ihres Lebens täglich fast unser Gast im Hause, da sie in den letzten Jahren fast alle Lebensmittel von den Nazis entzogen bekam. Am 10. Febr. 1944 wurde sie in den Tod von der Gestapo getrieben. Einige Stunden vorher

335 Ahland, Ludwig Rosenberg, S. 206.

336 Die soziale und gewerkschaftliche Bewegung der Angestellten, Vortrag von Max Ehrhardt, Stuttgart 1949, S. 15.

337 Vgl. Der Freie Angestellte 37, 1933, Nr. 7 (1. April), S. 102.

338 Gestützt werden Ehrhardts Worte über die politische Resistenz früherer GDA-Mitglieder durch die Schilderung des im Prager Exil tätigen Komitees für den Wiederaufbau der Freien Angestelltenverbände (AFA-Bund) von offenen und verdeckten oppositionellen Aktionen gegen die DAF, sowohl von außen wie von innen, in den Jahren 1934 und 1935, welche Hinweise auf die Beteiligung von ehemaligen GDA-Mitgliedern am Aufbau illegaler freier Angestelltenverbände in Südwestdeutschland und Berlin enthält. Vgl. Komitee für den Wiederaufbau der Freien Angestelltenverbände (AFA-Bund) (Hrsg.), Angestellte und Faschismus, Prag 1935, insb. S. 11 und 22.

339 Tenfelde/Schönhoven/Schneider u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaften, S. 476f. Für dieses »Knüpfen und Aufrechterhalten von Verbindungen im kleinen, vertrauten Kreis [...] gab es oftmals auch eine ganz legale Veranlassung, denn die mit der Zerschlagung der Gewerkschaften aus ihren Funktionen entlassenen Angestellten mußten sich die ihnen zustehenden Abfindungen und Ruhegehälter in mühsamen juristischen Verfahren erstreiten.« Ebd., S. 477f. Vgl. in diesem Zusammenhang den weiter oben (Anm. 194) angeführten, bei der Reichsfeststellungsbehörde gestellten Entschädigungsantrag des 1933 entlassenen Vorstandsmitglieds des GDA Georg Borchardt.

war sie noch in meinem Hause, ohne allerdings etwas von ihrer Absicht zu sagen. Opernsänger Emil Fischer u. Frau – ebenfalls Juden, verhalf ich zur Flucht aus Hitlerdeutschland. Zwei Tage nach dem Einzug der amerikanischen Besatzungsarmee kam sein Sohn als USA Soldat und besuchte uns und frug nach seinen Eltern. Mit Reg.Dir. Leo Moog hatte ich alle Jahre hindurch enge Freundschaft gehalten, wenn wir uns auch in der Öffentlichkeit nicht oft zeigen durften. Wir hatten aber stets kurze Verständigungsaussprachen. Eine offene illegale Tätigkeit war in Weimar, dem schärfsten Nazi-regiment in Deutschland innenpolitisch, nicht möglich, sie konnte sich also nur auf Vorbereitungen nach dem Zusammenbruch beschränken. Wir wurden beide zu sehr überwacht. Mit dem K.-Z. wurde ich 1937 bereits in Leipzig und nachher auch in Weimar bedroht.«³⁴⁰

Ähnlich erging es Theophil Kaufmann, dem früheren Gaugeschäftsführer und Mitglied der demokratischen Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, der während der Hitlerzeit zurückgezogen in Württemberg lebte, wo er einer totalen Briefzensur unterlag und mehrfach durch Anzeigen wegen Regimefeindschaft drangsaliert wurde.³⁴¹

Ein weiterer Hinweis betrifft den 1899 geborenen Hans Reif, lange Jahre bis 1933 wissenschaftlicher Mitarbeiter des GDA.³⁴² Er war der Sohn des am 6. Mai 1933 verstorbenen Josef Reif, eines Mitbegründers und Vorstandsmitglieds des GDA bis 1932, der zum Widerstandskreis um Fritz Elsas gerechnet wird. Fritz Elsas, Staatspartei- und von 1931 bis 1933 (zweiter) Berliner Bürgermeister, wurde am 4. Januar 1945 im KZ Sachsenhausen erschossen.

»Eine wesentliche Bereicherung erfuhr der Kreis durch den vormaligen Geschäftsführer sowohl des Hansa-Bundes für Handel, Gewerbe und Industrie als auch des DDP- bzw. DStP-Ausschusses für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Hans Reif, Jahrgang 1899, der Fritz Elsas als seinen ›Vormann‹ im Widerstand bezeichnete. Nach der Auflösung der DStP und des Hansa-Bundes arbeitete Reif als Wirtschaftsberater in Berlin.«³⁴³

Hans Reif stellte sich 1940 mehrmals Ernst Strassmann als Kurier zur Verfügung, um über den einstigen Geschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstags Eduard Hamm in München, der gute Beziehungen zu Otto Gessler hatte, »Auskünfte über die Verwendbarkeit bestimmter Generäle für den Widerstand einzuholen«.³⁴⁴

340 *Felix Zumhasch*, Gestellte Fragen zur Beantwortung, Weimar, o.D. [Juni 1945], Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 1077–1079, Bl. 268. In seinem Lebenslauf hatte Zumhasch unter anderem angegeben, dass er 1928/29 mit Leo Moog, dem Führer der DDP in Thüringen, zusammentraf und auch nach Auflösung der demokratischen (Staats-)Partei mit Moog politisch und persönlich eng befreundet blieb. Vgl. Felix Zumhasch, Lebenslauf v. 10.7.1945, ebd., Bl. 269.

341 Vgl. *Günter Buchstab*, Theophil Kaufmann (1888–1961), in: *ders./Hans-Otto Kleinmann* (Hrsg.), In Verantwortung vor Gott und den Menschen: christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49, Freiburg 2008, S. 193–206, hier S. 196.

342 Vgl. den Wikipedia-Eintrag zu Hans Reif, dessen Nachlass die Friedrich-Naumann-Stiftung verwahrt, unter URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Reif> [19.8.2016].

343 *Horst R. Sassin*, Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942, Hamburg 1993, S. 79.

344 Ebd., S. 224.